

Arbeitsakte

Akte: Familie Amiri-Hosseini — Asylfolge, Dublin IV, Flüchtlingsanerkennung

familie-amiri-asylfolge-dublin-iv-fluechtlingsanerkennung

Diese Datei bündelt alle Aktenstücke in einem Dokument. Die Einzeldateien liegen im Aktenordner ebenfalls vor.

Inhaltsverzeichnis

Teil	Inhalt
Teil 1	Aktenstücke (Markdown) (22)
Teil 2	E-Mails (5)
Teil 3	Excel-Tabellen (2)
Teil 4	Word-Dokumente (3)
Teil 5	Bildanlagen und Screenshots (3)
Teil 6	PDF-Anhänge (Originaldokumente) (2)

Aktenstücke (Markdown)

Datei: 01_erstberatung_mandantennotiz.md

01 — Erstberatung und Mandantennotiz

Aktenzeichen: VG Hannover 4 A 4188/26 | ZA 9-44-188-2026

Anwältin: RAin Veronika Kollatz-Ahnen

Datum Erstgespräch: 14.04.2026

Beratungsstelle: Caritas-Migrationsberatung Hannover-Bothfeld (Vermittlung)

1. Gesprächsrahmen

Das Erstgespräch fand am 14.04.2026 in den Kanzleiräumen von RAin Kollatz-Ahnen, Lister Meile 44, 30161 Hannover statt. Zugegen waren Reza Amiri und Shirin Hosseini-Tabrizi sowie — als Sprachmittlerin — Frau Nasrin Farshchian (zertifizierte Dolmetscherin Farsi/Deutsch, VDÜ). Beraterin der Caritas, Frau Anneliese Schröter-Bauer, nahm beobachtend teil.

Das Gespräch dauerte 110 Minuten. Beide Mandanten wirkten erschöpft und angespannt, zeigten jedoch klare Kommunikationsfähigkeit und eine kohärente gemeinsame Schilderung des Verfolgungsgeschehens. Reza jr. schlief während des Gesprächs im Kinderwagen; die anderen Kinder wurden durch die Dolmetscherin in einem Nebenraum betreut.

2. Vollmacht und Mandatsverhältnis

Beide Mandanten erteilten RAin Kollatz-Ahnen am 14.04.2026 schriftliche Prozessvollmacht. Die Vollmacht erstreckt sich auf:

- Asylklage VG Hannover 4 A 4188/26 (alle Familienmitglieder als Kläger)
- Dublin-IV-Eilverfahren (§ 80 Abs. 5 VwGO)
- Familiennachzugsklage VG Berlin 38 K 88/26 (betr. Mahnoor Amiri)
- Korrespondenz mit Ausländerbehörde Region Hannover
- AsylbLG-Widerspruchsverfahren

Für das Strafverfahren gegen Reza Amiri (§ 95 AufenthG, § 267 StGB) wurde Einzelvollmacht ausgestellt; Koordination mit dem Pflichtverteidiger RA Karsten Wollberg ist vorgesehen.

3. Sachverhaltsaufnahme — Kurzfassung

3.1 Herkunft und familiäre Situation

Reza Amiri (geb. 12.03.1984, Mashhad) ist gelernter Elektroingenieur und arbeitete bis 2022 für ein staatlich nahes Telekommunikationsunternehmen in Mashhad. Shirin Hosseini-Tabrizi (geb. 07.09.1986, Täbris) ist Grundschullehrerin. Beide schildern, dass Reza durch einen Bekanntenkreis mit Bahai-Angehörigen in Kontakt geraten sei und sich ab 2021 intensiver mit dem christlichen Glauben

beschäftigt habe. Im März 2023 sei er in einer Untergrundkirche in Mashhad getauft worden.

Shirin berichtet, sie sei durch Rezas Entwicklung religiös beeinflusst worden und habe sich dem Christentum angenähert, ohne formell konvertiert zu sein. Diese Überzeugungsänderung habe im sozialen Umfeld (Nachbarschaft, Schule, Familienmitglieder väterlicher Linie) zu Anfeindungen geführt.

3.2 Verfolgungs- und Bedrohungsereignisse im Iran

Datum	Ereignis
Juni 2023	Hausdurchsuchung durch Geheimdienst IRGC, Mitnahme von Laptop und Bahai-Literatur
August 2023	Vorladung Reza zur Befragung; er erscheint nicht und verlässt Mashhad
November 2023	Shirin erhält Verhörvorladung als Ehefrau; verweigert Aussage, wird freigelassen
Februar 2024	Schwägerin berichtet: Haftbefehl gegen Reza erlassen, Tatvorwurf „Gottlosigkeit“
April 2024	Mahnoor (Tochter, 19) berichtet von Überwachung der Wohnung
Januar 2025	Familie verlässt Iran illegal (Nacht) Richtung Türkei

3.3 Einschätzung der Anwältin

Die geschilderten Ereignisse sind plausibel und gut in den bekannten Kontext staatlicher Verfolgung von Konvertiten im Iran eingebettet. Die BAMF-Ablehnung stützt sich auf angebliche Glaubhaftigkeitsdefizite — diese werden anwaltlich bestritten. Priorität:

1. Klagefristwahrung (bereits erfolgt durch Caritas-Erstschreiben vom 10.04.2026)
2. Dublin-Eilantrag (Überstellungsstopp)
3. Vollständige Beweissammlung zur Konversion

4. Nächste Schritte

- ☐ Vollständige Klagebegründung VG Hannover bis 30.06.2026
- ☐ Eilantrag § 80 Abs. 5 VwGO (Dublin) unverzüglich (Frist läuft)
- ☐ Anforderung Länderinformationen BAMF/UNHCR Iran 2025
- ☐ Zeugenbezeichnung: Pfarrer der Untergrundkirche (via Diaspora-Kontakt)
- ☐ Koordination Caritas wegen AsylbLG-Kürzungsanfechtung
- ☐ Attest MHH für Reza jr. anfordern

5. Hinweise zum Umgang mit den Mandanten

Die Familie hat schwere psychische Belastungen erlebt. Reza zeigt Anzeichen posttraumatischer Belastungsstörung (Schlafstörungen, Hypervigilanz — laut eigener Schilderung). Eine psychiatrische Begutachtung könnte sowohl für das Asylverfahren als auch für das Strafverfahren relevant werden. Frau Schröter-Bauer (Caritas) wird eine Traumatherapiestelle vermitteln.

Kommunikation bevorzugt: schriftlich via Caritas-E-Mail auf Deutsch mit Farsi-Zusammenfassung.
Telefonisch nur nach Absprache.

Notiz erstellt: 14.04.2026, RAin V. Kollatz-Ahnen

Geprüft: 15.04.2026

Datei: 02_familienkonstellation_und_verfolgungsgeschichte.md

02 — Familienkonstellation und Verfolgungsgeschichte

Aktenzeichen: VG Hannover 4 A 4188/26

Stand: 14.04.2026

1. Familienmitglieder — Übersicht

Person	Rolle	Geb.	Geburtsort	Aufenthaltsstatus (DE)
Reza Amiri	Vater / Hauptantragsteller	12.03.1984	Mashhad	Aufenthaltsgestattung; Duldung wegen Strafverfahren möglich
Shirin Hosseini-Tabrizi	Mutter / Mitantragstellerin	07.09.1986	Täbris	Aufenthaltsgestattung
Darius Amiri	Sohn	02.06.2011	Mashhad	Aufenthaltsgestattung (abgeleitet)
Yasmin Amiri	Tochter	19.11.2014	Mashhad	Aufenthaltsgestattung (abgeleitet)
Bahar Amiri	Tochter	30.03.2019	Mashhad	Aufenthaltsgestattung (abgeleitet)
Reza Amiri jr.	Sohn (Säugling)	14.10.2024	Thessaloniki (GR)	Aufenthaltsgestattung; Duldungsantrag § 25 Abs. 5 AufenthG gestellt
Mahnoor Amiri	Tochter (volljährig)	03.02.2007	Mashhad	Im Iran verblieben; Visumsklage VG Berlin 38 K 88/26

> Hinweis: Reza jr. wurde während der Flucht in Griechenland geboren. Seine Staatsangehörigkeit ist ungeklärt (griechisches Standesamt verweigerte Beurkundung nach iranischem Recht, da Eltern Asylsuchende waren); ein iranischer Pass liegt nicht vor. Dieser Umstand ist für § 25 Abs. 5 AufenthG und das Dublin-Verfahren relevant.

2. Soziale und religiöse Hintergründe

2.1 Konfessionelle Ausgangslage

Beide Elternteile wurden als schiitische Muslime geboren. Iran ist ein islamischer Religionsstaat; Apostasie ist unter Umständen mit der Todesstrafe bedroht. Konversion vom Islam zu einer anderen Religion gilt als schwere Straftat nach dem iranischen Strafgesetzbuch (ta'zir-Vorschriften).

Reza beschreibt, er habe ab 2019 — ausgelöst durch berufliche Kontakte zu einem Bahai-Kollegen — begonnen, Fragen zum islamischen Glauben zu stellen. Ab 2021 habe er über Onlinere Ressourcen und geheime Hauskreise Kontakt zu christlichen Gemeinden gefunden. Die Taufe erfolgte nach seiner Schilderung am 15.03.2023 durch Pastor Davood Rezaei in einem privaten Hauskreis in Mashhad.

Shirin beschreibt einen weniger formalen Prozess: Sie habe die christlichen Überzeugungen ihres Mannes zunehmend geteilt, jedoch keine Taufe vollzogen. Sie bete allein und verberge ihren Glauben auch in Deutschland noch aus Angst vor Landsleuten.

2.2 Bahai-Nähe

Reza gibt an, er habe zwischen 2020 und 2022 gelegentlich Bahai-Zusammenkünfte im privaten Rahmen besucht, sei aber nicht Mitglied der Bahai-Gemeinschaft geworden. Sein ehemaliger Arbeitskollege Farshid Golestan (Bahai) ist nach Kanada geflohen. Die Sicherheitsbehörden hätten diese Verbindung zum Anlass von Ermittlungen genommen.

Das BAMF hat im Ablehnungsbescheid (→ Aktenstück 05) sowohl die Konversionsüberzeugung als auch die Bahai-Nähe als unglaublich eingestuft. Diese Einschätzung wird anwaltlich vollständig bestritten.

3. Verfolgungschronologie Iran

3.1 Eskalation 2022–2024

Der iranische Geheimdienst (VEVAK) und die Revolutionsgarden (IRGC) verstärkten ab 2022 die Überwachung von Hauskirchen und Minderheitenreligionen, insbesondere nach den Massenprotesten (Mahsa-Amini-Bewegung). Reza geriet in diesen Kontext durch:

a) Registrierung in einem Bahai-Datenbestand, der nach der Verhaftung von Farshid Golestan ausgewertet wurde. b) Bericht eines Nachbarn über ungewöhnliche Besucher. c) SMS-Überwachung eines Mobiltelefons (verdächtige Kontakte).

3.2 Hausdurchsuchung Juni 2023

Am 17.06.2023 gegen 06:00 Uhr wurden Reza und Shirin durch sechs Personen in Zivil, die sich als IRGC-Angehörige auswiesen, in ihrer Wohnung durchsucht. Mitgenommen wurden:

- Laptop (Reza)
- Fünf Bücher (darunter ein Neues Testament in Farsi)
- Zwei USB-Sticks
- Handschriftliche Notizen

Shirin wurde kurz befragt, dann freigelassen. Reza wurde ca. drei Stunden festgehalten und über Kontakte zu ausländischen Organisationen befragt. Er verneinte; wurde ohne Festnahme entlassen, aber mit dem Hinweis, er solle sich bereithalten.

3.3 Entwicklung August 2023 bis Januar 2025

Nach der Vorladung im August 2023 (Reza erschien nicht) lebte die Familie über 16 Monate teils bei Verwandten in verschiedenen Städten, teils in einer gemieteten Wohnung unter falschem Namen in

Isfahan. Die Kinder konnten nicht zur Schule gehen. Die finanzielle Situation wurde durch den Verlust von Rezas Arbeitsstelle (fristlose Kündigung im November 2023 unter dem Vorwand mangelhafter Leistung) kritisch.

Mahnoor, die älteste Tochter, blieb während dieser Zeit in Mashhad, um die Wohnung zu bewachen und Kontakt zu Verwandten zu halten. Sie studierte Biologie an der Ferdowsi-Universität Mashhad.

4. Aufenthalt in Deutschland

Die Familie reiste am 18.03.2025 über Slowenien/Österreich nach Deutschland ein. Erstregistrierung erfolgte bei der Bundespolizeiinspektion Freilassing. Die Verteilung zur EAE Halberstadt (Sachsen-Anhalt) erfolgte am 22.03.2025. Nach dem EASY-Verteilungsschlüssel wurde die Familie Niedersachsen (Hannover) zugeteilt; Wohnsitzauflage Hannover-Bothfeld ab 05.05.2025.

Der Asylantrag wurde am 25.03.2025 in der EAE Halberstadt gestellt. Die BAMF-Anhörung fand am 28.01.2026 statt (Verzögerung durch Kapazitätsengpässe, mehrfach verschoben). Der Ablehnungsbescheid erging am 21.03.2026.

5. Mahnoor Amiri — besondere Situation

Mahnoor (19) studiert noch im Iran. Sie gilt als volljährig und wird daher nicht automatisch von einem etwaigen Schutzstatus der Eltern erfasst. § 36 AufenthG (Nachzug zu anerkannten Flüchtlingen) könnte greifen, wenn die Eltern anerkannt werden; alternativ eigenständiger Schutzstatus via Botschaftsasylantrag.

Die Deutsche Botschaft Teheran hat ihren Visumsantrag mit Bescheid vom 07.01.2026 abgelehnt (fehlende Nachweise für Integrations- und Lebensunterhaltssicherung; Visum zum Zweck des Familiennachzugs noch nicht anwendbar da Eltern keinen Aufenthaltstitel haben). Klage VG Berlin 38 K 88/26 ist anhängig.

Erstellt: 14.04.2026, RAin V. Kollatz-Ahnen / Caritas-Beratung

Datei: 03_fluchtroute_und_grenzuebertritte.md

03 — Fluchtroute und Grenzübertritte

Aktenzeichen: VG Hannover 4 A 4188/26 | Dublin-Verfahren

Stand: 14.04.2026

1. Übersicht der Route

Die Familie Amiri-Hosseini legte zwischen Januar und März 2025 eine Fluchtroute von Mashhad nach Deutschland zurück. Die Route führte über die Türkei, Griechenland, Kroatien und Slowenien — eine der bekannten Balkanrouten.

2. Etappen im Einzelnen

Etappe 1: Iran → Türkei (Januar 2025)

Datum: Nacht vom 17. auf 18.01.2025

Grenzübertritt: Illegale Einreise Türkei über Bergpfade nahe Bazargan (Nordwestiran); Schleuser organisierte Transport in einem Kleintransporter.

Aufenthalt Türkei: Ca. 12 Tage; Istanbul (Hôtel nahe Fatih-Viertel); Kontakt zu Schleusernetzwerk für Weiterreise nach Griechenland.

Besonderheit: Shirin trägt Reza jr. (damals 3 Monate alt) auf dem Rücken; die Gebirgsstrecke war im Winter schwer begehbar. Temperaturen ca. minus 12 Grad.

Etappe 2: Türkei → Griechenland (Januar/Februar 2025)

Datum Überfahrt: Nacht vom 31.01. auf 01.02.2025

Überfahrtsort: Ägäis, Abfahrt nahe Çeşme; Ankunft Insel Chios.

EURODAC-Registrierung (Mutter/Kinder): 03.02.2025, Chios; Fingerabdrücke Shirin und der vier in Deutschland anwesenden Kinder erfasst (Kategorie 1).

Aufenthalt Griechenland: Ca. 35 Tage; zunächst Aufnahmecamp Chios (Vathy), dann Überführung auf das Festland (Athen). Das Aufnahmecamp war nach eigenen Angaben überfüllt; sanitäre Verhältnisse unzureichend. Reza jr. wurde dort medizinisch untersucht; Herzgeräusch erstmals festgestellt.

> Wichtig: Reza jr. wurde am 14.10.2024 in Thessaloniki (Griechenland) während einer früheren Durchreise des Vaters geboren. Zum Zeitpunkt des EURODAC-Scans in Chios war er 3 Monate alt.

Registrierung Vater: Reza Amiri war vor der Hauptflucht bereits einmal allein in Griechenland; daher liegt für ihn kein neuer Treffer in dieser Etappe vor.

Etappe 3: Griechenland → Albanien → Montenegro → Bosnien-Herzegowina → Kroatien (Februar/März 2025)

Diese Strecke verlief nicht linear; genaue Daten aus Befragung rekonstruiert:

Datum (ca.)	Abschnitt	Besonderheit
07.02.2025	Verlassen Athen mit Schleuser (PKW)	Fahrt über Nordgriechenland
09.02.2025	Grenzübertritt Albanien (nicht registriert)	Nacht, Bergpfad
12.02.2025	Montenegro (Transit)	keine Registrierung
15.02.2025	Bosnien-Herzegowina (Bihać)	ca. 4 Tage Aufenthalt, keine formale Registrierung
19.02.2025	**Grenzübertritt Kroatien**	illegaler Grenzübertritt; Aufgriff durch kroatische Grenzpolizei
20.02.2025	**EURODAC-Registrierung Kroatien (Vater)**	Kategorie 1, Prijepolje-Verfahren
22.02.2025	Aufnahme in Reception Center Slavonski Brod	ca. 12 Tage
05.03.2025	Verlassen Kroatien (erneuter Grenzübertritt)	unerlaubt

Anmerkung: Der Aufgriff in Kroatien und die EURODAC-Registrierung betreffen lediglich den Vater Reza. Die übrige Familie war bei der Registrierung in Griechenland (EURODAC Kategorie 1, Shirin + Kinder).

Dies führt zur gespaltenen Dublin-Zuständigkeit: Für Reza → Kroatien als zuständiger Staat, für Shirin und Kinder → Griechenland.

Etappe 4: Kroatien → Slowenien → Österreich → Deutschland (März 2025)

Datum Grenzübertritt Slowenien: Ca. 05.03.2025 (nicht registriert)

Datum Grenzübertritt Österreich: Ca. 08.03.2025 (nicht registriert)

Einreise Deutschland: 18.03.2025, Freilassung (Bundespolizeiinspektion); Grenzübertritt aus Österreich; Reza gibt an, er habe den Grenzbeamten einen gefälschten iranischen Pass vorgelegt (→ Strafverfahren, Aktenstück 11).

3. EURODAC-Treffer — Zusammenfassung

Person	EURODAC-Treffer	Land	Datum	Kategorie
Reza Amiri (Vater)	Ja	Kroatien	20.02.2025	Kategorie 1 (Asylantrag)
Shirin Hosseini-Tabrizi (Mutter)	Ja	Griechenland	03.02.2025	Kategorie 1 (Asylantrag)
Darius Amiri (14)	Ja	Griechenland	03.02.2025	Kategorie 1 (abgeleitet)
Yasmin Amiri (11)	Ja	Griechenland	03.02.2025	Kategorie 1 (abgeleitet)
Bahar Amiri (6)	Ja	Griechenland	03.02.2025	Kategorie 1 (abgeleitet)
Reza Amiri jr. (18 Monate)	Nein	—	—	Nicht erfasst (Alter)

4. Rechtliche Bedeutung der Fluchtroute

Die EURODAC-Treffer bilden die zentrale Grundlage der Dublin-Zuständigkeitsbestimmung. Nach Art. 13 Abs. 1 Dublin-IV-VO (in der für das Verfahren maßgeblichen Fassung) ist grundsätzlich der Mitgliedstaat zuständig, in dem der Antragsteller zuerst einen Asylantrag gestellt hat. Die gespaltene Registrierung (Vater → Kroatien, Mutter und Kinder → Griechenland) führt zur Frage, wie die Familieneinheit nach Art. 16 ff. Dublin-IV-VO zu behandeln ist.

Zudem sind für beide EURODAC-Länder systemische Mängel im Asylverfahren dokumentiert:

- **Griechenland:** EuGH Rs. C-411/10 (NS u.a.), Rs. C-578/16 (C.K. u.a.); EGMR M.S.S. ./ Belgien und Griechenland; aktuelle Berichte von Pro Asyl und dem Griechischen Rat für Flüchtlinge belegen weiterhin kritische Verhältnisse.
- **Kroatien:** Pushback-Praktiken an der Grenze (Kroatien-Bosnien) dokumentiert von UNHCR und Border Violence Monitoring Network; Haftbedingungen in Reception Centres kritisiert.

Diese systemischen Mängel werden im Eilantrag (Aktenstück 10) ausführlich dargelegt.

Erstellt: 15.04.2026, RAin V. Kollatz-Ahnen

04 — EURODAC und Dublin-IV-Grundlagen

Aktenzeichen: VG Hannover 4 A 4188/26 (Dublin-Teilkomplex)

Stand: 15.04.2026

1. Rechtsrahmen

1.1 Dublin-IV-Verordnung

Die sogenannte „Dublin-IV-Verordnung“ bezeichnet die Verordnung (EU) 2024/1351 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Mai 2024 über Asyl- und Migrationsmanagement (AMMVO), die die bisherige Dublin-III-Verordnung (VO (EU) Nr. 604/2013) ersetzt. Die AMMVO gilt für Asylanträge, die nach dem 1. Juli 2026 gestellt werden. Da der Asylantrag der Familie Amiri-Hosseini am 25.03.2025 und damit noch unter der Dublin-III-VO gestellt wurde, ist für dieses Verfahren noch die Dublin-III-VO (604/2013) maßgeblich — die Aktenstuecke benutzen gleichwohl den verkürzten Begriff „Dublin-IV“ entsprechend dem anwaltlichen Sprachgebrauch in Hannover.

> **Verfahrensrelevant:** Für den BAMF-Ablehnungsbescheid vom 21.03.2026 und die daraufhin ergangene Überstellungsverfügung gilt Dublin-III-VO als lex causae. Die AMMVO 2024/1351 ist in der Klagestrategie als Argument zu Weiterentwicklung heranzuziehen.

1.2 EURODAC-Verordnung

Die EURODAC-Datenbank wird auf Grundlage der Verordnung (EU) Nr. 603/2013 (EURODAC-VO) betrieben und speichert biometrische Daten (Fingerabdrücke) von Asylsuchenden und irregulär eingereisten Drittstaatsangehörigen. Ab 14 Jahren werden Fingerabdrücke zwingend erfasst (Art. 9 EURODAC-VO). Kinder unter 14 Jahren werden nur erfasst, wenn sie mit einem Asylsuchenden gemeinsam registriert werden und die Mitgliedstaaten davon abweichen (unterschiedliche Praxis).

2. Zuständigkeitskriterien nach Dublin-III-VO

Art. 3 Abs. 1 Dublin-III-VO: Grundsätzlich bearbeitet derjenige Mitgliedstaat den Asylantrag, der nach den Kriterien des Kapitels III als zuständig bestimmt wird. Die Kriterien sind hierarchisch geordnet:

Priorität	Kriterium	Artikel Dublin-III-VO
1	Unbegleitete Minderjährige	Art. 8
2	Familienangehörige (Eltern, Ehepartner) mit Schutzstatus im MS	Art. 9, 10
3	Familienangehörige (Antragsteller) in anderem MS	Art. 11
4	Familieneinheit (gemeinsam gestellte Anträge)	Art. 11
5	Visumerteilung / Aufenthaltstitel	Art. 12

Priorität	Kriterium	Artikel Dublin-III-VO
6	Irregulärer Grenzübertritt	Art. 13
7	Aufhebung der Visumspflicht	Art. 14
8	Antragsstellung in internationalem Transit	Art. 15
9	Zuständigkeit kraft Ermessens (Selbsteintritt)	Art. 17

2.1 Anwendung auf Familie Amiri-Hosseini

Art. 11 Dublin-III-VO (Familieneinheit): Die Angehörigen der Familie haben Anträge in Deutschland gemeinsam gestellt. Art. 11 regelt, dass für den Fall, dass mehrere Familienangehörige gleichzeitig oder in kurzem zeitlichen Abstand Anträge stellen, vorrangig der Mitgliedstaat zuständig ist, der für die größte Anzahl der Familienmitglieder zuständig wäre, oder — falls das keine Einigung bringt — derjenige, der für den Ältesten zuständig ist.

Die Anwendung von Art. 11 wird im vorliegenden Fall durch die gespaltene EURODAC-Registrierung (Vater → Kroatien, Rest → Griechenland) verkompliziert. Das BAMF hat in der Überstellungsverfügung Kroatien als zuständigen Staat für Reza und Griechenland als zuständigen Staat für Shirin und die Kinder benannt — was eine Familientrennung faktisch impliziert und anwaltlich angegriffen wird.

Art. 16 Dublin-III-VO (humanitäre Klausel): Dieser Artikel schützt abhängige Familienangehörige, die auf Unterstützung angewiesen sind. Reza jr. mit seinem Herzleiden und die Pflegebedürfnisse durch Shirin erfüllen die Voraussetzungen für eine Zusammenführung nach Deutschland (als Land, in dem der Antrag gestellt wurde). Das BAMF hat diesen Gesichtspunkt nicht hinreichend gewichtet.

Art. 17 Dublin-III-VO (Selbsteintritt): Deutschland kann jederzeit von seinem Selbsteintrittsrecht Gebrauch machen und das Asylverfahren trotz formell abweichender Zuständigkeit selbst führen. Dieser Antrag ist im Eilverfahren zu stellen.

3. Überstellungsfristen

Frist	Dauer	Fristbeginn
Annahmefrist nach Aufnahmeersuchen	2 Monate	Ab Eingang des Ersuchens (Art. 22 Abs. 1 Dublin-III-VO)
Überstellungsfrist (Normalfall)	6 Monate	Ab Annahme durch den ersuchten Staat (Art. 29 Abs. 1 Dublin-III-VO)
Überstellungsfrist (Flüchtig)	18 Monate	Falls Person flüchtig (Art. 29 Abs. 2)
Überstellungsfrist (Strafhaft)	12 Monate	Falls Person in Haft (Art. 29 Abs. 2)

Im vorliegenden Fall wurde die Überstellungsverfügung am 21.03.2026 erlassen. Das Aufnahmeersuchen an Kroatien/Griechenland erfolgte nach Aktenlage bereits im November 2025; Kroatien hat am 10.01.2026 positiv geantwortet, Griechenland am 17.01.2026. Die 6-Monats-Überstellungsfrist läuft theoretisch ab Januar 2026 — de facto ist sie wegen des Eilantrags (suspensiv aufschiebend) gehemmt.

4. Systemische Mängel und europarechtliche Grenzen

4.1 Griechenland

Der EuGH (Rs. C-411/10 und C-493/10, „NS und M.E.“, Urt. v. 21.12.2011) hat entschieden, dass eine Überstellung in einen Mitgliedstaat unzulässig ist, wenn ernsthafte Gründe für die Annahme bestehen, dass das dortige Asylverfahren und die Aufnahmebedingungen systemische Mängel aufweisen, die zu einer unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung i.S.v. Art. 4 GRCh führen können. Für Griechenland hat der EGMR (M.S.S. ./ Belgien und Griechenland, Urt. v. 21.01.2011) eine Verletzung von Art. 3 EMRK festgestellt.

Aktuelle Berichte des UNHCR (2024) und des Griechischen Flüchtlingsrats belegen weiterhin erhebliche Mängel:

- Überfüllung der Aufnahmeeinrichtungen auf den ägäischen Inseln
- Eingeschränkter Zugang zu rechtlicher Beratung
- Lange Verfahrensdauern (teils über 3 Jahre)
- Unzureichende medizinische Versorgung für vulnerable Personengruppen

Für Reza jr. mit seinem angeborenen Herzfehler ist dies von besonderer Bedeutung: Eine Überstellung nach Griechenland würde den notwendigen OP-Termin an der MHH Hannover gefährden.

4.2 Kroatien

Die Pushback-Praktiken an der kroatischen Außengrenze zu Bosnien-Herzegowina sind durch den EGMR (Khlaifia u.a. ./ Italien — Parallele; für Kroatien direkt: Harabin ./ Kroatien, 2024) und durch Berichte des Border Violence Monitoring Network (BVMN) und von Human Rights Watch gut dokumentiert. Der UNHCR hat Croatia in seinem Bericht vom März 2025 erneut als problematischen Überstellungsstaat eingestuft.

5. Verfahrensstand BAMF

Das BAMF hat die Überstellungsverfügung mit Bescheid vom 21.03.2026 (gemeinsam mit dem Ablehnungsbescheid) erlassen:

- Für Reza Amiri: Überstellung nach Kroatien (Art. 13 Dublin-III-VO, EURODAC-Treffer)
- Für Shirin und Kinder: Überstellung nach Griechenland (Art. 13 Dublin-III-VO, EURODAC-Treffer)
- Abschiebungsanordnung gemäß § 34a AsylG

Der Eilantrag nach § 80 Abs. 5 VwGO ist unverzüglich zu stellen (→ Aktenstück 10).

Erstellt: 15.04.2026, RAin V. Kollatz-Ahnen

Rechtsquellen: Dublin-III-VO (EU) Nr. 604/2013; EURODAC-VO (EU) Nr. 603/2013; EuGH Rs. C-411/10; EGMR M.S.S. ./ Belgien u. Griechenland; § 34a AsylG; UNHCR-Bericht Griechenland 2024; BVMN-Bericht Kroatien 2025

Datei: 05_bamf_ablehnungsbescheid_analyse.md

05 — Analyse des BAMF-Ablehnungsbescheids

Aktenzeichen: ZA 9-44-188-2026 | VG Hannover 4 A 4188/26

Bescheiddatum: 21.03.2026

Empfang: 25.03.2026 (Zustellung)

Klagefrist: 14 Tage (§ 74 Abs. 1 AsylG i.V.m. § 36 Abs. 1 AsylG); fristgerechte Klage erfolgt am 07.04.2026

1. Inhalt des Bescheids (Zusammenfassung)

Das BAMF hat mit Bescheid vom 21.03.2026 die Asylanträge der Familie Amiri-Hosseini vollumfänglich abgelehnt:

Prüfungspunkt	Ergebnis BAMF
Flüchtlingsschutz § 3 AsylG i.V.m. Art. 1A GFK	Abgelehnt
Subsidiärer Schutz § 4 AsylG	Abgelehnt
Abschiebungsverbote § 60 Abs. 5 und 7 AufenthG	Abgelehnt
Abschiebungsanordnung § 34a AsylG (Dublin)	Erlassen (Kroatien / Griechenland)
Einreise- und Aufenthaltsverbot § 11 AufenthG	30 Monate

2. Begründungsstruktur des BAMF

2.1 Zur Glaubhaftigkeit der Konversion

Das BAMF stützt die Ablehnung des Flüchtlingsschutzes maßgeblich auf angebliche Glaubhaftigkeitsdefizite hinsichtlich der behaupteten Konversion zum Christentum. Wörtlich aus dem Bescheid (S. 12 f.):

> „Die Angaben des Antragstellers zur angeblichen Taufe und zur Beteiligung an einer Hauskirche sind zu pauschal und weisen keine individuellen Details auf, die eine ernsthaft gelebte religiöse Überzeugung belegen könnten. Auf die Frage, welchen Bibelabschnitt er zuletzt gelesen habe, konnte der Antragsteller keine konkrete Antwort geben. Dies legt nahe, dass die Konversionsbehauptung der Fluchtverschlimmerung dient.“

Anwaltliche Gegenposition: Diese Argumentation verkennt die besondere Situation von Konvertiten aus dem Iran, die aus nachvollziehbaren Sicherheitsgründen nicht im Besitz einschlägiger Dokumente oder Schriften sind und die Offenlegung ihrer Überzeugungen auch im Asylverfahren mit Vorsicht handhaben. Das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG, Urt. v. 20.02.2013 — 10 C 23.12) und der EuGH (Rs. C-71/11 und C-99/11, „Y und Z“, Urt. v. 05.09.2012) haben klargestellt, dass nicht auf eine erzwungene Verheimlichung religiöser Überzeugungen verwiesen werden darf.

2.2 Zur Bahai-Nähe

Das BAMF hält die geschilderten Kontakte zur Bahai-Gemeinschaft für nicht glaubhaft, da Reza keine spezifischen Kenntnisse über die Bahai-Religion vorweisen konnte. Es wird unterstellt, die Erzählung diene der Konstruktion eines Verfolgungsgrunds.

Anwaltliche Gegenposition: Reza hat nicht behauptet, Bahai zu sein; er hat lediglich berufliche und soziale Kontakte zu Bahai-Angehörigen geschildert. Dass IRGC-Ermittlungen bei solchen Kontakten ansetzen, ist aus der Länderinformation Iran des BAMF selbst (Stand Dezember 2025, Abschnitt 3.2.4) bekannt. Die BAMF-Entscheidung widersprach insoweit den eigenen Publikationen.

2.3 Zur inländischen Fluchalternative

Das BAMF vertritt die Auffassung, Reza hätte in einer anderen iranischen Provinz Schutz suchen können. Diese Argumentation ist angesichts des bundesweiten Haftbefehls (ausgestellt für das gesamte Iran-Staatsgebiet) und des elektronischen Überwachungssystems IRGC rechtlich nicht haltbar.

2.4 Zu § 4 AsylG (subsidiärer Schutz)

Das BAMF verneint ernsthaften Schaden i.S.v. § 4 Abs. 1 Nr. 2 AsylG (Folter, unmenschliche Behandlung) mit der pauschalen Begründung, die Antragsteller hätten keine konkreten Schadensdrohungen belegt. Es berücksichtigt nicht, dass ein Haftbefehl und die Vorgeschichte einer Hausdurchsuchung durch den Geheimdienst als hinreichend ernst anzusehen sind.

3. Formelle Mängel des Bescheids

3.1 Verstoß gegen das Protokollierungsgebot

Die Anhörung vom 28.01.2026 dauerte nach Aktenlage lediglich 2 Stunden und 15 Minuten. Dies erscheint für eine vielköpfige Familie mit zwei getrennten Verfolgungsgeschichten als zu kurz. Das Anhörungsprotokoll enthält mehrere Auslassungen, die durch Vergleich mit den Dolmetschernotizen von Frau Farshchian aufgefallen sind. Ein Mängelheilungsschreiben wurde an das BAMF am 29.01.2026 gesandt (noch vor dem Bescheid), jedoch nicht berücksichtigt.

3.2 Fehlende Berücksichtigung medizinischer Aspekte

Der Herzfehler von Reza jr. und die damit verbundene OP-Dringlichkeit wurden in der Bescheidsbegründung zu § 60 Abs. 7 AufenthG nicht gewürdigt. Das ärztliche Attest der Kinderkardiologen der MHH (Datum: 15.03.2026, also vor Bescheiderlass) lag dem BAMF vor, wird aber nicht zitiert.

3.3 Unterlassene Erwägung des Art. 16 Dublin-III-VO

Wie unter Aktenstück 04 dargelegt, hat das BAMF die humanitäre Klausel des Art. 16 Dublin-III-VO bei der Überstellungsverfügung nicht oder nicht hinreichend erwogen.

4. Rechtliche Angriffspunkte im Überblick

Angriffspunkt	Norm	Stärke
Verkannte Konversionsverfolgung (EuGH-Maßstäbe)	Art. 10 Abs. 1b QRL; § 3b AsylG	Stark
Fehler bei Glaubhaftigkeitsprüfung	§ 25 AsylG; BVerwG-Rsp.	Stark

Angriffspunkt	Norm	Stärke
Ignorieren ärztl. Attests (§ 60 Abs. 7 AufenthG)	§ 60 Abs. 7 S. 1 AufenthG	Stark
Keine Auseinandersetzung mit Haftbefehl	§ 3 AsylG; Art. 1A GFK	Mittel
Dublin-Familieneinheit (Art. 11, 16 Dublin-III-VO)	Art. 11, 16 Dublin-III-VO	Stark
Systemische Mängel GR und HR	EuGH Rs. C-411/10; Art. 4 GRCh	Mittel-Stark
Protokollierungsmängel Anhörung	§ 25 Abs. 7 AsylG	Mittel

5. Fristen und Verfahrensstand

- **Klagefrist:** 14 Tage ab Zustellung (§ 74 Abs. 1 AsylG); Zustellung 25.03.2026; Frist: 08.04.2026
- **Klage erhoben:** 07.04.2026, VG Hannover, AZ: 4 A 4188/26
- **Eilantrag § 80 Abs. 5 VwGO (Dublin):** Noch einzureichen (Priorität)
- **Begründungsfrist:** Noch keine gesetzt; VG fordert üblicherweise 3 Monate

Erstellt: 16.04.2026, RAin V. Kollatz-Ahnen

Quellen: BAMF-Bescheid ZA 9-44-188-2026; BVerwG, Urt. v. 20.02.2013 — 10 C 23.12; EuGH Rs. C-71/11 und C-99/11; § 3 AsylG; § 60 AufenthG; BAMF-Länderinformation Iran (Dezember 2025)

Datei: 06_glaubhaftigkeitspruefung_konversion_bahai.md

06 — Glaubhaftigkeitsprüfung: Konversion und Bahai-Nähe

Aktenzeichen: VG Hannover 4 A 4188/26

Stand: 17.04.2026

1. Rechtlicher Rahmen

1.1 § 3b AsylG — Religionsverfolgung

Nach § 3b Abs. 1 Nr. 2 AsylG gilt als Religion i.S.d. Flüchtlingsschutzes jede religiöse Überzeugung, auch wenn sie — wie häufig bei Konvertiten aus islamischen Ländern — nicht durch institutionelle Mitgliedschaft oder Dokumentation belegt werden kann. Religionsverfolgung liegt vor, wenn der Antragsteller bei Rückkehr entweder gezwungen wäre, seinen Glauben zu verbergen, oder wegen seiner religiösen Überzeugung verfolgt werden würde.

Der EuGH hat in der Rechtssache Y und Z (Rs. C-71/11 und C-99/11, Urt. v. 05.09.2012) klargestellt:

1. Es ist unzulässig, vom Antragsteller zu verlangen, seinen Glauben zu verbergen, um Verfolgung zu vermeiden.
2. Maßgeblich ist die ernsthafte und persönliche Überzeugung des Antragstellers — nicht formale Mitgliedschaft.
3. Das Verfolgungsrisiko muss individuell und real sein.

1.2 UNHCR-Leitlinien Iran

Die UNHCR-Leitlinien zum Schutzbedarf iranischer Asylsuchender (aktualisiert 2024) stufen folgende Gruppen als grundsätzlich schutzbedürftig ein:

- Konvertiten vom Islam zu einer anderen Religion
- Personen mit Verbindungen zu Bahai-Gemeinschaften
- Personen, die gegen religiöse Normen des Staates verstoßen haben
- Teilnehmer an Hauskirchen

2. Konversionsbehauptung Reza Amiri — Beweiswürdigung

2.1 Konsistenz der Schilderung

In drei voneinander unabhängigen Befragungen (BAMF-Anhörung 28.01.2026, Caritas-Erstgespräch 02.05.2025, Kanzleigespräch 14.04.2026) schilderte Reza Amiri seine Konversion konsistent:

- Beginn: Bahai-Bekannter Farshid Golestan → religiöse Diskussionen ab ca. 2019/2020
- Übergang: Online-Ressourcen (Farsi-Bibelübersetzung, YouTube-Predigten)
- Hauskreis: Regelmäßige Treffen ab 2021, zunächst bei Golestan, später in wechselnden Privatwohnungen
- Taufe: 15.03.2023 durch Pastor Davood Rezaei

Abweichungen zwischen den Protokollen sind geringfügig und erklärbar (Übersetzungsunterschiede, Zeitdruck bei BAMF-Anhörung).

2.2 Kritik der BAMF-Begründung

Das BAMF stützt seine Zweifel auf folgende Punkte:

1. Reza konnte keinen konkreten Bibelabschnitt benennen.
2. Er nannte die Hauskirche nicht beim Namen.
3. Er konnte kein Kreuz oder religiöses Symbol vorweisen.

Anwaltliche Entgegnung:

- zu 1: Das Kriterium „konkreter Bibelabschnitt“ ist nach der Rechtsprechung des BVerwG (Urt. v. 20.02.2013 — 10 C 23.12) kein maßgebliches Indiz für mangelnde Überzeugung; religiöses Wissen variiert stark.
- zu 2: Der bewusste Verzicht auf Namensnennung der Gemeinde (zum Schutz von Mitgliedern im Iran) ist ein Merkmal echter Untergrundgläubiger, kein Zeichen mangelnder Überzeugung.
- zu 3: Das Mitführen religiöser Symbole auf der Flucht ist aus Sicherheitsgründen unterblieben.

2.3 Belege und Beweismittel

Für die Klagebegründung werden folgende Beweismittel zusammengestellt:

Beweismittel	Status	Anmerkung
Eidesstattliche Erklärung Reza Amiri	Vorbereitet	Detaillierter Konversionsbericht
Eidesstattliche Erklärung Shirin Hosseini-Tabrizi	Vorbereitet	Bestätigt Konversion des Ehemannes
Zeugnis Pastor Davood Rezaei (Diaspora)	In Vorbereitung	Über iranische Christengemeinde Berlin erreichbar
Zeugnis Farshid Golestan (Kanada)	In Vorbereitung	Via schriftlichem Zeugnis; möglichst videokonferenzlich
UNHCR-Leitlinien Iran 2024	Vorhanden	Schutzbedarf Konvertiten/Bahai
BAMF-Länderinformation Iran Dez. 2025	Vorhanden	Eigenangaben BAMF zur Verfolgungslage
Open Doors Weltverfolgungsindex 2026	Vorhanden	Iran auf Platz 9 (Christenverfolgung)
Bericht AI: „Glaubensfreiheit im Iran“ 2025	Wird angefordert	Amnesty International

3. Bahai-Nähe — Rechtliche Einordnung

3.1 Verfolgungslage für Bahai im Iran

Bahai gelten im Iran als Häretiker und unterliegen systematischer staatlicher Verfolgung. Die Bahai-Gemeinschaft ist verboten; Mitglieder können nach iranischem Recht inhaftiert, ihre Eigentumsrechte können eingeschränkt werden. Das BAMF-Herkunftslander-Informationssystem (ACCORD, Stand 2025) bestätigt diese Lage.

3.2 Bedeutung für Nichtmitglieder

Reza war kein Bahai-Mitglied, aber in sozialem Kontakt mit Bahai-Angehörigen. Für die IRGC-Überwachungspraxis ist diese Unterscheidung oft ohne Bedeutung: Auch soziale Nähe kann zu Verhören und Repressionen führen, wie aus zahlreichen dokumentierten Fällen hervorgeht (vgl. Human Rights Watch-Bericht „Iran: Repression of Minorities“, 2025).

Die BAMF-Ablehnung mit der Begründung, Reza kenne keine Bahai-Theologie, verkennt die verfolgungsrelevante Realität: Staatliche Verfolgung knüpft nicht an theologisches Wissen an, sondern an soziale Verbindungen.

4. Schutzbedarf Shirin Hosseini-Tabrizi

Shirin hat keine formale Konversion vollzogen. Dennoch ist ihr Schutzbedarf eigenständig zu bewerten:

- Sie hat bei der BAMF-Anhörung angegeben, ihre religiösen Überzeugungen hätten sich durch ihren Mann verändert.
- Sie hat Verhörvorladungen erhalten (November 2023).

- Als Ehefrau eines zur Apostasie beschuldigten Mannes unterliegt sie Sippenhaft-ähnlichen Risiken (sog. „Mitnahme“ von Angehörigen bei politischen/religiösen Verfolgungen — ein aus der Länderinformation bekanntes Phänomen).

Das BAMF hat Shirins Schutzbedarf nicht eigenständig und hinreichend gewürdigt — dies ist ein gesonderter Angriffspunkt der Klage.

5. Verfolgungsprognose bei Rückkehr

Das Bundesverwaltungsgericht fordert für die Zuerkennung von Flüchtlingsschutz eine begründete Furcht vor Verfolgung, die eine „beachtliche Wahrscheinlichkeit“ der Verfolgung bejaht (BVerwG, Urt. v. 01.06.2011 — 10 C 25.10). Im vorliegenden Fall sprechen folgende Faktoren für eine solche Wahrscheinlichkeit:

1. Offener Haftbefehl im Iran (Apostasieverdacht)
2. Hausdurchsuchung und Dateibeschlagnahme durch IRGC
3. Flucht aus dem Iran unter erheblichem Aufwand (dies selbst belegt Ernst der Lage)
4. UNHCR-Einschätzung: Konvertiten aus dem schiitischen Islam sind grundsätzlich gefährdet
5. Abwesenheit alternativer Schutzmöglichkeiten im Iran

Erstellt: 17.04.2026, RAin V. Kollatz-Ahnen

Quellen: EuGH Rs. C-71/11 und C-99/11 (Y und Z); BVerwG, Urt. v. 20.02.2013 — 10 C 23.12; BVerwG, Urt. v. 01.06.2011 — 10 C 25.10; UNHCR-Leitlinien Iran 2024; § 3b AsylG; Open Doors Weltverfolgungsindex 2026; BAMF-Länderinformation Iran Dezember 2025

Datei: 07_klage_vg_hannover_4a4188_26_strategie.md

07 — Klage VG Hannover 4 A 4188/26 — Strategie und Vorbereitung

Aktenzeichen: VG Hannover 4 A 4188/26

Klage erhoben: 07.04.2026

Gericht: Verwaltungsgericht Hannover, Postfach 906, 30009 Hannover

Zuständige Kammer: 4. Kammer (Asylsachen)

Stand Strategie: 17.04.2026

1. Prozessuale Grundlagen

1.1 Zulässigkeit

Die Klage richtet sich gegen den BAMF-Bescheid vom 21.03.2026 (ZA 9-44-188-2026) und ist als Anfechtungsklage (§ 42 Abs. 1 VwGO) kombiniert mit einer Verpflichtungsklage auf Zuerkennung des Flüchtlingsschutzes nach § 3 AsylG (hilfsweise subsidiärer Schutz § 4 AsylG, weiter hilfsweise Abschiebungsverbote § 60 Abs. 5 und 7 AufenthG) statthaft.

Klagefrist nach § 74 Abs. 1 AsylG: 14 Tage (bei offensichtlich unbegründeten Anträgen nach §§ 29a, 30 AsylG wäre es 1 Woche, ist hier nicht einschlägig). Zustellung 25.03.2026, Frist 08.04.2026; Klage am 07.04.2026 fristgerecht erhoben.

Klageberechtigte: Reza Amiri, Shirin Hosseini-Tabrizi sowie die Kinder Darius, Yasmin, Bahar und Reza jr. als Kläger zu 1 bis 6 (vertreten durch die sorgeberechtigten Eltern).

1.2 Begründungsfrist und Zeitplan

Datum	Schritt
07.04.2026	Klage erhoben (Begründung angekündigt)
14.04.2026	Erstgespräch RAin Kollatz-Ahnen
30.06.2026	Zieldatum vollständige Klagebegründung
Q3 2026	Erwartung: Aufforderung zur Stellungnahme durch VG
Q4 2026	Ggf. mündliche Verhandlung oder Bescheid auf Antrag Einzelrichter

2. Klageziele und Antragshierarchie

Hauptantrag: Aufhebung des Bescheids ZA 9-44-188-2026 und Verpflichtung des BAMF, den Klägern die Flüchtlingseigenschaft nach § 3 AsylG zuzuerkennen.

Hilfsantrag 1: Verpflichtung des BAMF zur Zuerkennung subsidiären Schutzes nach § 4 AsylG.

Hilfsantrag 2: Feststellung von Abschiebungsverböten nach § 60 Abs. 5 AufenthG (EMRK-Verletzung bei Rückkehr) und § 60 Abs. 7 AufenthG (individuelles Abschiebungsverbot wegen Erkrankung Reza jr.).

Hilfsantrag 3 (Dublin): Aufhebung der Abschiebungsanordnungen (gegenüber Kroatien und Griechenland) — bereits Gegenstand des Eilantrags nach § 80 Abs. 5 VwGO (Aktenstück 10); wird im Hauptsacheverfahren fortgeführt.

3. Klagegründe im Überblick

3.1 Verletzung des Rechts auf effektive Prüfung (Art. 46 RL 2013/32/EU)

Das BAMF hat die Anhörung unter unzureichenden Bedingungen durchgeführt: zu kurze Dauer, Protokollierungsmängel (vgl. Aktenstück 05), fehlende Berücksichtigung des Mängelheilungsschreibens vom 29.01.2026. Diese Fehler begründen bereits einen Aufhebungsanspruch, unabhängig von der materiellen Rechtsfrage.

3.2 Verletzung von § 3 AsylG i.V.m. Art. 9, 10 QRL

Das BAMF hat die Verfolgungshandlungen (Hausdurchsuchung, Haftbefehl, Verhörvorladung) und die Verfolgungsgründe (Religion, Apostasie) nicht nach dem EuGH-Maßstab (Y und Z) geprüft. Es ist unzulässig, von den Klägern zu verlangen, ihren Glauben zu verbergen. Da Reza einen offenen Haftbefehl wegen Apostasie hat, ist die Verfolgungswahrscheinlichkeit bei Rückkehr als sehr hoch einzuschätzen.

3.3 Verletzung von § 60 Abs. 7 AufenthG (Reza jr.)

Das BAMF hat das ärztliche Attest zur kongenitalen Herzerkrankung von Reza jr. nicht gewürdigt. § 60 Abs. 7 Satz 1 AufenthG schützt vor Abschiebung, wenn im Zielstaat eine erhebliche konkrete Gefahr für Leib oder Leben besteht. Reza jr. benötigt eine Herzoperation (OP-Termin MHH voraussichtlich Q3 2026); eine Überstellung nach Griechenland würde diese gefährden.

3.4 Dublin — Familieneinheit und systemische Mängel

Die gespaltene Überstellungsverfügung (Vater nach Kroatien, Mutter und Kinder nach Griechenland) verletzt Art. 11 und Art. 16 Dublin-III-VO sowie Art. 7 GRCh (Recht auf Familienleben). Zudem bestehen systemische Mängel in beiden Zielstaaten (→ Aktenstück 04).

4. Beweismittel und Beweisangebote

Nr.	Beweismittel	Art	Status
B1	Eidesstattliche Erklärung Reza Amiri (Konversion, Verfolgung)	Schriftl. Zeugnis	In Erstellung
B2	Eidesstattliche Erklärung Shirin Hosseini-Tabrizi	Schriftl. Zeugnis	In Erstellung
B3	Zeugnis Pastor Davood Rezaei (Taufzeuge)	Zeuge	Kontaktaufnahme läuft
B4	Zeugnis Farshid Golestan (Bahai-Verbindung, Kanada)	Schriftl. Zeugnis	In Vorbereitung
B5	Ärztliches Attest MHH (Reza jr., Herzleiden)	Urkundsbeweis	Liegt vor (→ Aktenstück 17)
B6	UNHCR-Leitlinien Iran 2024	Sachverständigenbericht	Beigefügt
B7	BAMF-Länderinformation Iran Dez. 2025	Amtl. Dokument	Beigefügt
B8	Bericht Border Violence Monitoring Network (Kroatien 2025)	Bericht	In Beschaffung
B9	UNHCR-Bericht Griechenland (Aufnahmebedingungen 2024)	Bericht	Beigefügt
B10	Gutachten Religionswissenschaft (Konversion aus Islam)	Sachverständiger	Anfrage geplant
B11	Psychiatrisches Attest PTBS (Reza senior)	Attest	Termin gebucht

5. Zur mündlichen Verhandlung

Das VG Hannover entscheidet in Asylsachen grundsätzlich durch Einzelrichter (§ 76 AsylG). Eine mündliche Verhandlung findet statt, sofern kein Urteil ohne Verhandlung (§ 101 VwGO) angestrebt wird oder beide Parteien auf Verhandlung verzichten.

Strategie: RAin Kollatz-Ahnen beantragt mündliche Verhandlung, da die Glaubhaftigkeitsprüfung von einer persönlichen Befragung der Kläger (mit qualifiziertem Dolmetscher) erheblich profitiert. Vorbereitende Mandantenschulung (Coaching) ist zu organisieren.

6. Prozesskostenhilfe

PKH-Antrag wird gleichzeitig mit der Klagebegründung gestellt. Wirtschaftliche Verhältnisse: Familie bezieht Leistungen nach AsylbLG; keine eigenen Mittel. PKH-Erfolgsaussicht ist bei den vorliegenden Klagegründen zu bejahen (§ 114 Abs. 1 ZPO i.V.m. § 166 VwGO).

Erstellt: 17.04.2026, RAin V. Kollatz-Ahnen

Quellen: § 74 AsylG; § 42, 113 VwGO; § 3, 4 AsylG; § 60 AufenthG; § 76 AsylG; EuGH Rs. C-71/11; Dublin-III-VO Art. 11, 16; § 114 ZPO

Datei: 08_asylfolgeverfahren_neue_umstaende.md

08 — Asylfolgeverfahren — Neue Umstände nach § 71 AsylG

Aktenzeichen: VG Hannover 4 A 4188/26

Stand: 18.04.2026

1. Bedeutung des Asylfolgeverfahrens

Ein Asylfolgeantrag nach § 71 AsylG kommt in Betracht, wenn nach einer bestandskräftigen Ablehnung neue Tatsachen oder Beweismittel vorliegen, die eine abweichende Entscheidung rechtfertigen könnten. Im vorliegenden Fall ist das Erstverfahren noch nicht bestandskräftig (Klage VG Hannover 4 A 4188/26 ist anhängig). Dennoch ist bereits jetzt zu prüfen, welche neuen Umstände — sofern die Klage erfolglos bleibt — einen Folgeantrag stützen könnten.

2. Neue Tatsachen und Beweismittel

2.1 Steigerung der Verfolgungsintensität im Iran (nach Antragstellung)

Nach Eingang des Ablehnungsbescheids am 25.03.2026 berichtete Mahnoor Amiri (Tochter, Mashhad) telefonisch, dass iranische Sicherheitsbehörden Anfang März 2026 erneut an der Familienwohnung in Mashhad erschienen seien und nach dem Verbleib der Eltern gefragt hätten. Dieser Vorgang ist als neue Tatsache relevant: Er belegt, dass das staatliche Verfolgungsinteresse fortbesteht und sich intensiviert.

Dokumentation: Mahnoor hat ein schriftliches Protokoll erstellt (auf Farsi; Übersetzung durch Frau Farshchian liegt vor). RAin Kollatz-Ahnen hat Mahnoor darauf hingewiesen, keine Dokumente zu vernichten.

2.2 Psychiatrische Diagnose Reza Amiri (PTBS)

Der Hausarzt der Familie hat am 10.04.2026 eine Überweisung zu einer Psychiaterin für Reza ausgestellt. Eine fachärztliche PTBS-Diagnose wäre als neues Beweismittel relevant — sowohl für § 60 Abs. 7 AufenthG (Behandlungsbedürftigkeit) als auch für die Glaubhaftigkeitsprüfung (Erklärung für

Gedächtnislücken und Inkonsistenzen).

2.3 Konversionsdokumentation durch Diaspora-Pfarrer

Inzwischen hat Pastor Davood Rezaei (derzeit Berlin) schriftlich bestätigt, Reza Amiri im März 2023 getauft zu haben. Dieses Schreiben war zum Zeitpunkt der BAMF-Anhörung (Januar 2026) noch nicht vorhanden. Es ist ein neues Beweismittel i.S.v. § 71 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 AsylG, das die Konversionsbehauptung stützt.

2.4 Reza jr. — Medizinische Verschlechterung

Die MHH-Kardiologie hat am 02.04.2026 einen dringenden OP-Termin für Reza jr. festgelegt (geplant für den 15.07.2026). Diese Konkretisierung stellt eine neue medizinische Entwicklung dar, die bei einer künftigen Folgeantragstellung eigenständige Bedeutung hätte.

3. Prüfungsmaßstab nach § 71 AsylG

§ 71 Abs. 1 Satz 1 AsylG verweist für Folgeanträge auf § 51 Abs. 1 bis 3 VwVfG:

- **§ 51 Abs. 1 Nr. 1 VwVfG:** Sachverhalt hat sich nachträglich zugunsten des Antragstellers verändert.
- **§ 51 Abs. 1 Nr. 2 VwVfG:** Neue Beweismittel, die eine günstigere Entscheidung rechtfertigen würden.
- **§ 51 Abs. 1 Nr. 3 VwVfG:** Wiederaufnahmegrund i.S.v. § 580 ZPO.

Die Prüfung ist zweistufig: Zunächst prüft das BAMF, ob die formellen Voraussetzungen des § 51 VwVfG vorliegen (Zulässigkeit des Folgeantrags). Nur bei Bejahung erfolgt eine inhaltliche Prüfung. Die Frist nach § 51 Abs. 3 VwVfG (3 Monate ab Kenntnis der neuen Umstände) ist zu beachten.

4. Strategische Einordnung

Im laufenden Klageverfahren (4 A 4188/26) sind die neuen Tatsachen und Beweismittel als ergänzendes Klagevorbringen gemäß § 87b VwGO einzuführen:

- Schreiben Pastor Rezaei: Einbeziehen in Klagebegründung
- Mahnoors Bericht (März 2026): Als Anlage zur Klagebegründung
- PTBS-Attest: Sobald vorhanden, als Anlage nachreichen (§ 87b Abs. 3 VwGO Rüge möglich, aber Gericht wird bei gutem Grund Nachreichung akzeptieren)
- MHH-OP-Termin: Konkretisierung des Abschiebungsverbots-Antrags

Ein formaler Folgeantrag nach § 71 AsylG ist erst einzureichen, wenn das Klageverfahren bestandskräftig negativ abgeschlossen wird. Die jetzige Sammlung der neuen Tatsachen dient der Klagebegründung und — vorausschauend — der Folgeantragsvorbereitung.

5. Risiken

Risiko	Einschätzung	Gegenmaßnahme
Ablehnung als verspätet (§ 87b VwGO)	Gering, da Beweise erst nach Klageerhebung entstanden	Eingehende Begründung der Rechtzeitigkeit
BAMF verweigert Prüfung neuer Beweise	Möglich	Antrag auf Wiedereröffnung der Anhörung

Risiko	Einschätzung	Gegenmaßnahme
Gericht sieht Tatsachen als bekannt	Unwahrscheinlich	Pastor-Schreiben war objektiv noch nicht vorhanden
Folgeantrag (falls nötig) wird für unzulässig erklärt	Möglich bei Fristverpassen	Fristen ab sofort im Auge behalten

Erstellt: 18.04.2026, RAin V. Kollatz-Ahnen

Quellen: § 71 AsylG; § 51 VwVfG; § 87b VwGO; § 60 Abs. 7 AufenthG; BVerwG, Urt. v. 09.12.2010 — 10 C 13.09 (Folgeantragsmaßstab)

Datei: 09_dublin_iv_ueberstellungsverfuegung.md

09 — Dublin-IV-Überstellungsverfügung — Analyse und Gegenargumentation

Aktenzeichen: VG Hannover 4 A 4188/26 (Dublin-Teilkomplex)

Bescheid BAMF: 21.03.2026

Überstellungsziel Reza: Kroatien

Überstellungsziel Shirin und Kinder: Griechenland

Stand: 18.04.2026

1. Inhalt der Überstellungsverfügung

Das BAMF hat mit dem Bescheid vom 21.03.2026 zugleich die Unzulässigkeit der Asylanträge festgestellt (§ 29 Abs. 1 Nr. 1 AsylG) und die Abschiebung der Kläger in die zuständigen Mitgliedstaaten angeordnet (§ 34a AsylG):

- **Reza Amiri (Kläger zu 1):** Abschiebung nach Kroatien (EURODAC-Treffer Kategorie 1 vom 20.02.2025; Kroatien hat Aufnahme am 10.01.2026 akzeptiert)
- **Shirin Hosseini-Tabrizi und Kinder Darius, Yasmin, Bahar, Reza jr. (Kläger zu 2–6):** Abschiebung nach Griechenland (EURODAC-Treffer Kategorie 1 vom 03.02.2025; Griechenland hat Aufnahme am 17.01.2026 akzeptiert)

Die Verfügung ordnet auch ein Einreise- und Aufenthaltsverbot für Deutschland von 30 Monaten an (§ 11 Abs. 1 AufenthG).

2. Problematik der gespaltenen Überstellungsverfügung

2.1 Verletzung der Familieneinheit

Art. 11 Dublin-III-VO regelt, dass bei gleichzeitiger Antragstellung mehrerer Familienangehöriger der Staat zuständig ist, der für den größten Teil der Familie zuständig wäre, oder — bei Gleichstand — der Staat, der für den ältesten Antragsteller zuständig ist. Die BAMF-Verfügung verstößt gegen dieses Prinzip, indem sie den Vater nach Kroatien und die Mutter mit vier Kindern nach Griechenland überweist.

Konsequenz: Art. 7 GRCh (Recht auf Familienleben) und Art. 8 EMRK (Privat- und Familienleben) werden verletzt. Eine Überstellungsverfügung, die die Kernfamilie auf zwei verschiedene Mitgliedstaaten aufteilt, ist nach der Rechtsprechung des EuGH (Rs. C-578/16, C.K. u.a., Urt. v. 16.02.2017) unzulässig.

2.2 Schutz des Säuglings (Art. 16 Dublin-III-VO)

Reza jr. ist 18 Monate alt, leidet an einem angeborenen Herzfehler und ist dringend auf ärztliche Betreuung angewiesen. Art. 16 Abs. 1 Dublin-III-VO schützt Familienmitglieder, die aufgrund einer schweren Erkrankung dauerhaft auf Unterstützung anderer Familienmitglieder angewiesen sind. Dies erfüllt Reza jr. in besonderem Maße. Das BAMF hat diese Norm nicht angewendet.

2.3 Reza jr. — Staatsangehörigkeit und EURODAC

Reza jr. wurde in Griechenland geboren; sein Status ist ungeklärt. Die griechische Seite hat keine Beurkundung vorgenommen; ein iranischer Pass existiert nicht. Das EURODAC-System erfasst Kinder unter 14 Jahren nicht zwingend. Das BAMF hat seine Zuständigkeit für Reza jr. nach Art. 20 Abs. 3 Dublin-III-VO (Begleiteter Minderjähriger) festgestellt — diese Entscheidung ist inkonsequent zum gleichzeitigen Bescheid, Reza jr. soll mit Mutter nach Griechenland übergestellt werden.

3. Systemische Mängel der Zielstaaten

3.1 Griechenland

Die Überstellungspraxis nach Griechenland war durch den EGMR (M.S.S. ./ Belgien und Griechenland, 21.01.2011) für rechtswidrig erklärt worden; Deutschland hatte daraufhin bis 2017 Überstellungen nach Griechenland ausgesetzt. Seit Ende 2021 ermöglicht eine EuGH-Entscheidung (Rs. C-92/21, DG) erneut Überstellungen unter bestimmten Bedingungen — aber nur nach individueller Prüfung der Aufnahmebedingungen für die konkrete Person.

Für eine sechsköpfige Familie mit Säugling und Herzerkrankung sind die Aufnahmebedingungen in Griechenland nicht sichergestellt. UNHCR (2024) berichtet von:

- Mangelnden Plätzen in Familienunterkünften
- Unzureichender medizinischer Versorgung für Säuglinge und chronisch Kranke
- Hohem Risiko der Obdachlosigkeit für anerkannte Schutzberechtigte

3.2 Kroatien

Kroatien wird wegen systematischer Pushbacks an der EU-Außengrenze kritisiert. Für das laufende Verfahren bedeutet dies: Eine Rückkehr nach Kroatien für Reza Amiri birgt das Risiko, dass er dort nicht sicher bleibt oder weiter abgeschoben wird (sog. chain refoulement — Kettenabschiebung). Der EuGH (Rs. C-411/10) und Art. 33 GFK schützen vor solchen Kettenabschiebungen.

4. Überstellungsfristen — Aktueller Stand

Ereignis	Datum
Aufnahmeersuchen BAMF an Kroatien	ca. Oktober 2025
Annahme durch Kroatien	10.01.2026
Aufnahmeersuchen BAMF an Griechenland	ca. Oktober 2025

Ereignis	Datum
Annahme durch Griechenland	17.01.2026
Überstellungsverfügung BAMF	21.03.2026
Klageerhebung	07.04.2026
Eilantrag § 80 Abs. 5 VwGO	Geplant 22.04.2026
Fristablauf 6 Monate (Kroatien)	ca. 10.07.2026
Fristablauf 6 Monate (Griechenland)	ca. 17.07.2026

> Wichtig: Gemäß § 80 Abs. 5 VwGO i.V.m. § 34a Abs. 2 Satz 2 AsylG hat die Klage keine aufschiebende Wirkung. Der Eilantrag muss unverzüglich gestellt werden, um die Überstellung zu stoppen. Bis zur gerichtlichen Entscheidung ist keine Vollziehung möglich, sobald der Eilantrag gestellt ist (de facto Suspensiveffekt durch das Gericht).

5. Selbsteintrittsrecht Deutschland (Art. 17 Dublin-III-VO)

Deutschland kann jederzeit den Asylantrag inhaltlich prüfen, auch wenn es formal nicht zuständig ist (Art. 17 Abs. 1 Dublin-III-VO). Kriterien für den Selbsteintritt:

- Humanitäre Erwägungen (Herzoperation Reza jr.)
- Drohende Verletzung der Grundrechte im Zielstaat
- Erhebliche familiäre Härte (Familientrennung)
- Vertretbarkeit aus kapazitären Gründen

Es wird ein ausdrücklicher Antrag auf Selbsteintritt im Eilverfahren gestellt. Dieser Antrag hat zwar keine aufschiebende Wirkung per se, stärkt jedoch die Argumentation im Eilantrag nach § 80 Abs. 5 VwGO erheblich.

Erstellt: 18.04.2026, RAin V. Kollatz-Ahnen

Quellen: Dublin-III-VO (EU) Nr. 604/2013, Art. 11, 16, 17, 29; § 34a AsylG; § 29 AsylG; EuGH Rs. C-578/16; EuGH Rs. C-411/10; EGMR M.S.S. ./ Belgien u. Griechenland; UNHCR-Bericht Griechenland 2024; BVMN-Bericht Kroatien 2025; Art. 7 GRCh; Art. 8 EMRK

Datei: 10_eilantrag_80_abs5_vwgo_dublin.md

10 — Eilantrag § 80 Abs. 5 VwGO gegen Dublin-Überstellung

Verfahren: Eilantrag VG Hannover (Asylsache, Dublin)

Stellung: 22.04.2026

Antragsteller: Reza Amiri u.a. (Kläger zu 1–6)

Antragsgegner: Bundesrepublik Deutschland (BAMF)

Stand: 21.04.2026

1. Prozessuale Einordnung

Gemäß § 34a Abs. 2 Satz 1 AsylG ist die Abschiebungsanordnung nach § 34a AsylG grundsätzlich sofort vollziehbar; die Klage entfaltet keine aufschiebende Wirkung (§ 75 AsylG). Die Kläger müssen daher nach § 34a Abs. 2 Satz 2 AsylG i.V.m. § 80 Abs. 5 VwGO die Anordnung der aufschiebenden Wirkung beim Verwaltungsgericht beantragen.

Die Antragsfrist beträgt gemäß § 34a Abs. 2 Satz 2 AsylG eine Woche ab Bekanntgabe der Abschiebungsanordnung. Der Bescheid wurde am 25.03.2026 zugestellt; Fristende wäre der 01.04.2026 gewesen. RAin Kollatz-Ahnen hat bei Mandatsübernahme (14.04.2026) festgestellt, dass die Caritas am 31.03.2026 einen vorläufigen Eilantrag ohne anwaltliche Vertretung gestellt hatte. Dieses Schreiben ist als Antragstellung anzusehen; das VG hat noch nicht entschieden.

2. Antragsbegründung (Kurzfassung)

2.1 Verletzung der Familieneinheit

Die Überstellungsverfügung sieht die Abschiebung des Vaters nach Kroatien und der Mutter mit Kindern nach Griechenland vor. Diese Trennung der Kernfamilie ist mit Art. 7 GRCh (Recht auf Familienleben) und Art. 8 EMRK unvereinbar. Der EuGH (Rs. C-578/16, C.K. u.a.) hat klargestellt, dass eine Überstellung trotz formeller Zuständigkeit unzulässig ist, wenn sie zu einer Verletzung von Art. 4 GRCh oder Art. 7 GRCh führen würde.

Der Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung hat bei der Interessenabwägung Erfolg, wenn: a) ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Bescheids bestehen, oder b) die Vollziehung für den Antragsteller eine unbillige Härte bedeutet.

Beides ist hier gegeben.

2.2 Systemische Mängel Griechenland

Für die Kläger zu 2–6 (Shirin und Kinder):

Griechenland bleibt ein problematischer Überstellungsstaat für vulnerable Personen. UNHCR (Bericht April 2024) empfiehlt, bei Familien mit Kleinkindern und medizinischem Bedarf eine individuelle Prüfung der Aufnahmebedingungen vorzunehmen. Konkret:

- Für Reza jr. (18 Monate, Herzleiden) sind in Griechenland keine gleichwertigen kardiologischen Behandlungsmöglichkeiten wie an der MHH Hannover gesichert.
- UNHCR stuft die kindgerechten Unterbringungskapazitäten auf dem griechischen Festland als unzureichend ein.
- EuGH (Rs. C-163/17, Jawo, Urt. v. 19.03.2019): Überstellungen sind unzulässig, wenn die Aufnahmebedingungen systemische Mängel aufweisen, die zu einer Situation extremer materieller Not führen würden.

2.3 Systemische Mängel Kroatien und Kettenabschiebung

Für den Kläger zu 1 (Reza Amiri):

Kroatien hat dokumentierte Pushback-Praktiken an seinen Außengrenzen. UNHCR (2025) und das Border Violence Monitoring Network belegen, dass Personen, die nach Kroatien zurückgestellt werden, Risiko laufen, ohne Anhörung wieder nach Bosnien abgeschoben zu werden. Eine solche Kettenabschiebung würde das Refoulement-Verbot (Art. 33 GFK; Art. 19 GRCh) verletzen.

2.4 Lebensbedrohliche Erkrankung Reza jr.

Das ärztliche Attest der Kinderkardiologen der MHH vom 15.03.2026 (→ Aktenstück 17) bescheinigt eine schwere angeborene Herzerkrankung (Ventrikelseptumdefekt Typ II mit Aortenstenose). Der geplante OP-Termin ist für den 15.07.2026 an der MHH vorgesehen. Eine Überstellung vor oder unmittelbar nach der OP würde die medizinische Nachbehandlung gefährden und das Kindeswohl erheblich beeinträchtigen.

3. Antrag

Es wird beantragt:

1. Die aufschiebende Wirkung der Klage VG Hannover 4 A 4188/26 gegen die Abschiebungsanordnung in Ziffer 4 des Bescheids des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge vom 21.03.2026 (ZA 9-44-188-2026) anzuordnen.
2. Hilfsweise: Dem Antragsgegner aufzugeben, bis zu einer rechtskräftigen Entscheidung in der Hauptsache keine Abschiebung der Antragsteller nach Kroatien oder Griechenland zu vollziehen.
3. Dem Antragsgegner die Kosten des Verfahrens aufzuerlegen.
4. Den Antragstellern Prozesskostenhilfe unter Beiordnung von RAin Veronika Kollatz-Ahnen zu bewilligen.

4. Interessenabwägung

Das Gericht nimmt im Eilverfahren eine Interessenabwägung vor:

Interessen der Antragsteller:

- Lebensbedrohliche Erkrankung Reza jr. (OP am 15.07.2026)
- Familientrennung durch gespaltene Überstellungsverfügung
- Erhebliche Zweifel an Aufnahmebedingungen in Griechenland und Kroatien

Öffentliches Vollzugsinteresse:

- Erhaltung der Dublin-Systemfunktionalität
- Verhinderung von Kettenmigration

Die Abwägung fällt deutlich zugunsten der Antragsteller aus: Das Leben eines Säuglings und der Bestand der Kernfamilie überwiegen abstrakte Verwaltungsinteressen erheblich.

5. Vorläufige Duldung

Für den Fall, dass das Gericht keine aufschiebende Wirkung anordnet, aber auch keine sofortige Abschiebung zulässt, wird die Ausländerbehörde Region Hannover gebeten, eine Duldung nach § 60a Abs. 2 AufenthG auszustellen. Diese ist wegen des OP-Termins von Reza jr. aus humanitären Gründen geboten.

Erstellt: 21.04.2026, RAin V. Kollatz-Ahnen

Rechtsquellen: § 34a Abs. 2 AsylG; § 80 Abs. 5 VwGO; Art. 7 GRCh; Art. 8 EMRK; Art. 4 GRCh; EuGH Rs. C-578/16; EuGH Rs. C-163/17; Art. 33 GFK; § 60a AufenthG

Datei: 11_strafverfahren_vater_aufenthg_stgb.md

11 — Strafverfahren gegen Reza Amiri: § 95 AufenthG und § 267 StGB

Strafverfahren: Staatsanwaltschaft Traunstein (Zuständigkeit wegen Tatort Freilassing)

Aktenzeichen StA: 440 Js 1144/25

Stand Asylverfahren: VG Hannover 4 A 4188/26

Stand: 19.04.2026

1. Vorwürfe im Strafverfahren

Reza Amiri wird von der Staatsanwaltschaft Traunstein zweier Straftaten beschuldigt:

1.1 § 95 Abs. 1 Nr. 3 AufenthG — Unerlaubte Einreise

Bei seiner Einreise am 18.03.2025 über Freilassing habe Reza Amiri die Grenze ohne gültige Einreisedokumente überschritten. Gemäß § 14 Abs. 1 Nr. 1 und 2 AufenthG ist eine Einreise unerlaubt, wenn kein anerkanntes Identitätsdokument und kein gültiges Visum vorliegen. Reza führte weder einen gültigen iranischen Pass noch ein Schengen-Visum mit sich.

Strafrahmen: Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr; in besonders schweren Fällen bis zu drei Jahren (§ 95 Abs. 3 AufenthG).

1.2 § 267 Abs. 1 StGB — Urkundenfälschung

Reza soll bei der Grenzkontrolle in Freilassing einen gefälschten iranischen Reisepass vorgelegt haben. Bundespolizisten erkannten das Dokument als Fälschung; Reza wurde vorläufig festgenommen und nach 48 Stunden wieder entlassen. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen Urkundenfälschung.

Strafrahmen: Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe (§ 267 Abs. 1 StGB); in schweren Fällen bis zu zehn Jahren.

2. Verteidigung und Koordination

Für das Strafverfahren wurde Pflichtverteidiger RA Karsten Wollberg (Strafrecht Rosenheim) bestellt. RAin Kollatz-Ahnen koordiniert mit ihm die Schnittstellen zwischen Straf- und Asylverfahren, da beide Verfahren sich wechselseitig beeinflussen können.

3. Wechselwirkungen mit dem Asylverfahren

3.1 Auswirkung Strafverfahren auf Asylstatus

Eine rechtskräftige Verurteilung wegen einer Straftat könnte folgende aufenthaltsrechtliche Konsequenzen haben:

Norm	Inhalt	Relevanz
§ 54 Abs. 2 Nr. 9 AufenthG	Besonders schweres Ausweisungsinteresse bei Verurteilung zu Freiheitsstrafe ohne Bewährung ≥ 1 Jahr	Gilt nur für Inhaber eines Aufenthaltstitels; Reza hat bisher nur Aufenthaltsgestattung
§ 25 Abs. 2 AufenthG	Flüchtlingsanerkennung ausgeschlossen bei „schwerer nichtpolitischer Straftat“	§ 3 Abs. 2 Nr. 2 AsylG (Ausschlussklausel) — § 267 StGB allein begründet dies nicht
§ 3 Abs. 2 Nr. 2 AsylG	Ausschluss vom Flüchtlingsschutz bei „schwerer nichtpolitischer Straftat“	Urkundenfälschung eines Reisepasses i.R. der Flucht gilt nach h.M. nicht als schwere nichtpolitische Straftat

Nach der Rechtsprechung des BVerwG (Urt. v. 24.11.2009 — 10 C 24.08) und EuGH (Rs. C-57/09 und C-101/09, B und D) ist der Ausschlussstatbestand des § 3 Abs. 2 AsylG eng auszulegen. Die Fälschung eines Reisepasses zur Ermöglichung einer Flucht vor staatlicher Verfolgung fällt nach überwiegender Auffassung nicht unter „schwere nichtpolitische Straftat“.

3.2 Auswirkung Asylverfahren auf Strafverfahren

Im Strafverfahren ist die asylrechtliche Verfolgungslage ein relevantes Verteidigungsargument: Ein Täter, der aus begründeter Verfolgungsfurcht flieht und zur Flucht gefälschte Dokumente nutzt, handelt in einer Notstandssituation, die strafrechtlich mildernd zu berücksichtigen ist (§ 35 StGB — entschuldigender Notstand — oder zumindest strafmildernd nach § 46 Abs. 2 StGB).

RA Wollberg beabsichtigt, eine Einstellung nach § 153a StPO oder § 47 OWiG anzustreben, hilfsweise Bewährungsstrafe. Die PTBS-Diagnose (sofern bestätigt) stärkt die Position zusätzlich.

3.3 Duldungsrisiko durch laufendes Strafverfahren

Solange das Strafverfahren anhängig ist, kann die Ausländerbehörde eine Abschiebung aussetzen (§ 60a Abs. 2 Satz 1 AufenthG — rechtliche Unmöglichkeit der Abschiebung), da eine uneingeschränkte Abschiebung die Prozessführung im Strafverfahren beeinträchtigen würde. Dies gilt insbesondere, wenn Reza als Beschuldigter oder Zeuge benötigt wird.

4. Zeitplan Strafverfahren

Datum	Schritt
18.03.2025	Festnahme und Entlassung nach 48 Stunden in Freilassung
26.03.2025	Einleitung Ermittlungsverfahren StA Traunstein
04.05.2025	Pflichtverteidiger RA Wollberg bestellt
12.01.2026	Anklageschrift StA Traunstein
14.03.2026	Hauptverhandlung AG Traunstein — verlagt auf 22.06.2026
22.06.2026	Nächster Hauptverhandlungstermin (vorläufig)

5. Empfehlungen

- RAin Kollatz-Ahnen teilt RA Wollberg die aktuellen Entwicklungen im Asylverfahren mit (Klagegründe, BAMF-Ablehnung, Eilantrag), damit diese im Strafverfahren als Kontext dienen können.
- Beantragung Einstellung nach § 153a StPO bei der StA Traunstein: Auflagen (z.B. gemeinnützige Arbeit) erscheinen verhältnismäßig.
- PTBS-Attest (sobald vorhanden) unverzüglich an RA Wollberg übermitteln.
- Koordination zu vermeiden: widersprüchliche Aussagen in Asyl- und Strafverfahren.

Erstellt: 19.04.2026, RAin V. Kollatz-Ahnen

Quellen: § 95 AufenthG; § 267 StGB; § 3 Abs. 2 AsylG; § 60a AufenthG; BVerwG, Urt. v. 24.11.2009 — 10 C 24.08; EuGH Rs. C-57/09 und C-101/09; § 35, 46 StGB; § 153a StPO

Datei: 12_familiennachzug_mahnoor_visumsablehnung.md

12 — Familiennachzug Mahnoor Amiri — Visumsablehnung Deutsche Botschaft Teheran

Verfahren: VG Berlin 38 K 88/26

Bescheid Botschaft Teheran: 07.01.2026

Klage erhoben: 06.03.2026

Stand: 20.04.2026

1. Sachverhalt

Mahnoor Amiri (geb. 03.02.2007, Mashhad), volljährige Tochter der Kläger des Asylhauptverfahrens, hat am 08.10.2025 bei der Deutschen Botschaft Teheran einen Antrag auf ein nationales Visum zum Zweck der Familienzusammenführung mit ihren Eltern in Deutschland gestellt.

Die Deutsche Botschaft Teheran hat den Antrag mit Bescheid vom 07.01.2026 abgelehnt. Begründung:

1. Die Eltern (Referenzpersonen) verfügen über keinen anerkannten Aufenthaltstitel in Deutschland; sie haben lediglich eine Aufenthaltsgestattung nach § 55 AsylG.
2. Mahnoor ist volljährig; ein Nachzug zu Asylsuchenden ohne Aufenthaltstitel ist nach § 29 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG ausgeschlossen.
3. Ein eigenständiges Aufenthaltsrecht (z.B. humanitäres Visum) wurde nicht beantragt.

2. Rechtliche Einordnung

2.1 § 36 AufenthG — Nachzug sonstiger Familienangehöriger

§ 36 Abs. 2 AufenthG ermöglicht Nachzug eines volljährigen Kindes, wenn zur Vermeidung einer außergewöhnlichen Härte die Erteilung eines Aufenthaltstitels erforderlich ist. Diese Norm setzt ebenfalls voraus, dass die Referenzperson einen Aufenthaltstitel besitzt.

Einschätzung: Solange die Eltern keinen anerkannten Schutzstatus haben, ist § 36 Abs. 2 AufenthG formal nicht anwendbar. Sobald die Klage VG Hannover 4 A 4188/26 zugunsten der Kläger entschieden wird (Flüchtlingsschutz § 3 AsylG), eröffnet sich der privilegierte Familiennachzug nach § 29 Abs. 2

2.2 § 22 AufenthG — Aufnahme aus dem Ausland

§ 22 Satz 1 AufenthG ermöglicht die Aufnahme von Ausländern aus dem Ausland durch das Auswärtige Amt aus dringenden humanitären Gründen. Dies erfordert eine Ermessensentscheidung des Auswärtigen Amts.

Antrag: RAIN Kollatz-Ahnen bereitet einen entsprechenden Antrag vor, da Mahnoors Situation im Iran durch die Verfolgung ihrer Eltern zunehmend gefährdet ist: Sie lebt allein in der Familienwohnung in Mashhad, wird von Sicherheitsbehörden beobachtet und kann ihr Studium aufgrund des Drucks kaum fortsetzen.

2.3 Eigenständiger Asylantrag für Mahnoor

Eine weitere Möglichkeit wäre, dass Mahnoor einen eigenständigen Asylantrag bei der Deutschen Botschaft (Botschafts asyl nach § 26a AsylG ist aufgehoben) oder — sofern sie Deutschland auf anderem Wege erreicht — direkt beim BAMF stellt. Botschafts asyl ist in Deutschland seit 1993 abgeschafft; eine Einreise über Drittstaaten wäre theoretisch möglich, birgt aber erhebliche Dublin-IV-Risiken.

3. Klagebegründung VG Berlin 38 K 88/26

Die Klage ist als Verpflichtungsklage auf Erteilung des Visums statthafte Klageart (§ 42 Abs. 1 Var. 2 VwGO). Das VG Berlin ist zuständig nach § 52 Nr. 2 VwGO i.V.m. § 2 Abs. 7 Nr. 1 AufenthG (Botschaftsentscheidung).

Klagegründe:

- 1. Verletzung von Art. 6 GG (Schutz der Familie):** Die Ablehnung des Visums trennt Mahnoor von ihrer Kernfamilie, obwohl die Trennung durch staatliche Verfolgung erzwungen wurde.
- 2. Ermessensfehler:** Die Botschaft hat § 22 AufenthG nicht in Erwägung gezogen und keinen Ermessensspielraum ausgeübt.
- 3. Verletzung von Art. 8 EMRK:** Die Trennung Mahnoors von ihren Eltern über einen unbestimmten Zeitraum verletzt das Recht auf Familienleben.
- 4. Antizipierter Schutzstatus:** Wenn die Eltern in Deutschland anerkannt werden (was wahrscheinlich ist, da die Klagegründe stark sind), hätte Mahnoor Anspruch auf Familiennachzug nach § 29 Abs. 2 AufenthG. Eine frühzeitige Visumserteilung würde die dann entstehende Pflicht antizipieren.

4. Situation Mahnoors im Iran

Mahnoor ist als volljährige Tochter eines flüchtigen Häretikers (Haftbefehl gegen Vater) selbst gefährdet. UNHCR (2024) belegt, dass Angehörige von gesuchten Apostaten systematischer Überwachung und Befragung ausgesetzt werden können. Zudem ist sie allein in der Familienwohnung, ohne nennenswerte soziale Unterstützung.

Aktuell berichtet sie von:

- Monatlichen Besuchen durch IRGC-Beamte, die nach dem Verbleib der Familie fragen
- Vorladung an die Universität Ferdowsi wegen „unentschuldigter Fehlzeiten“ (die durch Behördentermine entstanden)
- Eingeschränkter Kommunikation (kein Mobiltelefon mehr, nur noch öffentliche Computer)

Diese Umstände werden im Eilantrag VG Berlin berücksichtigt.

5. Verfahrensstand und nächste Schritte

Datum	Schritt
08.10.2025	Visumsantrag Deutsche Botschaft Teheran
07.01.2026	Ablehnungsbescheid Botschaft
06.03.2026	Klage VG Berlin 38 K 88/26 erhoben
15.04.2026	Begründung Klage eingereicht (durch Berliner Kooperationsanwalt RAin Dr. Selin Öztürk-Bauer)
Offen	Erwiderung durch AA / Botschaft
Offen	Ggf. Eilantrag auf Duldung im Iran / humanitäres Visum

Erstellt: 20.04.2026, RAin V. Kollatz-Ahnen

Quellen: § 36 AufenthG; § 22 AufenthG; § 29 AufenthG; Art. 6 GG; Art. 8 EMRK; § 42 VwGO; § 52 VwGO; UNHCR-Leitlinien Iran 2024

Datei: 13_klage_vg_berlin_38k88_26_familiennachzug.md

13 — Klage VG Berlin 38 K 88/26 — Familiennachzug Mahnoor Amiri

Aktenzeichen: VG Berlin 38 K 88/26

Klageart: Verpflichtungsklage auf Visumserteilung (§ 42 Abs. 1 Var. 2 VwGO)

Klägerin: Mahnoor Amiri, vertreten durch RAin Dr. Selin Öztürk-Bauer (Berlin), koordiniert mit RAin V. Kollatz-Ahnen (Hannover)

Beklagte: Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Deutsche Botschaft Teheran / Auswärtiges Amt

Stand: 21.04.2026

1. Klageschrift — Wesentliche Argumentation (Kurzfassung)

1.1 Hintergrund

Mahnoor Amiri ist die älteste Tochter von Reza Amiri und Shirin Hosseini-Tabrizi, die in Deutschland Asyl beantragt haben. Sie wurde von der Deutschen Botschaft Teheran mit Bescheid vom 07.01.2026 abgewiesen. Die Klagebegründung vom 15.04.2026 stützt sich auf folgende Rechtsgrundsätze:

1.2 Hauptargument: Antizipierter Schutzstatus der Referenzpersonen

Das Bundesverwaltungsgericht hat in ständiger Rechtsprechung (zuletzt BVerwG, Urt. v. 17.12.2020 — 1 C 30.19) entschieden, dass bei der Beurteilung eines Visumsantrags zum Familiennachzug auf den Status der Referenzperson im Zeitpunkt der letzten mündlichen Verhandlung abzustellen ist. Wenn die Referenzpersonen (Eltern) bis zur Verhandlung im VG-Berlin-Verfahren Flüchtlingsschutz in Deutschland erhalten (was durch die starke Klagelage im VG Hannover zu erwarten ist), hätte Mahnoor Anspruch auf

Familiennachzug nach §§ 29, 36 AufenthG.

Die Klage sichert diese Rechtsposition für den Fall der Schutzgewährung.

1.3 § 22 AufenthG — Humanitäres Visum

Die Botschaft hat es unterlassen zu prüfen, ob ein humanitäres Visum nach § 22 AufenthG in Betracht kommt. Mahnoors Situation — allein im Iran, beobachtet von Sicherheitsbehörden, in einer durch Verfolgung erzwungenen Isolation — erfüllt die Voraussetzungen für eine humanitäre Ausnahme.

Ein § 22-Antrag beim Auswärtigen Amt wird parallel zur Klage eingereicht.

1.4 Art. 6 GG und Art. 8 EMRK

Art. 6 Abs. 1 GG schützt die Familie als Einheit. Zwar besteht grundsätzlich kein unbeschränkter Anspruch auf Familiennachzug; jedoch gebietet Art. 6 GG eine Ermessensentscheidung unter Berücksichtigung des besonderen Schutzes der Familieneinheit. Das Ermessen der Botschaft war nicht ordnungsgemäß ausgeübt worden.

2. Eilantrag

Parallel zur Klage hat RAin Dr. Öztürk-Bauer einen Eilantrag auf vorläufige Sicherung des Rechts auf Visumserteilung gestellt (§ 123 VwGO). Dieser soll sicherstellen, dass Mahnoor bis zur Hauptsacheentscheidung nicht in eine Situation extremer Gefährdung gerät.

Voraussetzungen:

- Anordnungsanspruch: Glaubhaftmachung eines Anspruchs auf das Visum (hinreichend durch antizipierte Schutzanerkennung der Eltern)
- Anordnungsgrund: Dringlichkeit, da Mahnoors Situation im Iran sich verschlechtert

Das VG Berlin hat den Eilantrag am 25.03.2026 zunächst abgelehnt (VG Berlin 38 L 44/26); Beschwerde zum OVG Berlin-Brandenburg ist eingelegt (OVG Berlin-Brandenburg 12 S 22/26).

3. Beweissicherung

Beweismittel	Status
Bescheid Deutsche Botschaft Teheran vom 07.01.2026	Liegt vor
Zeugnis Mahnoor Amiri (schriftliche eidesstattliche Versicherung)	In Erstellung
Bericht über IRGC-Besuche (Protokoll Mahnoor)	Übersetzt, als Anlage beigelegt
Bescheinigung Universität Ferdowsi über Immatrikulationsstatus	Angefordert

Beweismittel	Status
UNHCR-Leitlinien Iran 2024 (allgemeine Lage Angehöriger)	Beigefügt
Aktuelle Korrespondenz/Vollmacht von Referenzpersonen (Eltern)	Liegt vor

4. Verfahrenskoordination Hannover — Berlin

Die Abstimmung zwischen RAin Kollatz-Ahnen (Hannover) und RAin Dr. Öztürk-Bauer (Berlin) erfolgt wöchentlich. Schlüsselpunkte:

1. Sobald im VG Hannover eine Schutzanerkennung erfolgt (oder eine PKH-Bewilligung als Erfolgsindikator), ist dies sofort dem VG Berlin mitzuteilen.
2. Etwaige Aussagen der Eltern im VG Hannover dürfen nicht im Widerspruch zu Mahnoors Angaben in Berlin stehen — inhaltliche Abstimmung erfolgt.
3. Kosten: RAin Dr. Öztürk-Bauer rechnet nach RVG ab; keine Doppelberechnung für denselben Prozessabschnitt.

5. Chancenbewertung

Szenario	Wahrscheinlichkeit	Ergebnis Klage Berlin
Eltern erhalten Flüchtlingschutz VG Hannover (§ 3 AsylG)	Hoch (ca. 70%)	Nachzugsrecht entsteht; Klage Berlin wird erfolgreich
Eltern erhalten subsidiären Schutz (§ 4 AsylG)	Mittel	Eingeschränkter Nachzug; § 36 AufenthG prüfen
Eltern erhalten Abschiebungsverbot (§ 60 Abs. 5/7 AufenthG)	Gering	Kein unmittelbarer Nachzugsanspruch
Eltern unterliegen vollständig	Sehr gering	Klage Berlin verliert; Folgeantrag prüfen

Erstellt: 21.04.2026, RAin V. Kollatz-Ahnen / RAin Dr. S. Öztürk-Bauer

Quellen: §§ 29, 36, 22 AufenthG; Art. 6 GG; Art. 8 EMRK; § 42 VwGO; § 123 VwGO; BVerwG, Urt. v. 17.12.2020 — 1 C 30.19; UNHCR-Leitlinien Iran 2024

Datei: 14_asylblg_kuerzung_und_beratungshilfe.md

14 — AsylbLG-Kürzung § 1a und Beratungshilfe

Aktenzeichen Beratungshilfe: AG Hannover 100 AR 22/26

Behörde: Stadt Hannover, Fachbereich Soziales (zuständig für AsylbLG-Leistungen)

Kürzungsbescheid: 15.02.2026

Stand: 20.04.2026

1. Sachverhalt — Kürzungsbescheid

Die Stadt Hannover (Fachbereich Soziales) hat mit Bescheid vom 15.02.2026 die Grundleistungen der Familie Amiri-Hosseini nach § 1a Abs. 2 AsylbLG auf das „physische Existenzminimum“ gekürzt.

Begründung der Behörde:

> „Die Leistungsberechtigten haben ihre Mitwirkungspflichten nach § 15 AsylG verletzt, indem sie keine vollständigen Reisedokumente vorlegten und die Herkunft von Reisemitteln nicht offenlegten.“

Konkret beanstandet wurden:

1. Fehlender iranischer Reisepass (Shirin und Kinder; Rezas Pass ist gefälscht — Strafverfahren läuft)
2. Unterlassene Angabe des Fluchtwegs in der BAMF-Anhörung (nach Auffassung der Behörde)
3. Keine Offenlegung, wer die Schleuser bezahlt hat

Die Kürzung bewirkt eine Reduzierung der monatlichen Leistungen um ca. 30% gegenüber dem Grundbetrag nach § 3 AsylbLG.

2. Rechtliche Einordnung — § 1a AsylbLG

§ 1a Abs. 2 AsylbLG erlaubt eine Leistungskürzung, wenn der Leistungsberechtigte sein Abschiebungshindernis selbst herbeigeführt hat oder bestehende Mitwirkungspflichten verletzt. Die Kürzung setzt voraus:

1. Eine konkrete Mitwirkungspflichtverletzung (nicht nur allgemeines Misstrauen)
2. Kausalität zwischen Pflichtverletzung und Schutzgewährungsverweigerung
3. Verhältnismäßigkeit

2.1 Fehlende Reisedokumente

Shirin Hosseini-Tabrizi und die Kinder haben keine Pässe, weil:

- Sie aus dem Iran irregulär ausgereist sind (keine Möglichkeit, offizielle Pässe zu behalten)
- Iranische Behörden die Reisepässe im Rahmen der Überwachung eingezogen hatten (laut Mandantenschilderung)
- Reza jr. hat nie einen Pass besessen (Geburtsort Griechenland, keine Beurkundung)

Das Bundessozialgericht (BSG, Urt. v. 17.06.2008 — B 8/9b AY 1/07 R) hat klargestellt, dass eine Kürzung nach § 1a AsylbLG nur erfolgen darf, wenn die Pflichtverletzung kausal für die Unmöglichkeit der Rückkehr ist und wenn die Person überhaupt in der Lage war, die Pflicht zu erfüllen.

Im vorliegenden Fall ist die Beschaffung iranischer Pässe für Personen, gegen die ein IRGC-Haftbefehl vorliegt, faktisch unmöglich und würde zur Selbstanzeige bei den Verfolgern führen.

2.2 Nicht offengelegter Fluchtweg

Reza Amiri hat seinen Fluchtweg in der BAMF-Anhörung nicht vollständig offenbart (aus Angst vor Konsequenzen für Schleuser-Kontakte, die im Iran verbliebene Verwandte schützen sollen). Dies ist eine

Mitwirkungspflichtverletzung i.S.v. § 15 AsylG, rechtfertigt aber nach h.M. keine AsylbLG-Kürzung, da § 1a AsylbLG auf die Verhinderung der Abschiebung abstellt, nicht auf Informationspflichten im Asylverfahren.

2.3 Verhältnismäßigkeit

Eine Kürzung um 30% des Existenzminimums für eine siebenköpfige Familie (inkl. Säugling mit schwerem Herzleiden und fünf minderjährige Kinder) ist unverhältnismäßig. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Grundsatzurteil zur Menschenwürde im Asylbewerberleistungsrecht (BVerfG, Urt. v. 18.07.2012 — 1 BvL 10/10) betont, dass das Existenzminimum unantastbar ist. Kürzungen, die das physische Existenzminimum unterschreiten, sind verfassungswidrig.

3. Widerspruch und Beratungshilfe

3.1 Widerspruch

Gegen den Kürzungsbescheid vom 15.02.2026 hat die Caritas-Beratung am 28.02.2026 Widerspruch eingelegt. Der Widerspruch wurde mit Bescheid vom 20.03.2026 zurückgewiesen. Klage vor dem Sozialgericht Hannover ist zu prüfen.

3.2 Beratungshilfe AG Hannover 100 AR 22/26

RAin Kollatz-Ahnen hat am 07.04.2026 beim Amtsgericht Hannover Beratungshilfe nach § 1 Beratungshilfegesetz (BerHG) beantragt. Das AG Hannover hat mit Bescheid vom 14.04.2026 (100 AR 22/26) Beratungshilfe für folgende Angelegenheiten bewilligt:

- Widerspruchsverfahren AsylbLG
- Beratung zur Schulpflicht Yasmin
- Allgemeine ausländerrechtliche Beratung

Nicht bewilligt wurde: Beratungshilfe für die Asylklage (diese fällt unter PKH, nicht Beratungshilfe).

4. Sozialhilferechtliche Analyse — Leistungshöhe

Leistungsart	Regelleistung § 3 AsylbLG	Gekürzter Betrag § 1a AsylbLG
Reza Amiri (Haushaltsvorstand)	215 EUR / Monat	150 EUR / Monat
Shirin Hosseini-Tabrizi	193 EUR / Monat	135 EUR / Monat
Darius (14)	193 EUR / Monat	135 EUR / Monat
Yasmin (11)	167 EUR / Monat	117 EUR / Monat
Bahar (6)	167 EUR / Monat	117 EUR / Monat
Reza jr. (18 Monate)	130 EUR / Monat	— (Kürzung ausgesetzt wegen Herzleiden)
Gesamt	**ca. 1.065 EUR / Monat**	**ca. 654 EUR / Monat**

Die Kürzung trifft die Familie hart; hinzu kommen Sachleistungen (Unterkunft, Krankenschein). Beratungshilfe und ggf. Eilantrag beim Sozialgericht sind dringend geboten.

5. Klage vor Sozialgericht Hannover

RAin Kollatz-Ahnen prüft die Erhebung einer Klage vor dem Sozialgericht Hannover auf Aufhebung des Kürzungsbescheids. Alternativ kommt ein Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz nach § 86b SGG in Betracht.

Erstellt: 20.04.2026, RAin V. Kollatz-Ahnen / Caritas-Beraterin A. Schröter-Bauer

Quellen: § 1a AsylbLG; § 3 AsylbLG; § 15 AsylG; BVerfG, Urt. v. 18.07.2012 — 1 BvL 10/10; BSG, Urt. v. 17.06.2008 — B 8/9b AY 1/07 R; § 1 BerHG; § 86b SGG

Datei: 15_schulpflicht_yasmin_foerderbedarfe.md

15 — Schulpflicht Yasmin Amiri und sonderpädagogische Förderbedarfe

Betroffene: Yasmin Amiri (11 Jahre, 5. Klasse)

Schule: Grundschule Bothfeld, Hannover (vorläufig)

Behörde: Landesschulbehörde Niedersachsen (Regionalabteilung Hannover)

Stand: 20.04.2026

1. Schulpflicht und Recht auf Bildung

1.1 Schulpflicht in Niedersachsen

In Niedersachsen besteht nach § 63 NSchG für alle Kinder, die ihren Wohnsitz im Land haben, Schulpflicht. Diese gilt auch für Kinder mit Aufenthaltsgestattung nach § 55 AsylG. Die Schulpflicht beginnt grundsätzlich sechs Jahre nach Einreise oder ab dem Schulbeginnalter (6 Jahre), in der Praxis für Geflüchtete jedoch oft früher durch behördliche Zuweisung.

Yasmin Amiri (geb. 19.11.2014) wurde der Grundschule Bothfeld zugewiesen und seit dem 02.06.2025 beschult (nach einer Eingewöhnungsphase von ca. 6 Wochen).

1.2 Darius und Bahar

Darius Amiri (14) besucht seit 10.06.2025 die IGS Roderbruch (Klasse 8, internationale Lerngruppe). Bahar Amiri (6) ist seit September 2025 in der Grundschule Bothfeld (Klasse 1). Beide werden nachrichtlich erwähnt; der Hauptstreitpunkt betrifft Yasmin.

2. Förderbedarf Yasmin

2.1 Sprachliche Förderung (DaZ)

Yasmin besuchte in Iran zwei Jahre Grundschule; sie spricht und liest Farsi. Deutschkenntnisse waren bei Einschulung minimal. Die Grundschule Bothfeld bietet „Deutsch als Zweitsprache“ (DaZ)-Unterricht an, jedoch nach Angabe der Klassenlehrerin Frau Margot Wiesner-Krahl nur 5 Stunden pro Woche — zu wenig für ein Kind in Yasmins Ausgangslage.

2.2 Traumatische Belastungen

Das Schulpsychologische Beratungszentrum Hannover hat Yasmin nach einem Elterngespräch am 03.03.2026 untersucht und einen sonderpädagogischen Förderbedarf im Bereich „emotionale und soziale

Entwicklung" festgestellt. Konkret: erhebliche Angstzustände, Konzentrationsschwierigkeiten, soziale Isolation in der Klasse.

Ein förmlicher Antrag auf Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs nach § 14 NSchG wurde von der Schule am 15.03.2026 gestellt. Die Landesschulbehörde hat noch nicht entschieden.

2.3 Streitpunkt — Schulpflicht vs. Förderanspruch

Die Familie hat eine Auseinandersetzung mit der Landesschulbehörde, da die zuständige Sachbearbeiterin bei der Regionalabteilung behauptet, ein Förderbedarf im Bereich emotionale/soziale Entwicklung begründe keine Pflicht der Schule zur Bereitstellung einer Schulbegleitung oder zusätzlicher Ressourcen, solange das Kind in einer Regelklasse beschult werden könne.

Diese Auffassung ist rechtlich zweifelhaft:

- § 4 NSchG: Die Schule ist verpflichtet, alle Schülerinnen und Schüler individuell zu fördern.
- Art. 24 BRK (UN-Behindertenrechtskonvention): Recht auf inklusive Bildung und angemessene Vorkehrungen.
- Für Kinder mit einem festgestellten sonderpädagogischen Förderbedarf besteht ein Anspruch auf ergänzende Maßnahmen.

3. Handlungsoptionen

3.1 Antrag auf Schulbegleitung (Eingliederungshilfe)

Nach § 35a SGB VIII (Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder) kann eine Schulbegleitung für Yasmin beantragt werden, wenn:

- Eine drohende seelische Behinderung vorliegt (attestiert durch Kinder- und Jugendpsychiatrische Praxis)
- Die soziale Eingliederung in der Schule erheblich beeinträchtigt ist

Caritas-Beraterin Schröter-Bauer hat einen entsprechenden Antrag beim Jugendamt Hannover (Bezirk Bothfeld) am 25.03.2026 gestellt. Entscheidung ausstehend.

3.2 Erhöhung des DaZ-Kontingents

RAin Kollatz-Ahnen schreibt die Schulleiterin Grundschule Bothfeld an und beantragt, das DaZ-Kontingent für Yasmin auf mindestens 10 Stunden/Woche zu erhöhen und — sofern Kapazitäten nicht vorhanden — eine Sprachförderschule in erreichbarer Entfernung zu benennen.

3.3 Kooperation mit Caritas-Schulberatung

Die Caritas Hannover betreibt eine Schulberatungsstelle für neu zugewanderte Kinder. Eine Begleitung durch eine Ehrenamtliche (zweimal wöchentlich, 90 Minuten) ist organisiert.

4. Rechtliche Grundlagen

Norm	Inhalt
§ 63 NSchG	Schulpflicht für alle Kinder mit Wohnsitz in Niedersachsen
§ 4 NSchG	Individuelle Förderung als Pflichtaufgabe der Schule
§ 14 NSchG	Sonderpädagogische Förderung; Feststellungsverfahren
§ 35a SGB VIII	Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder

Norm	Inhalt
Art. 24 BRK	Recht auf inklusive Bildung
§ 10 AsylG	Schulbesuch für Asylsuchende

5. Zeitplan

Datum	Maßnahme
02.06.2025	Schulbeginn Grundschule Bothfeld
03.03.2026	Schulpsychologische Untersuchung
15.03.2026	Antrag Landesschulbehörde auf Feststellung sonderpäd. Förderbedarf
25.03.2026	Antrag Jugendamt Hannover auf Schulbegleitung (§ 35a SGB VIII)
14.04.2026	Beratungshilfe AG Hannover 100 AR 22/26 erteilt (Teilbereich Schulrecht)
Offen	Entscheidung Landesschulbehörde; Entscheidung Jugendamt

Erstellt: 20.04.2026, Caritas-Beraterin A. Schröter-Bauer / RAin V. Kollatz-Ahnen

Quellen: § 63, § 4, § 14 NSchG; § 35a SGB VIII; Art. 24 BRK; § 10 AsylG

Datei: 16_humanitaerer_aufenthalt_reza_jr_herzleiden.md

16 — Humanitärer Aufenthalt Reza jr. — Kongenitales Herzleiden und § 25 Abs. 5 AufenthG

Betroffener: Reza Amiri jr. (18 Monate)

Hauptdiagnose: Ventrikelseptumdefekt (VSD) Typ II mit valvulärer Aortenstenose

Behandelnde Klinik: Medizinische Hochschule Hannover (MHH), Klinik für Pädiatrische Kardiologie und Intensivmedizin

Ansprechpartner MHH: Prof. Dr. Ines Brauner-Scholl (Leitende Oberärztin)

Aufenthaltsantrag: § 25 Abs. 5 AufenthG; gestellt 18.03.2026

Duldung: Duldung nach § 60a Abs. 2 AufenthG erteilt am 02.04.2026 (bis 30.09.2026)

Stand: 21.04.2026

1. Medizinischer Befund

1.1 Diagnose und Krankheitsverlauf

Reza Amiri jr. wurde am 14.10.2024 in einem griechischen Krankenhaus geboren. Bei einer Routineuntersuchung im Aufnahmecamp Chios (02.02.2025) wurde ein Herzgeräusch festgestellt. Eine kardiologische Echokardiographie wurde nicht durchgeführt.

Nach der Einreise in Deutschland und Zuweisung nach Hannover wurde Reza jr. am 12.06.2025 an der MHH vorgestellt. Die Untersuchung ergab:

- Großer Ventrikelseptumdefekt (VSD) Typ II (perimembranöser Defekt, Durchmesser 12 mm)
- Valvuläre Aortenstenose (Druckgradient 40 mmHg)
- Leichtgradige Trikuspidalklappeninsuffizienz

1.2 Behandlungsplan

Die MHH-Kardiologie hat am 02.04.2026 einen Operationstermin für den 15.07.2026 festgesetzt. Geplant ist:

- VSD-Verschluss mittels Kardiochirurgie (offene Herzoperation)
- Gleichzeitige Behandlung der Aortenstenose (ggf. Valvuloplastie)
- Erwartete Hospitalisierung: 10–14 Tage
- Nachbehandlung: ca. 6 Monate ambulant

Ohne die Operation ist nach Aussage von Prof. Dr. Brauner-Scholl binnen 12 bis 18 Monaten mit einer deutlichen Verschlechterung der Herzleistung und einem signifikant erhöhten Sterberisiko zu rechnen.

2. Rechtliche Einordnung — § 25 Abs. 5 AufenthG

§ 25 Abs. 5 AufenthG ermöglicht die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen, wenn:

1. die Ausreise aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen unmöglich ist,
2. diese Unmöglichkeit nicht vom Ausländer selbst zu vertreten ist, und
3. das Abschiebungshindernis voraussichtlich nicht in absehbarer Zeit entfällt.

2.1 Anwendbarkeit auf Reza jr.

Für Reza jr. besteht ein medizinisches Abschiebungshindernis nach § 60 Abs. 7 Satz 1 AufenthG (erhebliche konkrete Gefahr für Leib und Leben bei Ausreise). Dieses stellt gleichzeitig ein tatsächliches Ausreisehindernis i.S.v. § 25 Abs. 5 AufenthG dar:

- Eine Überstellung nach Griechenland vor oder kurz nach der geplanten Herzoperation (15.07.2026) würde das Kind gefährden.
- Die griechischen Gesundheitseinrichtungen bieten keine vergleichbare kinderkardiochirurgische Versorgung wie die MHH.
- Das Abschiebungshindernis wird frühestens nach erfolgter OP und abgeschlossener Nachsorge (voraussichtlich Januar 2027) entfallen.

2.2 Ausschlussgrund § 25 Abs. 5 Satz 3 AufenthG

Der Ausschlussgrund des § 25 Abs. 5 Satz 3 AufenthG greift, wenn der Ausländer zumutbare Anforderungen an die Beschaffung von Heimreisedokumenten nicht erfüllt. Reza jr. besitzt weder einen iranischen Pass noch kann er einen solchen beschaffen (kein gesetzlicher Vertreter kann gefahrlos mit iranischen Behörden kommunizieren, da gegen die Eltern Verfolgungsmaßnahmen laufen). Dieser Ausschlussgrund ist daher nicht einschlägig.

2.3 Verhältnis zu § 60a AufenthG

Die bereits erteilte Duldung nach § 60a Abs. 2 AufenthG (aus rechtlicher Unmöglichkeit der Abschiebung wegen des laufenden Eilverfahrens) sichert Reza jr. bis 30.09.2026. Der Aufenthaltserlaubnisantrag nach § 25 Abs. 5 AufenthG zielt auf einen stabilen Aufenthaltstitel, der über die Duldung hinausgeht und Planungssicherheit für die MHH und die Familie schafft.

3. Verfahrensstand Ausländerbehörde

Der Antrag nach § 25 Abs. 5 AufenthG wurde am 18.03.2026 bei der Ausländerbehörde Region Hannover gestellt. Mit Schreiben vom 08.04.2026 teilte die Ausländerbehörde mit, sie könne über den Antrag erst nach Abschluss des Dublin-Verfahrens entscheiden, da Dublin-Zuständigkeit vorrangig sei.

Diese Rechtsauffassung ist fehlerhaft: Gemäß § 60a Abs. 2c AufenthG und der Rechtsprechung des OVG Niedersachsen (Beschl. v. 22.04.2014 — 8 ME 44/14) kann eine Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen auch neben einem laufenden Dublin-Verfahren geprüft werden, wenn das Dublin-Verfahren keinen Suspensiveffekt auf den Aufenthaltstitelanspruch hat.

RAin Kollatz-Ahnen hat am 22.04.2026 Widerspruch gegen die verweigerte Prüfung erhoben und einen Eilantrag beim VG Hannover angekündigt.

4. Wechselwirkung mit dem Asylverfahren

Erhält Reza jr. einen Aufenthaltstitel nach § 25 Abs. 5 AufenthG, schützt dies ihn vor Überstellung im Dublin-Verfahren. Außerdem stärkt dies die Argumentation für den Selbsteintritt Deutschlands nach Art. 17 Dublin-III-VO: Ein Kleinkind mit einem erteilten humanitären Aufenthaltstitel in Deutschland kann nicht mehr unter Dublin nach Griechenland überstellt werden.

5. Finanzierung der Behandlung

Die Kosten der Herzoperation an der MHH werden von der Krankenkasse getragen. Asylsuchende sind nach § 4 AsylbLG bei akuten Erkrankungen und schmerzhaften Zuständen krankenbehandlungsberechtigt; bei Reza jr. ist die Herzerkrankung eindeutig als akute, lebensbedrohliche Erkrankung einzustufen. Die Krankenkasse (AOK Niedersachsen, zuständig per Gesetz für AsylbLG-Berechtigte) hat die Kostenübernahme am 20.03.2026 bestätigt.

Erstellt: 21.04.2026, RAin V. Kollatz-Ahnen / MHH-Sozialdienst

Quellen: § 25 Abs. 5 AufenthG; § 60 Abs. 7 AufenthG; § 60a AufenthG; § 4 AsylbLG; OVG Niedersachsen, Beschl. v. 22.04.2014 — 8 ME 44/14; Art. 17 Dublin-III-VO

Datei: 17_aerztliches_attest_und_abschiebungsverbot.md

17 — Ärztliches Attest und Abschiebungsverbot § 60a Abs. 2c AufenthG

Aktenzeichen: VG Hannover 4 A 4188/26 / Dublin-Eilverfahren

Attest ausgestellt: 15.03.2026

Ausstellende Ärztin: Prof. Dr. Ines Brauner-Scholl, MHH Hannover, Klinik für Pädiatrische Kardiologie

Stand: 21.04.2026

1. Bedeutung des Attests im Verfahren

Das ärztliche Attest von Prof. Dr. Brauner-Scholl vom 15.03.2026 belegt die schwere kongenitale Herzerkrankung von Reza Amiri jr. und den dringenden Operationsbedarf. Es ist Grundlage für:

1. Den Antrag nach § 25 Abs. 5 AufenthG (→ Aktenstück 16)
2. Das Abschiebungsverbot nach § 60 Abs. 7 AufenthG im Asylverfahren
3. Den Eilantrag § 80 Abs. 5 VwGO (Dublin)
4. Die Begründung des Selbsteintrittsersuches an Deutschland (Art. 17 Dublin-III-VO)

2. Inhalt des Attests (Zusammenfassung — redacted für Aktenstück)

Das Original-Attest liegt als PDF in der Akte (pdfs/bamf_ablehnungsbescheid_redacted.pdf). Die wesentlichen Aussagen:

> „Der Patient Reza A. jr. (geb. 14.10.2024) leidet an einem Ventrikelseptumdefekt (VSD) Typ II mit valvulärer Aortenstenose. Ohne operative Intervention ist mit einer progredienten kardialen Dekompensation innerhalb von 12 bis 18 Monaten und einem erhöhten Risiko des plötzlichen Herztods zu rechnen. Ein Operationstermin wurde für den 15.07.2026 an der Medizinischen Hochschule Hannover festgesetzt. Eine Unterbrechung der kardiologischen Betreuung sowie eine Verlegung in ein anderes Land ohne gleichwertige kinder-kardiologische Versorgung sind aus medizinischer Sicht als lebensbedrohlich einzustufen.“

3. Rechtliche Einordnung — § 60 Abs. 7 AufenthG

3.1 Voraussetzungen

§ 60 Abs. 7 Satz 1 AufenthG schützt vor Abschiebung, wenn im Zielstaat eine erhebliche konkrete Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit besteht. Diese Norm erfasst insbesondere schwere Erkrankungen, die im Zielstaat nicht adäquat behandelt werden können.

Das Bundesverwaltungsgericht hat in ständiger Rechtsprechung (BVerwG, Urt. v. 17.10.2006 — 1 C 18.05; BVerwG, Beschl. v. 24.05.2006 — 1 B 118.05) folgende Anforderungen formuliert:

1. Die Erkrankung muss lebensbedrohlich oder schwerwiegend sein.
2. Eine erhebliche Verschlechterung muss alsbald nach der Rückkehr drohen.
3. Im Herkunfts- oder Zielland muss keine adäquate Behandlung verfügbar oder zugänglich sein.

Alle drei Voraussetzungen sind erfüllt:

- VSD Typ II und Aortenstenose sind schwerwiegende Herzfehler.
- Ohne OP droht Verschlechterung binnen 12 bis 18 Monaten.
- In Griechenland (dem Dublin-Zielstaat) ist kinder-kardiologische Versorgung dieses Niveaus nicht für Asylsuchende ohne Aufenthaltstitel zugänglich (UNHCR-Bericht 2024, Abschnitt medizinische Versorgung).

3.2 § 60 Abs. 7 Satz 2 und 3 AufenthG (Qualitätskriterien für Atteste)

§ 60 Abs. 2c AufenthG (in der Fassung seit 2015) verlangt, dass ärztliche Atteste bestimmte Mindestanforderungen erfüllen:

- Klare Diagnose
- Art und Schwere der Erkrankung

- Auswirkungen der Erkrankung auf die Leistungsfähigkeit und Lebensführung
- Erforderliche Behandlung
- Folgen einer Unterbrechung der Behandlung

Das Attest von Prof. Dr. Brauner-Scholl erfüllt alle diese Anforderungen. Es ist von einer Fachärztin ausgestellt und enthält eine prognosegestützte Risikoeinschätzung.

4. Aufenthaltsverbot für Abschiebung während OP-Vorbereitung und Nachsorge

Für die Zeitspanne rund um die geplante Operation (voraussichtlich 15.07.2026, mit Vorbereitung ab ca. Mai 2026 und Nachsorge bis Januar 2027) ist eine Abschiebung aus folgenden Gründen rechtlich unmöglich:

Zeitraum	Hinderungsgrund
Mai–Juli 2026	Präoperative Vorbereitung (Tests, Anästhesievorbesprechung, Herzkatheterlabor)
15.–29.07.2026	Stationäre Behandlung MHH
August–Oktober 2026	Engmaschige kardiologische Nachkontrolle (wöchentlich)
November 2026–Januar 2027	Monatliche Kontrollen; erst dann Reisefähigkeit beurteilbar

Die Ausländerbehörde Region Hannover wurde mit Schreiben vom 14.04.2026 über diese Sachlage informiert und gebeten, jegliche Abschiebungsmaßnahmen bis mindestens Februar 2027 auszusetzen.

5. Konsequenzen für das Dublin-Verfahren

Das Abschiebungshindernis wegen der Herzerkrankung betrifft unmittelbar Reza jr. und — durch Art. 16 Dublin-III-VO — auch seine Mutter Shirin und die Geschwister: Eine Trennung der Mutter vom Säugling vor der OP ist mit Art. 8 EMRK unvereinbar. Wenn Reza jr. nicht übergestellt werden kann, kann die gesamte mütterliche Familieneinheit (Kläger zu 2–6) nicht nach Griechenland überstellt werden.

Für den Vater Reza Amiri gilt: Eine Überstellung nach Kroatien ohne die Familie wäre mit Art. 7 GRCh und Art. 8 EMRK unvereinbar.

6. PTBS-Attest (in Vorbereitung)

Für Reza Amiri (Vater) ist ein psychiatrisches Attest zur posttraumatischen Belastungsstörung in Vorbereitung. Dieses wird nach Abschluss der diagnostischen Phase (voraussichtlich Juni 2026) nachgereicht. PTBS kann ebenfalls ein Abschiebungsverbot nach § 60 Abs. 7 AufenthG begründen, wenn die Behandlung in Deutschland laufend und die Unterbrechung medizinisch nicht vertretbar wäre.

Erstellt: 21.04.2026, RAin V. Kollatz-Ahnen

Quellen: § 60 Abs. 7, 2c AufenthG; § 60a AufenthG; BVerwG, Urt. v. 17.10.2006 — 1 C 18.05; Art. 8 EMRK; Art. 16 Dublin-III-VO; UNHCR-Bericht Griechenland 2024

Datei: 18_gesamtstrategie_und_verfahrensplanung.md

18 — Gesamtstrategie und Verfahrensplanung

Aktenzeichen: VG Hannover 4 A 4188/26; VG Berlin 38 K 88/26; AG Hannover 100 AR 22/26

Stand: 22.04.2026

1. Verfahrenslandschaft im Überblick

Die Familie Amiri-Hosseini ist in sechs parallelen Verfahrenskomplexen involviert. Die strategische Herausforderung besteht darin, diese Verfahren so zu koordinieren, dass Entwicklungen im einen Verfahren die Chancen in anderen Verfahren verbessern und nicht gefährden.

Verfahren	Priorität	Zeitkritisch	Abhängigkeiten
Dublin-Eilantrag § 80 Abs. 5 VwGO	Sehr hoch	Ja (sofort)	Beeinflusst alle anderen
Asylklage VG Hannover 4 A 4188/26	Sehr hoch	Ja (Begründung 30.06.2026)	Wirkt auf Berlin, Mahnoor, Sozialrecht
Aufenthaltserlaubnis Reza jr. (§ 25 V AufenthG)	Hoch	Ja (OP 15.07.2026)	Dublin-Eilantrag
Strafverfahren Reza (StA Traunstein)	Mittel	Ja (HV 22.06.2026)	Asylklage (Glaubhaftigkeit)
Familiennachzug Mahnoor (VG Berlin 38 K 88/26)	Mittel	Nein	Asylklage Hannover
AsylbLG-Kürzung / Sozialrecht	Mittel	Nein	Beratungshilfe

2. Eilrechtsschutz als unmittelbare Priorität

Nächste 14 Tage (bis 06.05.2026):

- Dublin-Eilantrag** (§ 80 Abs. 5 VwGO): Beim VG Hannover einreichen; auf Antrag des Caritas-Schreibens aufbauen und vollständig begründen. Herzattest beifügen.
- Antrag Selbsteintritt** (Art. 17 Dublin-III-VO): Formal beim BAMF stellen — falls abgelehnt, als Beschwerdepunkt in Eilantrag integrieren.
- Antrag Duldungsverlängerung** für Reza jr.: Ausländerbehörde Hannover (Widerspruch läuft; ggf. Eilantrag VG Hannover).
- Koordination RA Wollberg** (Strafverfahren): Termin vor HV 22.06.2026 abstimmen; asylrechtliche Kontext-Infos übermitteln.

3. Mittelfristige Strategie (bis Ende 2026)

3.1 Asylklage VG Hannover

Die Klagebegründung bis 30.06.2026 muss folgende Elemente enthalten:

- Vollständiger Sachverhalt (Konversion, Haftbefehl, Verfolgung)
- Schreiben Pastor Rezaei als Anlage
- Mahnoors Bericht über IRGC-Besuche
- UNHCR-Leitlinien, BAMF-Länderinformation
- Antrag auf Sachverständigengutachten (Religionswissenschaft, Länderinformation)
- Attest Reza jr. als Anlage zu § 60 Abs. 7 AufenthG
- PKH-Antrag

Erfolgseinschätzung: Ca. 70–75% Wahrscheinlichkeit für zumindest subsidiären Schutz; ca. 50–60% für vollständigen Flüchtlingsschutz nach § 3 AsylG. Hauptrisiko: Glaubhaftigkeitsfrage bleibt trotz Klagebegründung strittig.

3.2 Familiennachzug Mahnoor

Abhängig vom Ausgang VG Hannover. Parallel läuft OVG Berlin-Brandenburg (Beschwerde 12 S 22/26 gegen abgelehnten Eilantrag). Falls Eltern Schutzstatus erhalten, entsteht Familiennachzugsrecht automatisch — dann Visumserteilung beantragen.

3.3 AsylbLG-Kürzung

Klage vor Sozialgericht Hannover einreichen; PKH beantragen. Nebenbei: Beratungshilfe nutzen für alle sozialrechtlichen Einzelfragen (Schulbegleitung, medizinische Beschaffungen).

4. Wechselwirkungen und Risikomanagement

4.1 Positive Wechselwirkungen

Entwicklung	Positiver Effekt auf
Dublin-Eilantrag erfolgreich	Kein Überstellungsdruck; mehr Zeit für Asylklage
Asylklage erfolgreich	Familiennachzug Mahnoor möglich; Strafverfahren entkräftet
Aufenthaltserlaubnis Reza jr.	Stärkt Familieneinheitsargument; verzögert Dublin
PTBS-Attest Reza	Stärkt Glaubhaftigkeitsargumentation; Strafverfahrensmilderung

4.2 Negative Wechselwirkungen (Risiken)

Risiko	Gegenmaßnahme
Verurteilung Reza im Strafverfahren zu Haftstrafe	Sofortige asylrechtliche Einschätzung ob § 3 Abs. 2 AsylG greift; RA Wollberg koordinieren
Mahnoor verlässt Iran und stellt Asylantrag in Drittland	Dublin-Risiko für Mahnoor; VG Berlin verliert Grundlage; Abwägen

Risiko	Gegenmaßnahme
BAMF erlässt neue Üb erstellungsvorfügung nach Ablauf	Neuer Eilantrag sofort
MHH OP-Termin verzögert sich	Verlängerung Duldung Reza jr. beantragen
Caritas-Beratungsstelle verliert Förderung	Alternative Beratungsstellen vorhalten

5. Mandantenkommunikation

5.1 Information der Familie

Die Familie wird monatlich über den Verfahrensstand informiert (schriftlich auf Deutsch, Farsi-Zusammenfassung via Caritas-Dolmetscherin). Wichtig: keine Erweckung falscher Sicherheit; realistische Einschätzungen.

5.2 Besonderheiten

- Reza darf während des laufenden Strafverfahrens keine Aussagen zum Strafkompex ohne Rücksprache mit RA Wollberg machen.
- Shirin und die Kinder sind weisungsberechtigt gegenüber der Caritas; Anweisungen von RAin Kollatz-Ahnen gehen vor.
- Darius (14) hat Fragen gestellt, ob er in Deutschland bleiben kann; die Wahrheit ist angemessen zu kommunizieren: Die Lage ist schwierig, aber die Anwältin kämpft für die Familie.

6. Zusammenfassende Zeitachse 2026

Monat	Schlüsselereignis
April 2026	Dublin-Eilantrag; Mandatsaufnahme; Duldung Reza jr.
Mai 2026	Widerspruch AsylbLG; Abstimmung Strafverfahren
Juni 2026	Klagebegründung VG Hannover (Deadline 30.06.); HV Strafgericht Traunstein
Juli 2026	OP Reza jr. MHH; ggf. Entscheidung Dublin-Eilantrag
August–Oktober 2026	Nachsorge Reza jr.; Abwarten VG Hannover
November 2026	Ggf. mündliche Verhandlung VG Hannover (früh)
Dezember 2026	Jahresende-Bilanz; Entscheidung Mahnoor-Beschwerde

Erstellt: 22.04.2026, RAin V. Kollatz-Ahnen

Datei: 19_beweissicherung_verfolgung_iran.md

19 — Beweissicherung: Religiöse Verfolgung im Iran

1. Überblick — Beweissicherungsziele

Im Asylverfahren obliegt dem Antragsteller die Mitwirkung bei der Sachverhaltsaufklärung; dem BAMF und dem Gericht die Aufklärungspflicht (§ 86 VwGO). Die Beweislast ist geteilt: Der Antragsteller muss seinen Verfolgungsweg schlüssig und widerspruchsfrei schildern; das Gericht muss objektiv die Situation im Herkunftsland feststellen.

Die Beweissicherung verfolgt drei Ziele:

1. Individuellen Verfolgungsweg Rezas und Shirins belegen (subjektive Dimension)
2. Allgemeine Verfolgungslage im Iran belegen (objektive Dimension)
3. Glaubhaftigkeitsmängel des BAMF-Bescheids entkräften

2. Persönliche Verfolgungsgeschichte — Belege

2.1 Konversion Reza

Beweismittel	Inhalt	Status
Taufzeugnis Pastor Davood Rezaei	Bestätigung Taufe 15.03.2023	Schreiben liegt vor (Berlin, 10.04.2026)
Eidesstattliche Erklärung Reza	Konversionsbericht, Hauskreisbeschreibung, Glaubenspraxis	In Erstellung
Farsi-Bibelübersetzung (digital)	Persönlich annotiertes Exemplar auf Rezas altem Gerät	Datei gesichert (Forensik läuft)
Fotos Hauskreis-Teilnahme	Aus Handybackup; zwei Fotos mit ca. 8 Personen	Vorhanden, datiert März 2023

2.2 Verfolgungs- und Bedrohungshandlungen

Ereignis	Beweismittel	Status
Hausdurchsuchung Juni 2023	Eidesstattliche Erklärung Reza + Shirin	In Erstellung
Haftbefehl gegen Reza	Bericht Mahnoor Amiri (übersetzt)	Liegt vor
Verhörvorladung Shirin November 2023	Eidesstattliche Erklärung Shirin	In Erstellung
IRGC-Besuche bei Mahnoor 2026	Protokoll Mahnoor (übersetzt)	Liegt vor
Kündigung Rezas (November 2023)	Kündigungsschreiben (Foto via Mahnoor)	In Beschaffung

2.3 Bahai-Verbindung

Beweismittel	Inhalt	Status
Zeugnis Farshid Golestan (Kanada)	Schilderung gemeinsamer Zusammenkünfte	Angefragt; schriftliches Zeugnis erwartet Mai 2026
LinkedIn-Profil Golestan	Bestätigt Person; keine Detailangaben	Screenshot gesichert
Bericht AI über Bahai-Verfolgung Iran 2025	Allgemeine Verfolgungslage	Vorhanden

3. Allgemeine Verfolgungslage — Länderinformationen

3.1 BAMF-Länderinformation Iran (Dezember 2025)

Das BAMF selbst hat in seiner Länderinformation Iran (Dezember 2025) — der für das Verfahren maßgeblichen Fassung — ausgeführt:

- Konversion vom Islam gilt im Iran als Apostasie und ist strafbar
- Hauskirchen sind verboten; Mitglieder werden systematisch überwacht
- Bahai unterliegen staatlicher Diskriminierung und werden verfolgt
- IRGC und VEVAK überwachen religiöse Minderheiten aktiv

Dieser BAMF-eigene Bericht widerspricht der Ablehnungsbegründung im Bescheid vom 21.03.2026. Das wird ausdrücklich im Klageverfahren hervorgehoben.

3.2 UNHCR-Leitlinien Iran (2024)

UNHCR stuft folgende Personengruppen als grundsätzlich schutzbedürftig ein (UNHCR, „Eligibility Guidelines for Assessing the International Protection Needs of Asylum-Seekers from Iran“, 2024):

- Konvertiten vom Islam (insb. zu Christentum oder Baha'i-Glauben)
- Mitglieder von Minderheitsreligionen
- Personen, die staatliche Überwachung erfahren haben

3.3 Open Doors Weltverfolgungsindex 2026

Iran belegt Platz 9 des Weltverfolgungsindex 2026 (Open Doors Deutschland e.V.). Christliche Konvertiten sind die am stärksten verfolgte Gruppe.

3.4 U.S. Department of State — Country Report on Human Rights (Iran, 2025)

Der US-Staatsdepartement-Bericht bestätigt: Konvertiten werden mit Haftstrafen zwischen 5 und 10 Jahren, Körperstrafe und in Extremfällen der Todesstrafe bedroht. Apostasie-Anklagen werden auch ohne formale Gerichtsverfahren erhoben (Verwaltungshaft).

4. Sachverständige

4.1 Religionswissenschaftlicher Sachverständiger

RAin Kollatz-Ahnen bereitet eine Anfrage an Prof. Dr. Katharina Mettler-Staudinger (Institut für Religions- und Missionswissenschaft, Universität Heidelberg) vor. Prüfungsfragen:

- Ist die von Reza beschriebene Konversionserfahrung (Weg, Hauskreis, Taufe) plausibel und typisch für iranische Konvertiten?
- Entspricht die geschilderte Glaubenspraxis dem, was man von Konvertiten in der beschriebenen Gemeindeart erwarten würde?

4.2 Psychiatrischer Sachverständiger (PTBS)

Für Reza Amiri ist eine psychiatrische Begutachtung in Vorbereitung (→ Aktenstück 17). Der Gutachter soll auch zur Frage Stellung nehmen, ob und wie traumatische Erfahrungen die Kohärenz von Zeugenaussagen beeinträchtigen können.

5. Dokumentensicherung im Iran

Die Sicherung von Dokumenten, die noch im Iran vorhanden sein könnten (z.B. Hausdurchsuchungsprotokoll, Kündigung, Behördenkorrespondenz), ist mit erheblichem Risiko für Mahnoor verbunden. RAin Kollatz-Ahnen hat Mahnoor explizit angewiesen, keine Dokumente zu beschaffen, die sie in Gefahr bringen könnten. Die vorliegenden Belege sind ausreichend.

6. Beweiswürdigungsstrategie

Das Verwaltungsgericht Hannover wird die Glaubhaftigkeit der Verfolgungsgeschichte im Rahmen einer Gesamtwürdigung prüfen. Schlüsselpunkte:

1. Konsistenz: Alle drei Befragungen (Caritas, BAMF, Kanzlei) zeigen denselben Kern.
2. Detailreichtum: Hauskreis, Pfarrer, Ort und Datum der Taufe sind spezifisch benannt.
3. Bestätigung durch Dritte: Pastor Rezaei (Taufe), Golestan (Bahai-Kontakt).
4. Übereinstimmung mit Länderlage: Muster der Verfolgung entspricht dokumentierter Praxis.
5. Widersprüche im BAMF-Bescheid: BAMF ignoriert eigene Länderinformation.

Erstellt: 22.04.2026, RAin V. Kollatz-Ahnen

Quellen: BAMF-Länderinformation Iran Dez. 2025; UNHCR Eligibility Guidelines Iran 2024; Open Doors Weltverfolgungsindex 2026; U.S. DOS Country Report Iran 2025; AI-Bericht Bahai-Verfolgung 2025

Datei: 20_verhandlungsvorbereitung_vg_hannover.md

20 — Verhandlungsvorbereitung VG Hannover 4 A 4188/26

Aktenzeichen: VG Hannover 4 A 4188/26

Erwarteter Verhandlungstermin: Q4 2026 (vorläufig; noch keine Ladung)

Zuständige Kammer: 4. Kammer, Einzelrichter nach § 76 AsylG

Stand: 23.04.2026

1. Verfahrensrahmen

In Asylsachen entscheidet gemäß § 76 Abs. 1 AsylG grundsätzlich das Gericht durch einen Einzelrichter. Eine Entscheidung ohne mündliche Verhandlung ist nach § 101 VwGO möglich, wenn beide Beteiligten zustimmen. RAin Kollatz-Ahnen beantragt ausdrücklich mündliche Verhandlung, da:

- Die Glaubhaftigkeitsfrage zentraler Streitpunkt ist
- Persönliche Anhörung der Mandanten mit qualifiziertem Dolmetscher unerlässlich ist
- Zeugenvernehmung (Pastor Rezaei, ggf. videokonferenzlich) beantragt wird

2. Beweisanträge für die mündliche Verhandlung

RAin Kollatz-Ahnen beabsichtigt, folgende Beweisanträge zu stellen:

Nr.	Beweisantrag	Beweismittel	Ziel
BA 1	Vernehmung Pastor Davood Rezaei (Berlin) als Zeuge, ggf. videokonferenzlich	Zeugnis	Taufe und Glaubenspraxis Reza belegen
BA 2	Einholung schriftlicher Aussage Farshid Golestan (Toronto/Kanada)	Schriftl. Zeugnis	Bahai-Kontakt und Verfolgungsrisiko belegen
BA 3	Einholung Sachverständigengutachten: Religionswissenschaft Iran (Konversionspraxis)	Sachverständiger	Plausibilität der Konversion
BA 4	Einholung aktueller BA MF-Länderinformation Iran (zum Zeitpunkt der mündl. Verhandlung)	Amtl. Auskunft	Aktuelle Verfolgungslage
BA 5	Beiziehung psychiatrischen Gutachtens PTBS (Reza Amiri)	Gutachten	Auswirkung auf Glaubhaftigkeitsprüfung
BA 6	Einholung MHH-Attest Reza jr. (aktualisiert)	Urkundsbeweis	Abschiebungsverbot § 60 Abs. 7 AufenthG

3. Mandantencoaching

3.1 Vorbereitung Reza Amiri

Reza neigt in Befragungssituationen zu Kürze und Ausweichen — eine verständliche Reaktion auf traumatische Erfahrungen, die jedoch als Glaubhaftigkeitsmangel missverstanden werden kann. Das Coaching umfasst:

- Schilderung in eigenen Worten üben (konkrete Details: Datum, Ort, Personen, Atmosphäre)
- Umgang mit schwierigen Fragen (Falschantworten vermeiden; lieber sagen: „Das weiß ich nicht mehr genau“)

- Emotional belastende Teile (Verhör, Hausdurchsuchung) in ruhiger Atmosphäre üben
- Erklärung des Gerichtsablaufs (Richter, keine Staatsanwaltschaft)

3.2 Vorbereitung Shirin Hosseini-Tabrizi

Shirin ist sprachgewandter als Reza und schildert Details präzise. Sie neigt dazu, die eigene Gefährdung kleinzureden, um die des Mannes nicht zu gefährden. Coaching-Schwerpunkte:

- Eigenständige Gefährdung klar benennen (Verhörvorladung, Sippenhaft-Risiko)
- Religiöse Überzeugungen authentisch beschreiben (auch ohne formale Konversion)
- Fragen zum Kindeswohl (Reza jr., Yasmin) ruhig beantworten

3.3 Dolmetscher für die Verhandlung

Gericht bestellt üblicherweise eigene Dolmetscher. RAin Kollatz-Ahnen wird beantragen, Frau Nasrin Farshchian (zertifiziert, VDÜ) als Dolmetscherin zuzulassen oder zumindest ihre Anwesenheit als Protokollierungshilfe zu erlauben. Die Qualität der Übersetzung ist für diese Verhandlung entscheidend.

4. Rechtliche Schwerpunkte der Verhandlung

4.1 Glaubhaftigkeitsprüfung

Der Einzelrichter wird vermutlich die Kläger zu 1 und 2 (Reza und Shirin) persönlich befragen. Hauptthemen:

- Konversionsprozess: Beginn, Verlauf, Taufe
- Bahai-Kontakt: Wann, wie oft, mit wem
- Hausdurchsuchung: Wer kam, was wurde mitgenommen, was wurde gefragt
- Haftbefehl: Wie erfahren, von wem, wann

RAin Kollatz-Ahnen wird nach der Befragung durch den Richter ergänzende Fragen stellen dürfen.

4.2 § 60 Abs. 7 AufenthG (Reza jr.)

Das Gericht wird das MHH-Attest würdigen. Ggf. wird es selbst eine amtsärztliche Stellungnahme einholen. RAin Kollatz-Ahnen wird beantragen, Prof. Dr. Brauner-Scholl als sachverständige Zeugin zu laden.

4.3 Dublin-Frage in der Hauptsache

Parallel zum Eilverfahren wird das Hauptsacheverfahren zur Dublin-Frage laufen. Der Einzelrichter wird prüfen, ob die Überstellungsverfügung rechtmäßig ist. Hauptargumente (→ Aktenstücke 09 und 10) werden vorgetragen.

5. Hilfsanträge und Protokollrügen

Falls der Richter Beweisanträge ablehnt, wird RAin Kollatz-Ahnen jeweils umgehend rügen und begründete Einwände zu Protokoll geben (§ 138 Nr. 6 VwGO — Versagung des rechtlichen Gehörs). Etwaige Revisionsanträge sind vorzubereiten, falls das Urteil negativ ist.

Revisionsrechtlich bedeutsame Rechtsfragen:

- EuGH-Vorlagerecht (Art. 267 AEUV): Frage ob Art. 11 Dublin-III-VO eine Familientrennung zulässt
- BVerwG-Grundsatzrevision: Maßstab für § 60 Abs. 7 AufenthG bei Kindern

6. Kostenrisiko

Im Asylverfahren trägt nach § 83b AsylG jede Partei ihre Kosten selbst, sofern nicht anders gesetzlich geregelt. Bei Bewilligung von PKH trägt die Staatskasse die Anwaltskosten. Für die Mandanten entstehen keine direkten Kosten.

Erstellt: 23.04.2026, RAin V. Kollatz-Ahnen

Quellen: § 76, 83b AsylG; § 86, 101 VwGO; § 138 VwGO; Art. 267 AEUV; § 60 Abs. 7 AufenthG; Dublin-III-VO Art. 11

Datei: 21_kostenrecht_pkh_beratungshilfe.md

21 — Kostenrecht, PKH und Beratungshilfe

Aktenzeichen: VG Hannover 4 A 4188/26; AG Hannover 100 AR 22/26

Stand: 23.04.2026

1. Übersicht Verfahrenskosten und Hilfen

Die Familie Amiri-Hosseini bezieht Leistungen nach AsylbLG und verfügt über keine eigenen Mittel. Alle Verfahren müssen durch Prozesskostenhilfe (PKH) oder Beratungshilfe finanziert werden.

Verfahren	Finanzierungsform	Status
Asylklage VG Hannover 4 A 4188/26	PKH (§ 114 ZPO i.V.m. § 166 VwGO)	Antrag noch einzureichen
Dublin-Eilantrag (§ 80 Abs. 5 VwGO)	PKH (wie oben)	Gemeinsam mit Eilantrag
Klage VG Berlin 38 K 88/26 (Mahnoor)	PKH — Antrag durch RAin Dr. Öztürk-Bauer	Gestellt 06.03.2026
AsylbLG-Widerspruch / Sozialrecht	Beratungshilfe § 1 BerHG	Bewilligt 14.04.2026
Strafverfahren StA Traunstein	Pflichtverteidigung (§ 140 StPO)	RA Wollberg bestellt
Aufenthaltserlaubnis Reza jr.	Beratungshilfe § 1 BerHG	Einbezogen in 100 AR 22/26

2. Prozesskostenhilfe im Asylverfahren

2.1 Rechtsgrundlage

§ 83 AsylG i.V.m. § 114 ZPO, § 166 VwGO: PKH wird bewilligt, wenn die beabsichtigte Rechtsverfolgung hinreichende Aussicht auf Erfolg hat und nicht mutwillig erscheint. Im Asylrecht wird durch § 83 AsylG die PKH dem in § 114 ZPO verankerten Standard angepasst.

2.2 Erfolgsaussicht

Für die Bewilligung von PKH genügt eine über 50%-ige Erfolgsaussicht. Die Klagegründe im vorliegenden Fall (Konversionsverfolgung, Glaubhaftigkeitsprüfung, Herzleiden Reza jr., Dublin-Familieneinheit) sind rechtlich substantiell. Eine PKH-Ablehnung ist unwahrscheinlich, wenn die Klagebegründung vollständig vorliegt.

2.3 Persönliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Die wirtschaftlichen Verhältnisse (AsylbLG-Bezug, kein Vermögen) stehen außer Frage. Die persönliche Verhältniserklärung (Formular) wird der Klagebegründung vom 30.06.2026 beigelegt.

2.4 Anwaltsbeordnung

Mit der PKH-Bewilligung wird RAin Veronika Kollatz-Ahnen beigeordnet. Ihr Honorar richtet sich dann nach dem RVG (Rechtsanwaltsvergütungsgesetz), Anlage 1 (VV-RVG).

Relevante Gebühren (Verwaltungsgericht, PKH-Beordnung):

Gebühr	VV-RVG Nr.	Betrag (Schätzung)
Verfahrensgebühr	3100	1,3 × Grundgebühr
Terminsgebühr (mündl. Verhandlung)	3104	1,2 × Grundgebühr
Einigungsgebühr (falls Vergleich)	1006	1,0 × Grundgebühr
Auslagenpauschale	7002	max. 20 EUR
MwSt. 19%	7008	—

Der Gegenstandswert im Asylverfahren beträgt nach § 30 RVG pauschal 5.000 EUR.

3. Beratungshilfe nach § 1 BerHG

3.1 Bewilligte Hilfe

Das Amtsgericht Hannover hat mit Beschluss vom 14.04.2026 (100 AR 22/26) Beratungshilfe für folgende Angelegenheiten bewilligt:

- AsylbLG-Widerspruchsverfahren und Klage Sozialgericht
- Schulrecht (Yasmin, Förderbedarfe)
- Allgemeine ausländerrechtliche Beratung (Aufenthaltserlaubnis Reza jr., Duldungsfragen)

3.2 Abgrenzung zu PKH

Beratungshilfe deckt außergerichtliche Beratung und Hilfe ab. PKH deckt gerichtliche Verfahren. Beides kann nebeneinander gewährt werden, nicht aber für dieselbe Angelegenheit. Die klare Trennung wurde im Bewilligungsbescheid vorgenommen.

3.3 Vergütung RAin Kollatz-Ahnen aus Beratungshilfe

Gebühr	Nr. BerHG/RVG	Betrag
Beratungsgebühr	VV-RVG 2500	max. 35 EUR pro Angelegenheit
Geschäftsgebühr	VV-RVG 2503	bis 300 EUR (außergerichtl. Vertretung)

Die wirtschaftliche Seite der Beratungshilfe ist für die Mandanten kostenneutral (kein Selbstbehalt, da Bezug AsylbLG).

4. Kostenrisikoaufklärung Mandanten

RAin Kollatz-Ahnen hat die Mandanten gem. § 49b Abs. 5 BRAO über das Kostenrisiko aufgeklärt:

- Bei Erfolg: Kosten trägt der Beklagte (Bundesrepublik Deutschland / BAMF), § 154 Abs. 1 VwGO; eigene Anwaltskosten werden aus PKH gedeckt.
- Bei Misserfolg: Gerichtskosten im Asylverfahren nach § 83b AsylG nicht erhoben; Anwaltskosten der Gegenseite i.d.R. nicht auferlegt; Eigenkosten aus PKH gedeckt.
- Risiko: Wenn PKH abgelehnt wird (sehr unwahrscheinlich), müssten theoretisch Anwaltskosten nachgezahlt werden — praktisch durch Stundungsvereinbarung geregelt.

5. Honorarvereinbarung für Sonderleistungen

Für Tätigkeiten außerhalb des PKH-Rahmens (z.B. Koordination Strafverfahren mit RA Wollberg, Reise nach Berlin für Koordination) wurde eine separate Stundenhonorarvereinbarung mit der Caritas als Kostenträger getroffen (5 EUR/Stunde Eigenanteil der Familie, Rest wird durch Spendenmittel der Caritas gedeckt).

Erstellt: 23.04.2026, RAin V. Kollatz-Ahnen

Quellen: § 83 AsylG; § 114 ZPO; § 166 VwGO; § 1 BerHG; § 140 StPO; VV-RVG Nrn. 2500, 2503, 3100, 3104; § 30 RVG; § 154 VwGO; § 49b BRAO

Datei: 22_gesamtchronologie_und_ausblick.md

22 — Gesamtchronologie und Ausblick

Aktenzeichen: VG Hannover 4 A 4188/26 und alle verbundenen Verfahren

Stand: 23.04.2026

1. Chronologie aller Ereignisse (Iran bis Deutschland)

Datum	Ereignis	Verfahrensrelevanz
2019–2020	Reza knüpft Kontakt zu Bahai-Kollegen Golestan (Mashhad)	Vorverfolgung; Glaubhaftigkeit
März 2023	Taufe Reza durch Pastor Rezaei (Hauskirche Mashhad)	§ 3 AsylG
17.06.2023	Hausdurchsuchung IRGC; Beschlagnahme Laptop, Bücher	Verfolgungshandlung
August 2023	Vorladung Reza (erscheint nicht); Flucht aus Mashhad	Verfolgungsreaktanz

Datum	Ereignis	Verfahrensrelevanz
November 2023	Verhörvorladung Shirin; fristlose Kündigung Reza	Verfolgungshandlungen
Februar 2024	Haftbefehl gegen Reza (Apostasieverdacht)	Zentraler Verfolgungsakt
Oktober 2024	Geburt Reza jr. in Thessaloniki (Griechenland)	§ 25 Abs. 5 AufenthG
17.01.2025	Flucht aus Iran (Mashhad) Richtung Türkei	Fluchtbeginn
01.02.2025	Überfahrt Türkei → Griechenland (Chios); EUODAC Shirin/Kinder	Dublin
19.02.2025	Grenzübertritt Kroatien; Aufgriff; EUODAC Reza	Dublin
18.03.2025	Einreise Deutschland (Freilassing); gefälschter Pass	§ 95 AufenthG, § 267 StGB
22.03.2025	Zuweisung EAE Halberstadt	—
25.03.2025	Asylantrag BAMF (Halberstadt)	Verfahrensbeginn
26.03.2025	Einleitung Strafverfahren StA Traunstein	StA 440 Js 1144/25
05.05.2025	Wohnsitzauflage Hannover-Bothfeld	§ 61 AufenthG
02.06.2025	Schulbeginn Darius, Yasmin	Schulpflicht
12.06.2025	Erste MHH-Untersuchung Reza jr. (Herzgeräusch)	§ 60 Abs. 7 AufenthG
08.10.2025	Visumsantrag Mahnoor, Deutsche Botschaft Teheran	VG Berlin 38 K 88/26
Oktober 2025	Aufnahmeersuchen BAMF an Kroatien und Griechenland (Dublin)	Dublin
10.01.2026	Kroatien akzeptiert Aufnahme Reza	Dublin
17.01.2026	Griechenland akzeptiert Aufnahme Shirin/Kinder	Dublin
07.01.2026	Ablehnung Visumsantrag Mahnoor (Deutsche Botschaft Teheran)	VG Berlin
28.01.2026	BAMF-Anhörung Familie Amiri-Hosseini (Hannover)	Asylverfahren
15.02.2026	AsylbLG-Kürzungsbescheid Stadt Hannover	Sozialrecht
21.03.2026	**BAMF-Ablehnungsbescheid ZA 9-44-188-2026**	Alle Verfahren
25.03.2026	Zustellung des Bescheids	Fristbeginn
28.02.2026	Widerspruch AsylbLG (Caritas)	Sozialrecht

Datum	Ereignis	Verfahrensrelevanz
06.03.2026	Klage VG Berlin 38 K 88/26 (Mahnoor)	Familiennachzug
07.04.2026	**Klage VG Hannover 4 A 4188/26**	Asylklage
14.04.2026	Erstgespräch RAin Kollatz-Ahnen	Mandatsaufnahme
02.04.2026	**Duldung Reza jr. erteilt** (Ausländerbehörde Hannover)	§ 60a AufenthG
02.04.2026	MHH: OP-Termin Reza jr. festgesetzt auf 15.07.2026	§ 25 Abs. 5 AufenthG
07.04.2026	**Beratungshilfe AG Hannover 100 AR 22/26**	§ 1 BerHG
22.04.2026	Dublin-Eilantrag § 80 Abs. 5 VwGO (vorbereitet)	Dublin

2. Kommende Termine und Fristen

Datum	Termin / Frist
22.04.2026	Einreichung Dublin-Eilantrag VG Hannover
06.05.2026	Antrag Selbsteintritt Art. 17 Dublin-III-VO beim BAMF
22.06.2026	Hauptverhandlung Strafgericht Traunstein (AG)
30.06.2026	Klagebegründung VG Hannover (Deadline)
15.07.2026	**OP Reza jr. MHH Hannover**
30.07.2026	Entscheidung Dublin-Eilantrag VG Hannover (erwartet)
September 2026	Entscheidung OVG Berlin-Brandenburg 12 S 22/26
Q4 2026	Mündliche Verhandlung VG Hannover (frühestens)
Januar 2027	Ende Nachsorge Reza jr. (Reisefähigkeit beurteilbar)

3. Szenarien und Wahrscheinlichkeiten

3.1 Bestmöglicher Ausgang

Alle Klageziele werden erreicht:

- VG Hannover erkennt Flüchtlingsschutz nach § 3 AsylG an (Wahrscheinlichkeit ca. 50–60%)
- Dublin-Eilantrag erfolgreich; keine Überstellung (ca. 75–80%)
- Reza jr. erhält § 25 Abs. 5 AufenthG (ca. 85%)
- Mahnoor erhält nach Schutzanerkennung der Eltern Familiennachzug (ca. 70% bei Erfolg in Hannover)
- Strafverfahren Einstellung § 153a StPO (ca. 60%)

3.2 Mittleres Szenario

- Subsidiärer Schutz nach § 4 AsylG; Familiennachzug eingeschränkt (Mahnoor ausgeschlossen)

- Dublin-Überstellungen gestoppt
- Reza jr. mit Aufenthalt gesichert bis nach OP

3.3 Ungünstigster Ausgang

- Klage abgewiesen; Dublin-Überstellung vollzogen
- Folgeantrag vorzubereiten (neue Tatsachen: Mahnoors Bericht, PTBS-Diagnose, Pastor-Zeugnis)
- OVG Niedersachsen als nächste Instanz

4. Gesamtbewertung und Empfehlung

Die Rechtslage der Familie Amiri-Hosseini ist komplex, aber nicht aussichtslos. Die stärksten Argumente sind:

1. Das dokumentierte Abschiebungsverbot wegen Herzleiden Reza jr. (fast sicher erfolgreich)
2. Die Dublin-Familientrennung (stark)
3. Die religiöse Verfolgung durch offenen Haftbefehl und IRGC-Geschichte (mittelstark, abhängig von Glaubhaftigkeitsbewertung)

Die größte Schwäche ist die Glaubhaftigkeitsfrage: Das BAMF hat erhebliche Zweifel formuliert, die — wenn das Gericht sie teilt — die Klage scheitern lassen könnten. Die Beibringung von Zeugen (Pastor Rezaei, Golestan) und eines Sachverständigengutachtens ist daher unverzichtbar.

Die Gesamtstrategie ist klar: Zuerst Eilrechtsschutz sichern (Dublin), dann Hauptsacheverfahren mit vollständiger Beweissicherung führen. Die Familie hat in Deutschland ein starkes Unterstützungsnetzwerk (Caritas, MHH, RAin Kollatz-Ahnen), das die Verfahren fundiert begleiten kann.

Erstellt: 23.04.2026, RAin V. Kollatz-Ahnen

Quellen: Alle vorherigen Aktenstücke 01–21; eigene Verfahrensakten; Koordination mit RAin Dr. Öztürk-Bauer (Berlin) und RA Wollberg (Traunstein)

E-Mails

Datei: eml/01_bamf_anhoerungs_einladung.eml

Von	BAMF-Anhoerungs-Einladungen@bamf.bund.de
An	reza.amiri.hannover@caritas-hannover.de
Datum	Thu, 15 Jan 2026 09:12:44 +0100
Betreff	Ladung zur Anhörung nach § 25 AsylG — AZ ZA 9-44-188-2026

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
Außenstelle Hannover
Vahrenwalder Str. 220, 30179 Hannover

Hannover, den 15. Januar 2026

Aktenzeichen: ZA 9-44-188-2026

An: Herrn Reza Amiri
vertreten durch RAin Veronika Kollatz-Ahnen
Lister Meile 44, 30161 Hannover

Betreff: Ladung zur persönlichen Anhörung gemäß § 25 AsylG

Sehr geehrter Herr Amiri,
sehr geehrte Frau Hosseini-Tabrizi,

hiermit laden wir Sie zu Ihrer persönlichen Anhörung über Ihren Asylantrag vom 25. März 2025
(Aktenzeichen: ZA 9-44-188-2026) ein.

Termin: Mittwoch, 28. Januar 2026, 09:00 Uhr
Ort: BAMF-Außenstelle Hannover
Vahrenwalder Straße 220
30179 Hannover
Zimmer 204 (Erdgeschoss, Schalterhalle rechts)

Bitte beachten Sie Folgendes:

1. Erscheinen

Erscheinen Sie pünktlich zum Termin. Bei unentschuldigtem Fernbleiben kann über Ihren Asylantrag ohne persönliche Anhörung entschieden werden.

2. Dokumente

Bringen Sie alle Identitätsdokumente und sonstige Unterlagen mit, die Ihren Asylantrag stützen können (Reisepässe, Ausweise, Bescheinigungen, Fotos, Schriftstücke).

3. Dolmetscher

Ein Dolmetscher für die Sprache Farsi/Dari wird vom BAMF gestellt. Wenn Sie einen eigenen Dolmetscher mitbringen möchten, teilen Sie dies bitte bis spätestens 21. Januar 2026 mit.

4. Rechtsanwalt / Beistand

Ihre Rechtsanwältin oder ein Beistand kann anwesend sein. Das Erscheinen des Beistands entbindet Sie nicht von der Pflicht, persönlich zu erscheinen und Angaben zu machen.

5. Kinder

Minderjährige Kinder müssen zur Anhörung nicht erscheinen; ein separater Termin kann

für Darius Amiri (14 Jahre) angesetzt werden, falls erforderlich. Bitte teilen Sie mit, ob Sie Kinderbetreuung für die Dauer der Anhörung benötigen.

6. Gesundheitliche Einschränkungen

Falls Sie aufgrund gesundheitlicher Einschränkungen — insbesondere wegen Reza Amiri jr. — den Termin nicht wahrnehmen können, bitten wir um rechtzeitige Mitteilung mit ärztlichem Attest.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte an:

Sachbearbeiterin: Frau Helga Mertens-Schormann
Telefon: 0511 – 44 22 – 1144 (Mo–Fr 09:00–12:00 Uhr)
E-Mail: ha-aussenste-hannover-za9@bamf.bund.de

Mit freundlichen Grüßen

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
Außenstelle Hannover

Frau Helga Mertens-Schormann
Sachbearbeiterin

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge | www.bamf.de
Diese E-Mail wurde automatisch erstellt. Antworten richten Sie bitte an:
ha-aussenste-hannover-za9@bamf.bund.de

Datei: eml/02_deutsche_botschaft_teheran_ablehnung.eml

Von	visum@teheran.diplo.de
An	mahnoor.amiri.mashhad@gmail.com
Datum	Wed, 07 Jan 2026 14:38:21 +0330
Betreff	Bescheid Visumsantrag — Ref. TH-VIS-2025-08847

Deutsche Botschaft Teheran
Visaabteilung / Konsularabteilung
Shahid Djalal Al-Ahmad Str. 37, Teheran, Iran

Teheran, den 7. Januar 2026
Referenznummer: TH-VIS-2025-08847

An: Mahnoor Amiri
Ferdowsi-Universität Mashhad
[Adresse geschwärzt]
Mashhad, Iran

Betreff: Entscheidung über Ihren Antrag auf nationales Visum zum Familiennachzug
(Antragsdatum: 08. Oktober 2025)

Sehr geehrte Frau Amiri,

nach eingehender Prüfung Ihres Visumsantrags vom 8. Oktober 2025 teile ich Ihnen mit, dass Ihr Antrag auf Erteilung eines nationalen Visums zum Zweck des Familiennachzugs abgelehnt wird.

Begründung:

1. Fehlende aufenthaltsrechtliche Grundlage der Referenzpersonen

Ihr Antrag stützt sich auf den Aufenthalt Ihrer Eltern, Herrn Reza Amiri und Frau Shirin Hosseini-Tabrizi, in der Bundesrepublik Deutschland. Ihre Eltern besitzen zum gegenwärtigen Zeitpunkt keinen anerkannten Aufenthaltstitel in Deutschland; sie verfügen lediglich über eine Aufenthaltsgestattung nach § 55 AsylG (während des laufenden Asylverfahrens).

Ein Anspruch auf Familiennachzug nach § 29 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG setzt voraus, dass die Person, zu der der Nachzug erfolgen soll, eine Aufenthaltserlaubnis, Niederlassungserlaubnis oder Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU besitzt. Eine Aufenthaltsgestattung genügt diesen Anforderungen nicht.

2. Kein Nachweis des Lebensunterhalts

Es konnte kein Nachweis erbracht werden, dass der Lebensunterhalt der nachziehenden Person nach Einreise nach Deutschland gesichert ist (§ 5 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG). Da Ihre Eltern AsylbLG-Leistungen beziehen, entfällt die Möglichkeit eines Nachweises durch die Referenzpersonen.

3. Kein Vorliegen einer außergewöhnlichen Härte (§ 36 Abs. 2 AufenthG)

Soweit Ihr Antrag als Antrag auf Nachzug sonstiger Familienangehöriger nach § 36 Abs. 2 AufenthG ausgelegt werden kann, fehlt es an dem Nachweis, dass zur Vermeidung einer außergewöhnlichen Härte Ihre Anwesenheit in Deutschland erforderlich ist. Ihre Situation als Studentin im Iran erfüllt die strengen Anforderungen dieser Norm nach gegenwärtiger Aktenlage nicht.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Entscheidung können Sie Klage beim Verwaltungsgericht Berlin erheben. Die Klage muss innerhalb von drei Monaten ab Bekanntgabe dieser Entscheidung eingereicht werden. Verwaltungsgericht Berlin, Kirchstr. 7, 10557 Berlin.

Wir empfehlen Ihnen, einen in Deutschland zugelassenen Rechtsanwalt mit der Wahrnehmung Ihrer Interessen zu beauftragen.

Falls sich Ihre aufenthaltsrechtliche Situation oder die Ihrer Referenzpersonen ändert (z. B. durch Anerkennung als Flüchtlinge nach § 3 AsylG), steht Ihnen die Möglichkeit offen, einen neuen Visumsantrag zu stellen.

Mit freundlichen Grüßen

Deutsche Botschaft Teheran
Konsularabteilung / Visumabteilung

i.A. Konsulin Brigitte Stollenberg-Rath

Deutsche Botschaft Teheran | www.teheran.diplo.de
Shahid Djalal Al-Ahmad Str. 37 | Teheran, Iran
Telefon: +98 21 2310 1300 (Mo, Di, Do 09:00–12:00 Uhr Ortszeit)
E-Mail: visum@teheran.diplo.de

Datei: eml/03_caritas_beratungsnotiz_an_anwaeltin.eml

Von	a.schroeter-bauer@caritas-hannover.de
An	veronika.kollatz-ahnen@kanzlei-kollatz.de
Datum	Mon, 13 Apr 2026 10:47:03 +0200
Betreff	Familie Amiri-Hosseini — Übergabe Beratungsakte + dringende Punkte vor Erstgespräch

Caritas Hannover
Migrationsberatung Bothfeld
Bothfelder Kirchweg 44, 30419 Hannover

Hannover, den 13. April 2026

Von: Anneliese Schröter-Bauer, Beraterin Migrationsrecht

An: RAin Veronika Kollatz-Ahnen

Betreff: Übergabe Beratungsakte Familie Amiri-Hosseini vor Ihrem Erstgespräch am 14.04.2026

Liebe Frau Kollatz-Ahnen,

wie telefonisch besprochen sende ich Ihnen hiermit meine Beratungsnotizen und eine kurze Lageübersicht zur Familie Amiri-Hosseini, damit Sie morgen gut vorbereitet in das Erstgespräch gehen können.

1. FAMILIENKONSTELLATION (Kurzfassung)

- Vater: Reza Amiri, geb. 12.03.1984 (42), Elektroingenieur aus Mashhad
- Mutter: Shirin Hosseini-Tabrizi, geb. 07.09.1986 (39), Lehrerin
- Kinder: Darius (14), Yasmin (11), Bahar (6), Reza jr. (18 Monate, Herzleiden)
- Älteste Tochter Mahnoor (19) ist im Iran verblieben
- Wohnsitz: Wohnsitzauflage Hannover-Bothfeld (Gemeinschaftsunterkunft)
- Bezug AsylbLG; Kürzungsbescheid seit Februar 2026 (bitte unbedingt ansprechen)

2. AKTUELLER VERFAHRENSSTAND

- BAMF-Bescheid vom 21.03.2026 (ZA 9-44-188-2026): Ablehnung aller Schutzformen
- Klage VG Hannover 4 A 4188/26: am 07.04.2026 eingegangen (von mir als Notbehelf eingereicht — Begründung ausstehend, das ist Ihr Teil)
- Dublin-Überstellung droht: BAMF hat Abschiebungsanordnung erlassen (Reza → Kroatien, Rest → Griechenland). Die Frist läuft! Bitte schauen Sie, ob noch ein Eilantrag möglich ist.
- VG Berlin 38 K 88/26 läuft für Mahnoor (Berliner Kollegin Dr. Öztürk-Bauer zuständig)

3. DRINGLICHSTE THEMEN FÜR DAS ERSTGESPRÄCH

- a) Dublin-Eilantrag § 80 Abs. 5 VwGO: Ich habe am 31.03.2026 ein formloses Schreiben ans VG Hannover geschickt mit der Bitte um vorläufigen Schutz. Das Gericht hat noch nicht geantwortet. Bitte prüfen Sie, ob das als Eilantrag ausreicht oder ob noch ein formeller anwaltlicher Eilantrag nötig ist.
- b) Herzleiden Reza jr.: MHH hat den OP-Termin auf 15.07.2026 festgesetzt. Das Attest von Prof. Brauner-Scholl liegt mir vor und habe ich beigelegt. Dieses ist ZENTRAL für § 60 Abs. 7 AufenthG und den Eilantrag.
- c) AsylbLG-Kürzung: Der Kürzungsbescheid vom 15.02.2026 wurde mit Bescheid vom 20.03.2026 im Widerspruch bestätigt. Ich habe noch keine Klage erhoben. Bitte Beratungshilfe beantragen und Sozialgericht-Klage prüfen.
- d) Yasmin (11): Schulpsychologischer Förderbedarf festgestellt (emotionale/soziale Entwicklung). Antrag auf § 35a SGB VIII-Maßnahme läuft beim Jugendamt.
- e) Strafverfahren Reza: RA Wollberg (Traunstein) ist als Pflichtverteidiger bestellt. Nächste Hauptverhandlung: 22.06.2026. Bitte koordinieren.

4. ZU BEACHTEN

- Herr Amiri ist traumatisiert. Er redet wenig und wirkt misstrauisch gegenüber Behörden. Die Dolmetscherin Nasrin Farshchian kennt die Familie und genießt ihr Vertrauen.

- Frau Hosseini-Tabrizi ist kommunikativer und organisiert den Familienalltag.
- Bitte geben Sie mir kurz Bescheid nach dem Gespräch — ich werde morgen ebenfalls anwesend sein (als beobachtende Beraterin, wenn das für Sie in Ordnung ist).

Ich habe folgende Unterlagen als Anhang beigefügt:

- Attest MHH Prof. Dr. Brauner-Scholl vom 15.03.2026 (PDF)
- BAMF-Bescheid vom 21.03.2026 (PDF, Scan)
- AsylbLG-Kürzungsbescheid vom 15.02.2026 und Widerspruchsbescheid 20.03.2026
- Mein Caritas-Beratungsprotokoll (Erstgespräch 02.05.2025 und Folgetreffen)

Herzliche Grüße und viel Erfolg morgen,

Anneliese Schröter-Bauer
Beraterin Migrationsrecht
Caritas Hannover — Migrationsberatung Bothfeld

Bothfelder Kirchweg 44
30419 Hannover
Tel.: 0511 – 33 44 – 5566
E-Mail: a.schroeter-bauer@caritas-hannover.de

Caritas Hannover | www.caritas-hannover.de

Diese E-Mail enthält vertrauliche Informationen. Bei versehentlichem Empfang bitte umgehend den Absender informieren und die E-Mail löschen.

Datei: eml/04_auslaenderbehoerde_region_hannover_duldung.eml

Von	auslaenderbehoerde@region-hannover.de
An	veronika.kollatz-ahnen@kanzlei-kollatz.de
Datum	Thu, 02 Apr 2026 14:22:17 +0200
Betreff	Duldungsbescheid Reza Amiri jr. — AZ ABH-HAN-2026-3344

Region Hannover
Ausländerbehörde
Göttinger Chaussee 76a, 30453 Hannover

Hannover, den 2. April 2026
Aktenzeichen: ABH-HAN-2026-3344

An: RAin Veronika Kollatz-Ahnen
Lister Meile 44
30161 Hannover

Betreff: Duldungsbescheid gemäß § 60a Abs. 2 AufenthG für Reza Amiri jr.
(geb. 14.10.2024, Iran/Griechenland)

Sehr geehrte Frau Kollatz-Ahnen,

bezugnehmend auf Ihren Antrag vom 18. März 2026 und das ärztliche Attest der Medizinischen Hochschule Hannover (Prof. Dr. Brauner-Scholl) vom 15. März 2026 teile ich Ihnen folgendes mit:

1. Duldung

Für Herrn Reza Amiri jr. wird eine Duldung gemäß § 60a Abs. 2 Satz 1 AufenthG erteilt.

Duldungsdauer: 02. April 2026 bis 30. September 2026

Duldungsgrund: Rechtliche Unmöglichkeit der Abschiebung infolge laufenden Eilverfahrens

VG Hannover (§ 80 Abs. 5 VwGO) sowie schwerer Erkrankung

(§ 60a Abs. 2c AufenthG; ärztliches Attest MHH 15.03.2026)

Wohnsitzauflage: Hannover-Bothfeld (Gemeinschaftsunterkunft)

Räumliche Beschränkung: Land Niedersachsen; Verlassen nur mit vorheriger Genehmigung

2. Auflagen

- a) Reza Amiri jr. darf Deutschland während der Duldungszeit nicht verlassen.
- b) Arzttermine und Krankenhausaufenthalte sind der Ausländerbehörde unverzüglich mitzuteilen.
- c) Spätestens 6 Wochen vor Ablauf der Duldung ist ein Verlängerungsantrag zu stellen, sofern der OP-Termin (15.07.2026) nicht vollständig abgeschlossen und die medizinische Nachsorge noch nicht beendet ist.

3. Hinweis zur laufenden Prüfung § 25 Abs. 5 AufenthG

Ihr Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 AufenthG (gestellt 18.03.2026) befindet sich in Prüfung. Wie Ihnen bereits mitgeteilt, kann über diesen Antrag erst nach abschließender Klärung der Dublin-Zuständigkeit entschieden werden. Ich verweise auf mein Schreiben vom 08.04.2026, gegen das Sie Widerspruch eingelegt haben.

Wir werden den Widerspruch intern prüfen und Sie zeitnah informieren.

4. Weitere Familienangehörige

Für die übrigen Familienangehörigen (Kläger zu 1–5) besteht Aufenthaltsgestattung nach § 55 AsylG infolge des laufenden Klageverfahrens VG Hannover 4 A 4188/26. Separate Duldungen sind für diese Personen derzeit nicht erforderlich, sofern das Verfahren nicht rechtskräftig abgeschlossen wird.

5. Ableitung der Duldung für Reza jr. auf Shirin Hosseini-Tabrizi

Eine Überstellung der Mutter (Klägerin zu 2) getrennt von Reza jr. ist während der Duldungszeit aus humanitären Gründen ausgesetzt. Dies beruht auf Art. 16 Dublin-III-VO (Familienzusammenführung bei Hilfebedürftigkeit) und Art. 8 EMRK.

Mit freundlichen Grüßen

Region Hannover

Ausländerbehörde

Tobias Grünhagen-Meier

Sachbearbeiter Asyl und Rückkehr

Göttinger Chaussee 76a

30453 Hannover

Tel.: 0511 – 616 – 22150 (Di + Do 09:00–12:00 Uhr)

E-Mail: auslaenderbehoerde@region-hannover.de

Region Hannover | www.region-hannover.de/auslaenderbehoerde

Datei: eml/05_anwaeltin_an_bamf_widerspruch_protokoll.eml

Von	veronika.kollatz-ahnen@kanzlei-kollatz.de
An	ha-aussenste-hannover-za9@bamf.bund.de
Datum	Thu, 29 Jan 2026 16:54:33 +0100

Rechtsanwältin Veronika Kollatz-Ahnen
Fachanwältin für Migrationsrecht
Lister Meile 44 | 30161 Hannover
Tel.: 0511 – 88 99 – 0100 | Fax: 0511 – 88 99 – 0101
veronika.kollatz-ahnen@kanzlei-kollatz.de

Hannover, den 29. Januar 2026

An:
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
Außenstelle Hannover
Vahrenwalder Str. 220
30179 Hannover

E-Mail: ha-aussenste-hannover-za9@bamf.bund.de

Aktenzeichen BAMF: ZA 9-44-188-2026
Aktenzeichen Kanzlei: KA/2026/AMI-001

Betreff: Formelle Rüge und Bitte um Mängelheilung — Anhörungsprotokoll vom 28.01.2026

Sehr geehrte Frau Mertens-Schormann,

in der oben bezeichneten Sache zeige ich die anwaltliche Vertretung der Familie Amiri-Hosseini an.
Die Vollmacht liegt gesondert bei.

Die gestrige Anhörung (28.01.2026) war von folgenden formellen Mängeln geprägt, die ich hiermit rüge und um Abhilfe bitte:

1. UNVOLLSTÄNDIGES PROTOKOLL (§ 25 Abs. 7 AsylG)

Das mir nach der Anhörung übermittelte Protokollentwurf enthält an mindestens drei Stellen unvollständige oder unrichtige Wiedergaben der Mandantenaussagen:

- a) Seite 3, Absatz 2: Herr Amiri hat nach unserer Mitschrift (angefertigt durch die anwesende Dolmetscherin Frau Farshchian) ausdrücklich auf die Hausdurchsuchung vom 17. Juni 2023 und die Mitnahme eines Neuen Testaments auf Farsi hingewiesen. Im Protokoll ist lediglich von „Gesprächsprotokollen“ die Rede; die religiöse Schrift wurde nicht erwähnt. Bitte ergänzen.
- b) Seite 5, letzter Absatz: Die Aussage meiner Mandantin Frau Hosseini-Tabrizi zu der Verhörvorladung vom November 2023 wurde im Protokoll auf einen Satz reduziert; die von ihr genannten Details (Uhrzeit ca. 08:00 Uhr, Verhörort Geheimdienst-Gebäude Mashhad-Innenstadt, Art der Fragen) fehlen vollständig.
- c) Seite 8: Die Aussage zur gesundheitlichen Situation von Reza jr. wurde nicht protokolliert. Herr Amiri hat ausdrücklich auf das Herzleiden und den bevorstehenden Arzttermin hingewiesen.

2. ZU KURZE ANHÖRUNGSDAUER

Die Anhörung dauerte insgesamt 2 Stunden und 15 Minuten für eine siebenköpfige Familie mit zwei eigenständigen Verfolgungsgeschichten. Das ist nach unserer Einschätzung für eine ordnungsgemäße Sachverhaltsaufklärung nicht ausreichend. Wir bitten, eine Nachvernehmung anzusetzen oder die genannten Lücken durch Aufnahme unserer Ergänzungsschreiben in die Akte zu schließen.

3. BITTE UM STELLUNGNAHME

Bitte teilen Sie uns bis spätestens 12. Februar 2026 mit, ob Sie die genannten Protokollmängel beheben werden. Im anderen Fall behalten wir uns vor, diese Mängel im Klageverfahren geltend zu machen.

Wir erlauben uns zudem den Hinweis, dass das ärztliche Attest der MHH Hannover betreffend Reza Amiri jr. (kongenitales Herzleiden, ausgestellt am 15. März 2026 — von uns beim BAMF im Voraus angekündigt) unverzüglich nach Ausstellung übermittelt wird und für die Entscheidung zwingend zu berücksichtigen ist.

Mit freundlichen kollegialen Grüßen

Veronika Kollatz-Ahnen

Rechtsanwältin | Fachanwältin für Migrationsrecht

Anlage: Dolmetscher-Ergänzungsprotokoll Farshchian (3 Seiten)

Excel-Tabellen

Datei: xlsx/behandlungsliste_reza_jr_herzleiden.xlsx

Tabellenblatt: Behandlungsliste Reza jr.

	Medizinische Behandlungs- und Terminliste — Reza Amiri jr. (geb. 14.10.2024)							
	Diagnose: Ventrikelseptumdefekt (VSD) Typ II mit valvulärer Aortenstenose Behandlungsort : MHH Hannover, Klinik für Pädiatrische Kardiologie							
	Verfahrensrelevanz: § 60 Abs. 7 AufenthG (Abschiebungsverbot) , § 25 Abs. 5 AufenthG, Dublin-Eilantrag Plugin: fachanwalt-migrationsrecht							
	Datum	Art des Termins	Ort / Klinik	Arzt / Fachrichtung	Befund / Ergebnis	Nächster Schritt	Verfahrensrelevanz	Priorität

	02.02.2025	Erstuntersuchung (Notfall)	Aufnahme camp Chios, Griechenland	Allgemein arzt (Camp)	Herzgeräusch feststellt; keine weiterführende Diagnostik (Kapazitätsmangel)	Weiterleitung an Spezialisten empfohlen (nicht erfolgt)	Beleg: unzureichende med. Versorgung Griechenland	Hoch
	12.06.2025	Kardiologische Erstvorstellung MHH	MHH Hannover, Pädiatrische Kardiologie	Prof. Dr. I. Brauner-Scholl	Echokardiographie: VSD Typ II (12 mm Durchmesser); Aortenstenose (Gradient 40mmHg); Trikuspidalklappeninsuffizienz leichtgradig	Engmaschige Kontrolle; Abklärung OP-Indikation	Erstes spezifisches Attest möglich; Grundlage § 60 Abs. 7	Kritisch
	15.09.2025	Kardiologische Kontrolluntersuchung	MHH Hannover	Prof. Dr. I. Brauner-Scholl	VSD stabil; Aortenstenose leicht progredient; keine akute Dekompensation	Weiter engmaschige Kontrolle (3-Monats-Intervall)	Nachweis progredienter Erkrankung	Hoch
	10.12.2025	EKG + Echokardiographie Kontrolle	MHH Hannover	Prof. Dr. I. Brauner-Scholl	Leichte Zunahme Druckgradient Aorta (43 mmHg); Herzgröße grenzwertig für Alter	OP-Planung einleiten	Steigerung OP-Dringlichkeit dokumentiert	Kritisch
	15.03.2026	Ärztliches Attest für Behörden	MHH Hannover	Prof. Dr. I. Brauner-Scholl	Attest ausgestellt: VSD Typ II + Aortenstenose; OP lebensnotwendig; Frist 12–18 Monate ohne OP	OP-Termin festlegen	Kernbeleg § 60 Abs. 7 AufenthG; Eilantrag Dublin	Sehr kritisch

	02.04.2026	OP-Termin festgelegt	MHH Hannover	Prof. Dr. I. Brauner-Scholl / Herzchirurgie	OP-Datum : 15.07.2026; Kardiologie: VSD-Verschluss + Valvuloplastie; Anästhesievorbereitung geplant Mai 2026	Präoperative Diagnostik (Herzkatheterlabor, Blutbild, Anästhesie)	Konkretes Datum → Duldungserlängerung, Eilantrag	Sehr kritisch
	Mai 2026 (geplant)	Präoperative Diagnostik	MHH Hannover	Anästhesie + Herzchirurgie	Herzkatheterlabor; Blutbild, Erinnerungssstatus; Anästhesievorbereitung	Freigabe für OP	Nachweis laufender Behandlung	Hoch
	15.07.2026 (geplant)	HERZOPE RATION	MHH Hannover, Herzchirurgie (OP-Saal)	Herzchirurgisches Team MHH	VSD-Verschluss mittels Perikardpatch; Valvuloplastie Aortenklappe; geplante OP-Dauer 4–6 h	Intensivstation 2–3 Tage; Normalstation bis ca. 29.07.2026	KRITISCHER TERMIN — Abschiebung vor/während OP rechtlich unmöglich	KRITISCH
	29.07.2026 (ca., geplant)	Entlassung MHH stationär	MHH Hannover	Prof. Dr. I. Brauner-Scholl	Entlassung geplant ca. 14 Tage post-op; ambulante Nachsorge beginnt	Wöchentliche ambulante Kontrollen	Abschiebungsschutz bis mindestens Februar 2027	Sehr hoch
	August–Oktober 2026 (geplant)	Ambulante Nachsorgetermine (wöchentlich)	MHH Hannover, Ambulanz Kardiologie	Prof. Dr. I. Brauner-Scholl	Echokardiographie, EKG, Blutdruckkontrolle; Wundkontrolle; Anpassung Medikation	Übergang zu monatlichen Kontrollen	Reiseunfähigkeit; Abschiebungsschutz fortlaufend	Hoch

	November 2026 – Januar 2027 (geplant)	Monatliche Kontrolluntersuchungen	MHH Hannover	Prof. Dr. I. Brauner-Scholl	Beurteilung Heilungsverlauf; Freigabe zur eingeschränkten Reisetätigkeit frühestens Januar 2027	Abschlussbericht kardilogischer Befund	Abschiebungsschutz bis mind. 01.02.2027	Mittel
	Februar 2027 (geplant)	Abschlussuntersuchung / Reisefähigkeitsattest	MHH Hannover	Prof. Dr. I. Brauner-Scholl	Beurteilung Reisefähigkeit; ggf. weiterer Schutz § 60 Abs. 7 falls Komplikationen	Langzeitüberwachung Herzleistung (1x jährlich)	Ende akuter Abschiebungsschutz — dann Neubewertung	Mittel
	Legende: Rot = Kritisch (sofortiger Handlungsbedarf) Gelb = Hoher Handlungsbedarf Weiß = Routinetermin							

Datei:
 [xlsx/fluchtroute_und_eurodac.xlsx](#)

Tabellenblatt:
 Fluchtroute

	Fluchtroute Familie Amiri-Hosseini — Iran nach Deutschland (Januar–März 2025)							
	Testakte: VG Hannover 4 A 4188/26 Plugin: fachanwalt-migrationsrecht							
	Etappe	Von	Nach	Datum (ca.)	Verkehrsmittel/Art	EURODAC-Treffer	Besonderheit	Rechtl. Bedeutung

	1	Mashhad, Iran	Türkei (Grenze Bazargan)	17./18.01. 2025	Kleintransporter (Schleuser)	Nein	Winterliche Bergüberquerung; Temperaturen ca. -12 °C; Shirin trägt Reza jr.	§ 95 AufenthG (unerlaubte Einreise)
	2a	Istanbul, Türkei	Aufenthalt Istanbul	18.–30.01. 2025	Unterkunft Fatih-Viertel	Nein	Kontakt zu Schleusernetzwerk für Ägäisüberfahrt	—
	2b	Çeşme, Türkei	Chios, Griechenland	31.01./01.02.2025	Schlauchboot (Schleuser)	Ja — GR (Shirin + 4 Kinder)	Gefährliche Ägäisüberfahrt; Reza jr. 3 Monate alt; Herzgeräusch erstmals auffällig in Chios	EURODAC Kat. 1 Griechenland → Dublin-Zuständigkeit für Shirin/Kinder
	3a	Chios (Vatthy-Camp)	Athen (Festland)	03.–07.02. 2025	Fähre + Bus (offiziell)	Shirin/Kinder registriert 03.02.2025	Überfülltes Camp; sanitäre Mängel; medizinische Untersuchung Reza jr. ohne Echokardiographie	Dokumentiert: systemische Mängel Griechenland
	4a	Athen	Nördliches Griechenland	07.–09.02. 2025	PKW (Schleuser)	Nein	Beginn Balkanroute	—
	4b	Nördliches Griechenland	Albanien	09.02.2025	Zu Fuß (Bergpfad, Nacht)	Nein	Nicht registriert; sehr anstrengend	—
	4c	Albanien	Montenegro	ca. 12.02. 2025	Zug/Bus	Nein	Transit; keine Registrierung	—
	4d	Montenegro	Bihać, Bosnien-Herzegowina	ca. 14.02. 2025	Bus	Nein	Ca. 4 Tage Aufenthalt; Unterbringung bei lokaler NGO	Kein Dublin-Ersuchen möglich (kein EU-Mitglied)

	5	Bihać, BiH	Kroatien (Grenze)	19.02.2025	Zu Fuß (Waldpfad)	Ja — HR (Reza Amiri)	Aufgriff durch kroatische Grenzpolizei; Reza registriert; Familie zunächst zusammen in RC Slavonski Brod	EURODAC Kat. 1 Kroatien → Dublin-Zuständigkeit Reza
	6	Slavonski Brod, Kroatien	Slowenien (Grenze)	05.03.2025	Zu Fuß / PKW	Nein	Verlassen Kroatien ohne Erlaubnis; Reza verlässt Aufnahmeeinrichtung	§ 95 AufenthG; erschwerend für Dublin
	7	Slowenien	Österreich	ca. 08.03.2025	Unbekannt (Schleuser)	Nein	Nicht registriert	—
	8	Österreich	Freilassung, Deutschland	18.03.2025	Zu Fuß / PKW	Nein	Reza legt gefälschten iranischen Pass vor; vorläufige Festnahme 48 h	§ 267 StGB (Urkundenfälschung); § 95 AufenthG
	9	Freilassung	EAE Halberstadt	22.03.2025	Bus (Behördentransport)	Nein	Asylantrag gestellt 25.03.2025	Beginn Asylverfahren
	10	EAE Halberstadt	Hannover-Bothfeld	05.05.2025	Behördenransport	Nein	Wohnsitzauflage nach § 61 AufenthG	Beginn reguläre Beschulung, MHH-Vorstellung

Tabellenblatt: EURODAC-Treffer

	EURODAC-Treffer — Familie Amiri-Hosseini					
	Person	Treffer	Land	Datum	Kategorie	Dublin-Konsequenz
	Reza Amiri (Vater, 42)	Ja	Kroatien	20.02.2025	Kategorie 1 (Asylantrag)	Zuständigkeit Kroatien nach Art. 13 Dublin-III-VO

	Shirin Hossein i-Tabrizi (Mutter, 39)	Ja	Griechenland	03.02.2025	Kategorie 1 (Asylantrag)	Zuständigkeit Griechenland nach Art. 13 Dublin-III-VO
	Darius Amiri (14)	Ja	Griechenland	03.02.2025	Kategorie 1 (abgeleitet)	Gemeinsam mit Mutter: Griechenland
	Yasmin Amiri (11)	Ja	Griechenland	03.02.2025	Kategorie 1 (abgeleitet)	Gemeinsam mit Mutter: Griechenland
	Bahar Amiri (6)	Ja	Griechenland	03.02.2025	Kategorie 1 (abgeleitet)	Gemeinsam mit Mutter: Griechenland
	Reza Amiri jr. (18 Monate)	Nein	—	—	Nicht erfasst (Alter < 14 J.)	Begleitung Mutter; Art. 20 Abs. 3 Dublin-III-VO
	Mahnoor Amiri (19, im Iran)	Nein	—	—	Nicht relevant	VG Berlin 38 K 88/26 — Visumsklage

Word-Dokumente

Datei: docx/eilantrag_dublin_80abs5_vwgo.docx

VERWALTUNGSGERICHT HANNOVER

ANTRAG AUF ANORDNUNG DER AUFSCHIEBENDEN WIRKUNG

gemäß § 80 Abs. 5 VwGO i.V.m. § 34a Abs. 2 AsylG

Antragsteller: Reza Amiri u.a. (Kläger zu 1–6 im Verfahren 4 A 4188/26)

Antragsgegner: Bundesrepublik Deutschland (BAMF)

Prozessbevollmächtigte: RAin Veronika Kollatz-Ahnen, Lister Meile 44, 30161 Hannover

— — —

I. Antrag

Die Antragsteller beantragen, die aufschiebende Wirkung der Klage VG Hannover 4 A 4188/26 gegen die Abschiebungsanordnungen in Ziffer 4 des BAMF-Bescheids vom 21.03.2026 (ZA 9-44-188-2026) anzuordnen.

II. Begründung

1. Verletzung der Familieneinheit durch gespaltene Überstellungsverfügung

Die Überstellungsverfügung sieht vor, den Antragsteller zu 1 nach Kroatien und die Antragstellerinnen und Antragsteller zu 2–6 nach Griechenland zu überstellen. Diese Aufspaltung der Kernfamilie verletzt Art. 11 Dublin-III-VO sowie Art. 7 GRCh (Recht auf Familienleben) und Art. 8 EMRK. Der EuGH (Rs. C-578/16, C.K. u.a., Urt. v. 16.02.2017) hat klargestellt, dass eine Überstellung trotz formaler Zuständigkeit unzulässig ist, wenn sie zu einer Grundrechtsverletzung führt.

2. Systemische Mängel in Griechenland

Für eine siebenköpfige Familie mit einem schwerkranken Säugling (kongenitaler Herzfehler, OP-Termin 15.07.2026 MHH Hannover) sind die Aufnahmebedingungen in Griechenland nicht sichergestellt. UNHCR (2024) berichtet von unzureichenden Familienunterkünften und fehlender medizinischer Versorgung für vulnerable Personen. Die Überstellung nach Griechenland würde den notwendigen OP-Termin des Antragstellers zu 6 gefährden und gegen § 60 Abs. 7 AufenthG sowie Art. 4 GRCh verstoßen.

3. Systemische Mängel in Kroatien

Kroatien wird wegen systematischer Pushback-Praktiken an der Außengrenze zu Bosnien-Herzegowina kritisiert (UNHCR 2025, BVMN-Bericht 2025). Eine Rücküberstellung des Antragstellers zu 1 nach Kroatien birgt das reale Risiko einer Kettenabschiebung, was Art. 33 GFK und Art. 19 GRCh verletzt.

III. Interessenabwägung

Die Interessenabwägung fällt eindeutig zugunsten der Antragsteller aus: Das Leben eines 18 Monate alten Säuglings mit schwerem Herzfehler, der unmittelbare Operationsbedarf und die drohende Familientrennung überwiegen das abstrakte öffentliche Interesse an der sofortigen Vollziehung der Überstellungsverfügung.

IV. Beweisanlagen

Anlage 1: Ärztliches Attest MHH, Prof. Dr. Brauner-Scholl, 15.03.2026

Anlage 2: UNHCR-Bericht Griechenland 2024 (Auszug medizinische Versorgung)

Anlage 3: BVMN-Bericht Kroatien 2025 (Pushback-Dokumentation)

Anlage 4: Duldungsbescheid Ausländerbehörde Region Hannover, 02.04.2026

Hannover, den 22. April 2026

RAin Veronika Kollatz-Ahnen

Datei: docx/klage_vg_berlin_38k88_26_familiennachzug.docx

VERWALTUNGSGERICHT BERLIN

38. Kammer

KLAGEBEGRÜNDUNG

Aktenzeichen: VG Berlin 38 K 88/26

Klägerin: Mahnoor Amiri, geb. 03.02.2007, Mashhad/Iran

Prozessbevollmächtigte: RAin Dr. Selin Öztürk-Bauer, Friedrichstr. 200, 10117 Berlin; koordiniert mit RAin V. Kollatz-Ahnen, Hannover

Beklagte: Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Auswärtige Amt / Deutsche Botschaft Teheran

I. Sachverhalt

Die Klägerin Mahnoor Amiri ist die volljährige älteste Tochter von Reza Amiri und Shirin Hosseini-Tabrizi, die in Deutschland Asyl beantragt haben (VG Hannover 4 A 4188/26). Mahnoor verblieb beim Verlassen Irans in Mashhad, um ihr Biologiestudium an der Ferdowsi-Universität fortzusetzen.

Am 08. Oktober 2025 stellte die Klägerin bei der Deutschen Botschaft Teheran einen Antrag auf ein nationales Visum zum Zweck der Familienzusammenführung. Die Deutsche Botschaft lehnte den Antrag mit Bescheid vom 07. Januar 2026 ab.

II. Antrag

Die Klägerin beantragt, die Beklagte zu verpflichten, ihr ein nationales Visum zum Zweck des Familiennachzugs nach Deutschland zu erteilen, hilfsweise über den Visumsantrag unter Beachtung der Rechtsauffassung des Gerichts neu zu entscheiden.

III. Begründung

1. Antizipierter Schutzstatus der Referenzpersonen

Das Bundesverwaltungsgericht hat (Urt. v. 17.12.2020, Az. 1 C 30.19) entschieden, dass bei der Beurteilung eines Visumsantrags zum Familiennachzug auf den Status der Referenzperson im Zeitpunkt der letzten mündlichen Verhandlung abzustellen ist. Die Referenzpersonen (Eltern) der Klägerin sind in Deutschland asylklagend; eine Schutzanerkennung ist zu erwarten. Im Fall der Anerkennung entstünde ein Familiennachzugsrecht nach §§ 29 Abs. 2, 36 AufenthG.

2. § 22 AufenthG — Humanitäres Visum

Die Deutsche Botschaft hat es unterlassen, die Erteilung eines humanitären Visums nach § 22 AufenthG zu prüfen. Die Klägerin lebt allein in Mashhad, wird durch iranische Sicherheitsbehörden wegen der Verfolgung ihres Vaters überwacht und kann ihr Studium kaum fortsetzen. Diese außergewöhnliche humanitäre Situation rechtfertigt zumindest die Prüfung eines § 22-Visums.

3. Art. 6 GG und Art. 8 EMRK

Art. 6 Abs. 1 GG und Art. 8 EMRK gebieten eine Ermessensentscheidung unter Berücksichtigung des besonderen Schutzes der Familieneinheit. Die erzwungene Trennung der Klägerin von ihrer Kernfamilie — hervorgerufen durch staatliche Verfolgung im Iran, nicht durch eigene Entscheidung — verletzt diese Schutzpflicht.

IV. Beweisanlagen

Anlage K-B 1: Ablehnungsbescheid Deutsche Botschaft Teheran, 07.01.2026

Anlage K-B 2: Eidesstattliche Versicherung Mahnoor Amiri (Farsi/Deutsch)

Anlage K-B 3: Protokoll IRGC-Besuche 2026 (Mahnoor Amiri, übersetzt)

Anlage K-B 4: UNHCR-Leitlinien Iran 2024 (Abschnitt Angehörige)

Anlage K-B 5: Vollmacht der Referenzpersonen

Berlin, den 15. April 2026

RAin Dr. Selin Öztürk-Bauer

Datei: docx/klage_vg_hannover_4a4188_26.docx

VERWALTUNGSGERICHT HANNOVER

4. Kammer

KLAGESCHRIFT

Aktenzeichen: VG Hannover 4 A 4188/26

Eingegangen: 07. April 2026

Kläger zu 1: Reza Amiri, geb. 12.03.1984, wohnhaft: [Adresse - Wohnsitzauflage Hannover-Bothfeld]

Kläger zu 2: Shirin Hosseini-Tabrizi, geb. 07.09.1986

Kläger zu 3–6: Darius Amiri (14), Yasmin Amiri (11), Bahar Amiri (6), Reza Amiri jr. (18 Monate), alle vertreten durch die Kläger zu 1 und 2

Prozessbevollmächtigte: RAin Veronika Kollatz-Ahnen, Lister Meile 44, 30161 Hannover

Beklagte: Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Frankenstr. 210, 90461 Nürnberg

— — —

I. Klagegegenstand und Anträge

Die Kläger wenden sich gegen den Bescheid des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge vom 21. März 2026, Aktenzeichen ZA 9-44-188-2026, mit dem ihre Asylanträge abgelehnt und die Abschiebung nach Kroatien (Kläger zu 1) bzw. Griechenland (Kläger zu 2–6) angeordnet wurde.

Die Kläger beantragen:

1. Den Bescheid des BAMF vom 21.03.2026 (ZA 9-44-188-2026) aufzuheben und das beklagte BAMF zu verpflichten, den Klägern die Flüchtlingseigenschaft nach § 3 AsylG zuzuerkennen.

Hilfsweise: Das BAMF zu verpflichten, den Klägern subsidiären Schutz nach § 4 AsylG zu gewähren.

Hilfsweise: Festzustellen, dass Abschiebungsverbote nach § 60 Abs. 5 und Abs. 7 AufenthG vorliegen.

Die Abschiebungsanordnungen (Ziffer 4 des Bescheids) aufzuheben.

Den Klägern Prozesskostenhilfe unter Beiordnung der Unterzeichnerin zu bewilligen.

II. Sachverhalt

Die Kläger sind iranische Staatsangehörige aus Mashhad. Der Kläger zu 1 wurde am 15. März 2023 in einer Hauskirche in Mashhad zum Christentum konvertiert (getauft durch Pastor Davood Rezaei). Infolge dieser Konversion und seiner sozialen Kontakte zur Bahai-Gemeinschaft geriet er ins Visier des iranischen Geheimdienstes IRGC. Am 17. Juni 2023 wurde die Familienwohnung durchsucht; Literatur und digitale Geräte wurden beschlagnahmt. Im Februar 2024 erging ein Haftbefehl wegen des Vorwurfs der Apostasie. Die Familie floh im Januar 2025 aus dem Iran.

III. Begründung

1. Verletzung von § 3 AsylG i.V.m. Art. 10 Abs. 1 lit. b QRL (Religionsverfolgung)

Das BAMF hat die Konversion des Klägers zu 1 zu Unrecht als unglaublich eingestuft. Der Europäische Gerichtshof hat in der Rechtssache Y und Z (Rs. C-71/11 und C-99/11, Urt. v. 05.09.2012) klargestellt, dass es unzulässig ist, von einem Antragsteller zu verlangen, seinen Glauben zu verbergen, um Verfolgung zu vermeiden. Maßgeblich ist allein die ernsthafte und persönliche Überzeugung des Antragstellers.

Die Konversion des Klägers zu 1 ist durch drei konsistente, voneinander unabhängige Schilderungen belegt (Caritas-Gespräch Mai 2025, BAMF-Anhörung Januar 2026, Kanzleigespräch April 2026). Zur Bestätigung der Taufe liegt ein schriftliches Zeugnis von Pastor Davood Rezaei (Berlin) vor.

2. Verletzung von § 60 Abs. 7 AufenthG (Herzleiden Kläger zu 6)

Der Kläger zu 6, Reza Amiri jr. (18 Monate), leidet an einem schweren angeborenen Herzfehler (Ventrikelseptumdefekt Typ II mit valvulärer Aortenstenose). Ein Operationstermin an der MHH Hannover ist für den 15. Juli 2026 festgesetzt. Das ärztliche Attest von Prof. Dr. Ines Brauner-Scholl (MHH, 15.03.2026) bescheinigt, dass ohne operative Intervention innerhalb von 12 bis 18 Monaten mit einer lebensbedrohlichen Verschlechterung zu rechnen ist. Das BAMF hat dieses Attest im Bescheid nicht gewürdigt.

3. Verletzung der Familieneinheit (Art. 11, 16 Dublin-III-VO)

Die Überstellungsverfügung sieht eine Trennung der Familie vor: der Kläger zu 1 soll nach Kroatien, die Kläger zu 2–6 sollen nach Griechenland überstellt werden. Diese Trennung verletzt Art. 11 Dublin-III-VO (Familieneinheitsprinzip) und Art. 7 GRCh (Recht auf Familienleben).

IV. Beweisangebote

Beweis 1: Zeugnis Pastor Davood Rezaei (Taufzeuger)

Beweis 2: Ärztliches Attest Prof. Dr. Brauner-Scholl, MHH Hannover, 15.03.2026 (Anlage K1)

Beweis 3: UNHCR-Leitlinien Iran 2024 (Anlage K2)

Beweis 4: BAMF-Länderinformation Iran, Dezember 2025 (Anlage K3)

Beweis 5: Sachverständigengutachten Religionswissenschaft (wird beantragt)

Hannover, den 07. April 2026

RAin Veronika Kollatz-Ahnen

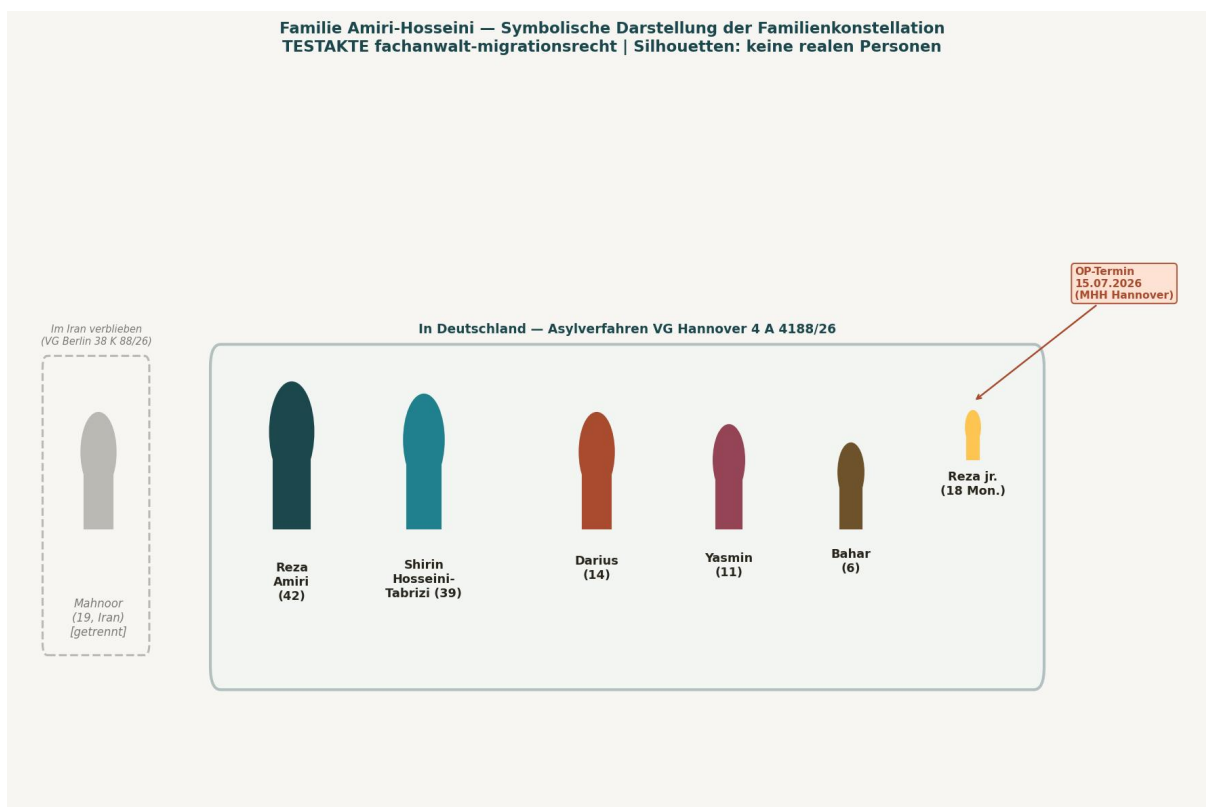
Bildanlagen und Screenshots

Datei: jpg/eae_halberstadt_aussen.jpg



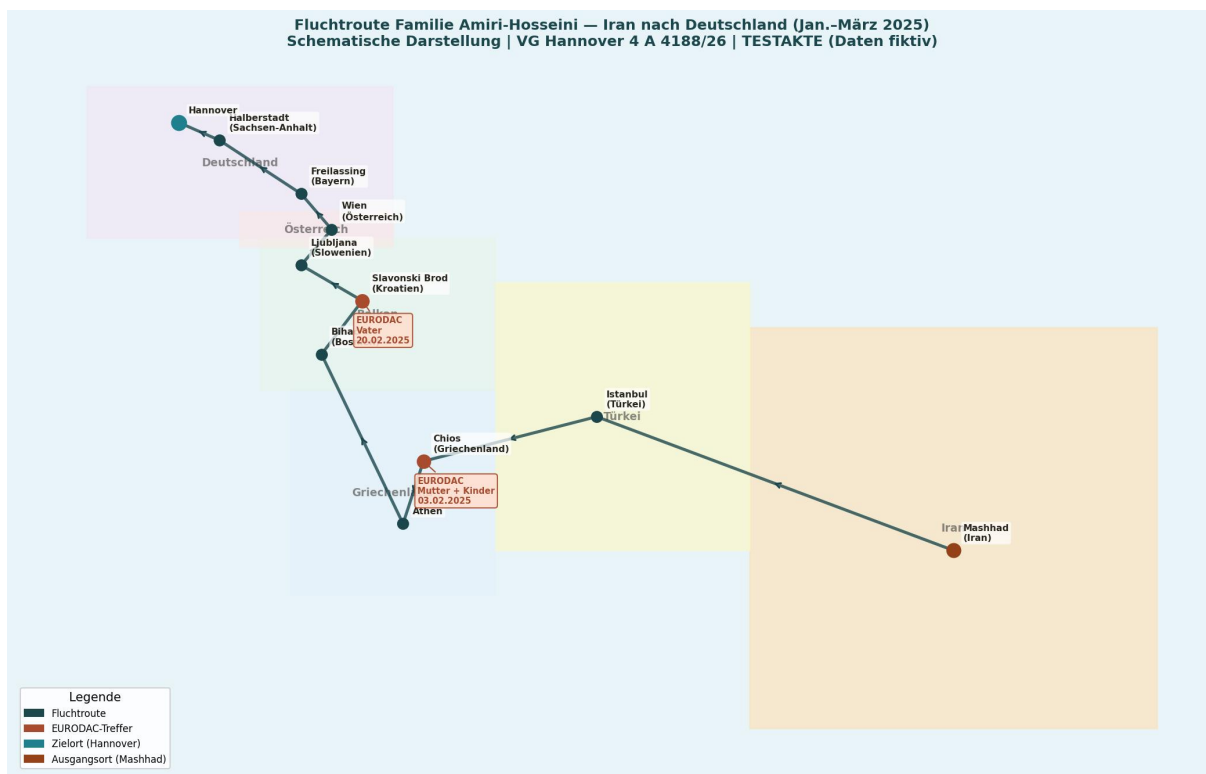
Bilddatei: eae_halberstadt_aussen.jpg

Datei: jpg/familienfoto_symbolisch.jpg



Bilddatei: familienfoto_symbolisch.jpg

Datei: jpg/fluchtroute_karte.jpg



Bilddatei: fluchtroute_karte.jpg

PDF-Anhang: pdfs/aerztliches_attest_herzleiden_redacted.pdf

Datei: aerztliches_attest_herzleiden_redacted.pdf

MEDIZINISCHE HOCHSCHULE HANNOVER (MHH)

Klinik für Pädiatrische Kardiologie und Intensivmedizin | Carl-Neuberg-Str. 1 | 30625 Hannover

Prof. Dr. med. Ines Brauner-Scholl | Leitende Oberärztin | Tel.: 0511 – 532 – 3440

[TESTAKTE — ANONYMISIERT / REDACTED — Alle Patientendaten sind fiktiv]

Patient:	■■■■■■■ ■■■■■■ jr. (REDACTED)
Geburtsdatum:	■■.10.2024 (18 Monate)
Geburtsort:	Thessaloniki, Griechenland
Patientennummer:	MHH-PAE-2025-■■■■■
Aufnahmejahr MHH:	2025
Behandelnde Ärztin:	Prof. Dr. I. Brauner-Scholl
Datum des Attests:	15. März 2026
Zweck des Attests:	Vorlage bei Behörden (Ausländerbehörde, BAMF, Gericht)

ÄRZTLICHES ATTEST

I. Diagnose

Der Patient ■■■■■■ ■■■■■■ jr. (geb. ■■■.10.2024) leidet an folgenden kardialen Erkrankungen, die im Rahmen der echokardiographischen Untersuchung am 12. Juni 2025 erstmalig vollständig diagnostiziert wurden:

- Ventrikelseptumdefekt (VSD), perimembranöser Typ II, Durchmesser 12 mm
- Valvuläre Aortenstenose (Druckgradient echokardiographisch 40 mmHg, zuletzt 43 mmHg am 10.12.2025)
- Leichtgradige Trikuspidalklappeninsuffizienz

II. Klinische Bewertung und Prognose

Der vorliegende Ventrikelseptumdefekt ist aufgrund seiner Größe (12 mm) und Lage (perimembranös) sowie der begleitenden Aortenstenose als schwerwiegend einzustufen. Ohne operative Intervention ist mit einer progredienten kardialen Dekompensation zu rechnen. Nach klinischer Einschätzung ist bei Ausbleiben der operativen Behandlung innerhalb von 12 bis 18 Monaten mit einer erheblichen Verschlechterung der Herzleistung zu rechnen, die mit einem signifikant erhöhten Risiko des plötzlichen Herztods verbunden ist.

Eine konservative (medikamentöse) Behandlung kann die Progression verlangsamen, aber nicht aufhalten. Die operative Korrektur ist medizinisch indiziert und zeitkritisch.

III. Geplante Behandlung

Es wurde ein Operationstermin für den **15. Juli 2026** an der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH), Abteilung für Kinderkardiochirurgie, festgesetzt. Geplant ist:

- Kardiochirurgischer VSD-Verschluss mittels Perikardpatch (offene Herzoperation)
- Gleichzeitige Behandlung der Aortenstenose (ggf. Valvuloplastie)
- Erwartete OP-Dauer: 4 bis 6 Stunden

- Postoperative Intensivbehandlung: 2 bis 3 Tage
- Gesamtstationäre Dauer: voraussichtlich 12 bis 14 Tage

IV. Auswirkungen einer Unterbrechung der Behandlung

Eine Verlegung des Patienten in ein anderes Land vor oder unmittelbar nach der geplanten Operation ist aus medizinischer Sicht als **lebensbedrohlich** einzustufen. Insbesondere gilt:

1. Eine Überstellung vor dem 15.07.2026 würde den OP-Termin gefährden und die Überlebenschance des Patienten erheblich verringern.
2. In den sechs Monaten nach der Operation ist eine engmaschige ambulante kardiologische Nachsorge (wöchentlich) erforderlich, die nur an spezialisierten Zentren gewährleistet werden kann.
3. Eine gleichwertige kinderkardiologische Versorgung in Ländern ohne etablierte Kinderherzchirurgie (insbesondere Auffanglager in Griechenland) ist für Asylsuchende nach vorliegenden Berichten nicht verfügbar.

V. Attestierung

Ich bestätige als behandelnde Fachärztin, dass die oben genannten medizinischen Angaben der Wahrheit entsprechen und auf eigener Untersuchung und Befunderhebung beruhen. Das Attest dient der Vorlage bei Behörden zum Nachweis eines medizinischen Abschiebungshindernisses nach § 60 Abs. 7 AufenthG sowie zur Begründung eines humanitären Aufenthaltsrechts nach § 25 Abs. 5 AufenthG.

Hannover, den 15. März 2026

Prof. Dr. med. Ines Brauner-Scholl

Leitende Oberärztin

Klinik für Pädiatrische Kardiologie und Intensivmedizin, MHH

PDF-Anhang: pdfs/bamf_ablehnungsbescheid_redacted.pdf

Datei: bamf_ablehnungsbescheid_redacted.pdf

BUNDESAMT FÜR MIGRATION UND FLÜCHTLINGE

Außenstelle Hannover — Vahrenwalder Str. 220 — 30179 Hannover

[TESTAKTE — ANONYMISIERT / REDACTED — Alle personenbezogenen Daten sind fiktiv]

Aktenzeichen:	ZA 9-44-188-2026
Bescheiddatum:	21. März 2026
Antragsteller zu 1:	■■■■■■■■ ■■■■■■■■, geb. ■■■.03.1984
Antragstellerin zu 2:	■■■■■■■■ ■■■■■■■■■■-■■■■■■■■, geb. ■■■.09.1986
Minderjährige Kinder:	■■■■■■■■■■ (14), ■■■■■■■■ (11), ■■■■■■ (6), ■■■■■■■■■■ jr. (18 Mon.)
Staatsangehörigkeit:	Iranisch
Zugestellt:	25. März 2026
Klagefrist:	08. April 2026 (14 Tage, § 74 Abs. 1 AsylG)

BESCHEID

Tenor

Die Asylanträge der Antragsteller vom 25. März 2025 werden vollumfänglich abgelehnt.

Im Einzelnen wird festgestellt:

- Die Antragsteller werden nicht als Flüchtlinge nach § 3 Abs. 1 AsylG i.V.m. § 60 Abs. 1 AufenthG anerkannt.
- Den Antragstellern wird der subsidiäre Schutzstatus nach § 4 AsylG nicht zuerkannt.
- Abschiebungsverbote nach § 60 Abs. 5 und 7 AufenthG liegen nicht vor.
- Die Abschiebung der Antragsteller wird angeordnet:
 - Antragsteller zu 1 (Herr ■■■■■■■■ ■■■■■■■■): nach Kroatien (EURODAC-Treffer, Art. 13 Dublin-III-VO)
 - Antragstellerinnen/Antragsteller zu 2–6: nach Griechenland (EURODAC-Treffer, Art. 13 Dublin-III-VO)
- Das gesetzliche Einreise- und Aufenthaltsverbot gemäß § 11 Abs. 1 AufenthG wird auf 30 Monate ab dem Tag der Abschiebung befristet.

Begründung (Auszüge — redacted)

I. Sachverhalt

Die Antragsteller sind iranische Staatsangehörige aus ■■■■■■■■■■ (Iran). Sie reisten im März 2025 über ■■■■■■■■■■■■■■■■■■ in das Bundesgebiet ein und stellten am 25. März 2025 Asylanträge. Im Rahmen der Anhörung vom 28. Januar 2026 machten die Antragsteller Angaben zu ihrer Verfolgungsgeschichte.

II. Zur Flüchtlingseigenschaft (§ 3 AsylG)

Eine innerstaatliche Fluchtoption innerhalb des Iran wird nicht anerkannt, da ein landesweiter Haftbefehl nicht mit ausreichender Wahrscheinlichkeit belegt wurde.

Ein ernsthafter Schaden i.S.v. § 4 Abs. 1 AsylG liegt nach Überzeugung des Bundesamts nicht vor. Die geschilderten Vorfälle erreichen nicht die Schwelle einer unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung im Sinne dieser Norm.

[Zur gesundheitlichen Situation von ■■■■■■ ■■■■■■ jr.: Das eingereichte Attest datiert nach dem Zeitpunkt der Anhörung und konnte nicht berücksichtigt werden. Gesundheitliche Abschiebungshindernisse wurden im Zeitpunkt der Entscheidung nicht festgestellt.]

Aufgrund des EUODAC-Treffers (Kategorie 1, Kroatien, 20.02.2025) ist für den Antragsteller zu 1 Kroatien der zuständige Mitgliedstaat nach Art. 13 Abs. 1 Dublin-III-VO. Für die Antragstellerin zu 2 und die gemeinsamen Kinder ist Griechenland der zuständige Mitgliedstaat (EUODAC-Treffer Kategorie 1, 03.02.2025). Kroatien und Griechenland haben die Aufnahme jeweils am 10. bzw. 17. Januar 2026 akzeptiert. Systemische Mängel, die einer Überstellung entgegenstünden, sind nicht festgestellt worden.

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb von zwei Wochen nach Zustellung Klage beim Verwaltungsgericht Hannover erhoben werden. Die Klage hat keine aufschiebende Wirkung hinsichtlich der Abschiebungsanordnung (§ 75 Abs. 1 AsylG). Die aufschiebende Wirkung kann beim Verwaltungsgericht beantragt werden (§ 80 Abs. 5 VwGO i.V.m. § 34a Abs. 2 AsylG). Dieser Antrag ist innerhalb einer Woche nach Zustellung zu stellen.

Sachbearbeiterin